

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

Öffentliche Sitzung vom 13. November 1978

Stenographisches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|--|
| 1. Entschuldigter Gemeinderat (S. 2) | 12. Pr. Z. 3760, P. 10: Wahl der amtsführenden Stadträte (S. 8) |
| 2. Angelobung der Mitglieder des Gemeinderates (S. 2) | 13. Pr. Z. 3761, P. 11: Bestimmung der Zahl der Gemeinderatsausschüsse je Verwaltungsgruppe (S. 8) |
| 3. Pr. Z. 3751, P. 1: Festsetzung der Anzahl der Vorsitzenden (S. 3) | 14. Pr. Z. 3762, P. 12: Bestimmung der Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse (S. 8) |
| 4. Pr. Z. 3752, P. 2: Wahl der Vorsitzenden und deren Reihung (S. 3) | 15. Pr. Z. 3763, P. 13: Wahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse (S. 8) |
| 5. Pr. Z. 3753, P. 3: Bestimmung der Anzahl der Schriftführer (S. 3) | 16. Pr. Z. 3787, P. 14: Neufestsetzung der Zahl der Mitglieder der gemäß Punkt 2 des Gemeinderatsbeschlusses vom 31. Jänner 1977, Pr. Z. 131, gebildeten Kommission (Beteiligungskommission) (S. 10) |
| 6. Pr. Z. 3754, P. 4: Wahl der Schriftführer (S. 3) | 17. Pr. Z. 3788, P. 15: Wahl der Mitglieder der Kommission zur Kontrolle städtischer Beteiligungsunternehmungen (Beteiligungskommission) (S. 11) |
| 7. Pr. Z. 3755, P. 5: Wahl des Bürgermeisters und dessen Angelobung (S. 3) | 18. Antrittsrede des Bürgermeisters (S. 11) |
| 8. Pr. Z. 3756, P. 6: Bestimmung der Zahl der Stadträte (S. 4) | Redner: Die GRe. VBgm. Dr. Busek (S. 17), VBgm. Gertrude Fröhlich-Sandner (S. 24), Dr. Hirnschall (S. 27), Hahn (S. 30), Ing. Hofmann (S. 35), Fürst (S. 38) und Edlinger (S. 41). |
| 9. Pr. Z. 3757, P. 7: Wahl der Stadträte und deren Angelobung (S. 4) | |
| 10. Pr. Z. 3758, P. 8: Wahl der Vizebürgermeister (S. 6) | |
| 11. Pr. Z. 3759, P. 9: Bestimmung der Verwaltungsgruppen (S. 7) | |

Vorsitzende: Bgm. Gratz sowie die GRe. Mayrhofer, Lehner und Maria Szöllösi.

Schriftführer: Die GRe. Ascherl, Rosenberger, Elisabeth Schindler, Friederike Seidl und Margarete Tischler sowie die GRe. Ing. Kreiner, Prochaska und Dkfm. Sigrun Schlick.

(Beginn um 10 Uhr.)

Bürgermeister: Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die Sitzung des neugewählten Gemeinderates.

Entschuldigt ist Frau GR. Hermine Fiala.

Nach der Neuwahl des Gemeinderates am 8. Oktober dieses Jahres ist dies die konstituierende Sitzung. Auf Grund des § 31 Abs. 3 und des § 19 der Wiener Stadtverfassung hatte ich als Bürgermeister die heutige Sitzung einzuberufen, und es obliegt mir, den Vorsitz bis zur Neuwahl der Vorsitzenden zu führen.

Zunächst sind provisorische Schriftführer zu bestellen, die ihr Amt bis zur Wahl der Schriftführer in der heutigen Sitzung auszuüben haben. Mir wurden hiefür die GR. Ascherl und Ing. Kreiner vorgeschlagen. Ich berufe sie zu provisorischen Schriftführern und bitte sie, die Plätze einzunehmen. (Die GR. Ascherl und Ing. Kreiner nehmen ihre Plätze als provisorische Schriftführer ein.)

§ 16 der Wiener Stadtverfassung bestimmt, daß jedes Mitglied des Gemeinderates ein Gelöbnis abzulegen hat. Laut Abs. 3 dieses Paragraphen gilt ein Gelöbnis unter Bedingungen oder mit Zusätzen als verweigert.

Ich werde nunmehr die Schriftführer ersuchen, die Gemeinderatsmitglieder namentlich aufzurufen, und die Mitglieder des Gemeinderates ersuche ich, jeweils nach Aufruf das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten.

Ich ersuche alle im Saal Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. (Die Anwesenden erheben sich.)

Das Gelöbnis lautet: „Ich gelobe, der Republik Österreich und der Stadt Wien unverbrüchliche Treue zu halten, die Gesetze stets und voll zu beobachten und meine Pflichten als Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien gewissenhaft zu erfüllen.“

Ich bitte nunmehr, mit dem Aufruf zu beginnen.

Schriftführer GR. Ascherl: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andriak Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marlies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Holubarz Kurt, Jedletzberger Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. Kreiner: „Ascherl Franz, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef,

Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblasser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Ww. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf, Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther Ewald, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildegard, Dr. Zemann Kurt, Prof. Zörner Rudolf.“ (Die aufgerufenen Gemeinderäte leisten das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“.)

Bürgermeister: Ich stelle fest, daß die Mitglieder des Gemeinderates das Gelöbnis geleistet haben. (GR. Lehner: Ich bin nicht verlesen worden, Herr Bürgermeister!) Ich bitte um Verzeihung.

Schriftführer GR. Ing. Kreiner: Lehner Walter.

GR. Lehner: Ich gelobe!

Bürgermeister: Ich danke. Ich stelle fest, daß nunmehr alle anwesenden Mitglieder des Gemeinderates das Gelöbnis abgelegt haben. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Mit der heutigen konstituierenden Sitzung ist auch formell die Arbeitsperiode des Gemeinderates, der im Jahre 1973 gewählt wurde, zu Ende gegangen.

Diesem neugewählten Gemeinderat gehören die folgenden Mitglieder des Gemeinderates der vergangenen Arbeitsperiode nicht mehr an:

Herr Franz Blauensteiner gehörte dem Gemeinderat seit 27. September 1974 an, Frau Dr. Erika Danzinger war vom 31. Juli 1964 bis November 1964 und von 1973 bis zum heutigen Tage Mitglied, Herr Anton Deistler vom 19. Mai 1967 bis heute, Frau Franziska Föhler seit dem 23. Februar 1968, Herr Dr. Ferdinand Habl seit dem 7. Dezember 1962, Herr Dkfm. Alfred Hintschig seit dem Jahre 1964, Frau Maria Hlawka seit November 1954, Herr Roman Köchl vom 28. Februar 1964 bis November 1964 und vom 24. Februar 1970 bis heute, Herr Kommerzialrat Otto Krenn seit dem 9. Juli 1970, Herr Dr. Walter Macher seit November 1964, Herr Ing. Ernst Nedwed seit Mai 1969, Herr Elmar Neunteufel seit dem Jahre 1973, Herr Michael Sagmeister seit November 1959, Herr Franz Schreiner seit November 1954, Herr Ing. Helmut Weissinger seit dem 31. Jänner 1977.

Alle die von mir verlesenen Mitglieder des Gemeinderates haben in den Ausschüssen und im Plenum dieses Hauses mitgearbeitet, haben ihre Arbeitskraft und ihre Energie dem Wohl der Stadt Wien und ihrer Bewohner gewidmet. Ich möchte in Ihrer aller Namen, meine Damen und Herren, diesen ausgeschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Tätigkeit herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nunmehr zur Festsetzung der Anzahl der Vorsitzenden des Gemeinderates.

Gemäß § 19 der Wiener Stadtverfassung hat der Gemeinderat eine Anzahl von Vorsitzenden, die mindestens 3, jedoch höchstens 6 zu betragen hat, festzusetzen. Herr GR. Ing. Hofmann schlägt vor, 6 Vorsitzende zu wählen. Ein anderer Vorschlag liegt mir nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die mit der Wahl von 6 Vorsitzenden des Gemeinderates einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Bevor wir über die vorliegenden Wahlvorschläge abstimmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden.

Gemäß § 26 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung sind Wahlen mittels Stimmzettels vorzunehmen, wenn der Gemeinderat nicht mit Zweidrittelmehrheit anders beschließt. Ich schlage vor, die auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung vorgesehenen Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Bürgermeisters sowie der Stadträte und der Vizebürgermeister, durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die im § 95 Abs. 3 und § 96 Abs. 4 der Wiener Gemeindewahlordnung vorgesehene gesonderte Abstimmung über jeden Wahlvorschlag wird auf jeden Fall durchgeführt werden.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, die für die heutige Sitzung vorgesehenen Wahlen mit den von mir bekanntgegebenen Ausnahmen durch Erheben der Hand vorzunehmen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Auch dieser Vorschlag ist einstimmig und daher natürlich auch mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Von den 6 zu wählenden Vorsitzenden entfallen gemäß § 97 der Wiener Gemeindewahlordnung 4 auf die Sozialistische Partei Österreichs und 2 auf die Österreichische Volkspartei.

Auf Grund des § 1 Abs. 1 der Geschäftsordnung hat der Gemeinderat auch die Reihung der Vorsitzenden vorzunehmen. Bei sinngemäßer Anwendung der Berechnungsart des § 87 der Gemeindewahlordnung entfallen auf die Sozialistische Partei die 1., 3., 4. und 6. Stelle, auf die Österreichische Volkspartei die 2. und 5. Stelle.

Der Vorschlag der Sozialistischen Partei lautet auf die Mitglieder des Gemeinderates:

Leopold Mayrhofer für die 1. Stelle,
Maria Szöllösi für die 3. Stelle,
Ing. Walter Hofstetter für die 4. Stelle und
Rudolf Pöder für die 6. Stelle.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Vorschlag stimmen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Der Vorschlag der Österreichischen Volkspartei lautet auf die Mitglieder des Gemeinderates:

Walter Lehner für die 2. Stelle und
Dkfm. Dr. Erich Ebert für die 5. Stelle.

Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die für diesen Vorschlag stimmen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Auch dieser Vorschlag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich beglückwünsche die neugewählten Vorsitzenden zu ihrer Funktion, zu ihrer Aufgabe und bitte Herrn GR. Mayrhofer, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke, auch im Namen der übrigen gewählten Vorsitzenden, für das uns ausgesprochene Vertrauen, und ich darf Ihnen versichern, daß wir bestrebt sein werden, unsere Funktion im Sinne der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien auszuüben.

Wir kommen nun zur Bestimmung der Anzahl und zur Wahl der Schriftführer.

Herr GR. Ing. Hofmann schlägt vor, 9 Schriftführer zu wählen. Ein anderer Vorschlag liegt nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die mit 9 Schriftführern einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Von den 9 Schriftführern, die nun zu wählen sind, entfallen im Sinne der Bestimmungen des § 96 der Wiener Gemeindewahlordnung auf die Sozialistische Partei 6 und auf die Österreichische Volkspartei 3 Schriftführer.

Die Sozialistische Partei schlägt die Gemeinderatsmitglieder Franz Ascherl, Franz Rosenberger, Elisabeth Schindler, Friederike Seidl, Margarete Tischler und Leopold Wiesinger vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Vorschlag stimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei hat die Gemeinderatsmitglieder Ing. Otto Kreiner, Johannes Prochaska und Dkfm. Sigrun Schlick namhaft gemacht.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Vorschlag stimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Der nächste Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren, ist die Wahl des Bürgermeisters.

Nach § 94 der Wiener Gemeindewahlordnung wird der Bürgermeister mit unbedingter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Er muß nach § 31 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung nicht dem Gemeinderat angehören, aber zu ihm wählbar sein. Diese Wahl werden wir mittels Stimmzettels durchführen.

Die GR. Ing. Hofmann und Genossen empfehlen, Herrn Bürgermeister Leopold Gratz wiederzuwählen.

Ich ersuche die Herren GR. Hirsch, Prof. Bittner und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz als Wahlprüfer zu fungieren und bitte sie, hier herauszukommen. (Die genannten Gemeinderäte begeben sich zu der Wahlurne, die auf einem Tisch im Saal aufgestellt ist.)

Ich bitte die Herren Wahlprüfer, festzustellen, ob die Wahlurne leer ist. (Geschieht.) Ich bitte sie, auch mir den Einblick in die Urne zu ermöglichen.

(Geschicht.) Ich danke. Ich stelle ebenfalls fest, daß die Urne leer ist.

Ich ersuche nun die beiden Schriftführer, die Mitglieder des Gemeinderates namentlich aufzurufen, und die Damen und Herren des Gemeinderates, jeweils nach Aufruf den Stimmzettel für die Wahl des Bürgermeisters in die Urne zu legen.

Ich bitte Herrn GR. Ascherl, mit dem Aufruf zu beginnen.

Schriftführer GR. Ascherl: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andriik Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marilies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirnschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Holubarz Kurt, Jedletzberger Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. Kreiner: „Ascherl Franz, Lehner Walter, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef, Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblasser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Vw. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf, Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildegard, Dr. Zeman Kurt, Zörner Rudolf.“

Ich danke und erkläre die Stimmenabgabe für geschlossen. Gleichzeitig bitte ich die Herren Wahlprüfer, das Wahlergebnis festzustellen. Zu diesem Zweck wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte die Damen und Herren, im Saal anwesend zu bleiben. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 10.25 Uhr unterbrochen und um 10.32 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich bitte, wieder die Plätze einzunehmen. Wir nehmen die unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wieder auf. Das Wahlprotokoll liegt nunmehr vor. Das Ergebnis der Bürgermeisterwahl lautet:

Abgegebene Stimmen 99. Hievon sind ungültig 37, da sie leer abgegeben wurden.

Von den somit abgegebenen 62 gültigen Stimmen lauten 61 auf Gratz und 1 Stimme auf Fröhlich-Sandner.

Leopold Gratz ist sonach mit 61 Stimmen zum Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien wiedergewählt, und ich entbiete ihm die herzlichsten Glückwünsche. (Starker anhaltender Beifall bei der SPÖ.)

Ich bitte nunmehr Herrn Bürgermeister Leopold Gratz, die Erklärung abzugeben, ob er die Wahl annimmt.

Bürgermeister Leopold Gratz: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Danke. Gemäß § 32 der Wiener Stadtverfassung hat der Bürgermeister vor dem versammelten Gemeinderat ein Gelöbnis abzugeben.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn GR. Ascherl, die Gelöbnisformel zu verlesen, und Herrn Bürgermeister Gratz, das Gelöbnis mit den Worten: „Ich gelobe“ zu leisten. (Die Anwesenden erheben sich.)

Schriftführer GR. Ascherl: „Ich gelobe, daß ich die Gesetze getreulich beobachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“

Bürgermeister Leopold Gratz: Ich gelobe.

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke. Das Gelöbnis ist geleistet. (Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die Bestimmung der Zahl der Stadträte.

Gemäß § 34 der Wiener Stadtverfassung haben die im Gemeinderat vertretenen Wahlparteien nach Maßgabe ihrer Stärke Anspruch auf Vertretung im Stadtsenat.

Die Stadträte werden vom Gemeinderat in einer von ihm jeweilig bestimmten Zahl gewählt. Diese Zahl muß mindestens 9 und darf höchstens 15 betragen.

Herr GR. Ing. Hofmann schlägt vor, die Zahl der Stadträte mit 15 festzusetzen. Ein anderer Vorschlag liegt nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die die Zahl der Stadträte mit 15 festgesetzt haben wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Bei den nun folgenden Wahlen der Stadträte und der Vizebürgermeister wird nach der Bekanntgabe des jeweiligen Wahlvorschlages zur Abgabe des Stimmzettels aufgerufen werden. Wenn dem Vorschlag zugestimmt wird, ist dies auf dem Stimmzettel durch den Vermerk: „Laut Vorschlag“ kundzutun. Bei Ablehnung des bekanntgegebenen Wahlvorschlages ist der Stimmzettel leer abzugeben.

Wir kommen nun zur Wahl der Stadträte. § 34 der Wiener Stadtverfassung bestimmt, daß die Stadträte nicht dem Gemeinderat angehören, aber zu ihm wählbar sein müssen.

Von den 15 zu wählenden Stadträten entfallen auf Grund der Bestimmungen der Wiener Gemeindegewahlordnung 10 auf die Sozialistische Partei und 5 auf die Österreichische Volkspartei.

Der Vorschlag der Sozialistischen Partei lautet auf Herrn Hans Böck, Frau Gertrude Fröhlich-Sandner, Herrn Kurt Heller, Herrn Hans Mayr, Herrn Franz Nekula, Herrn Heinz Nittel, Herrn Hubert Pfoch, Herrn Peter Schieder, Herrn Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher und auf Herrn Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer.

Ich bitte wieder die Herren Wahlprüfer, ihre Funktion auszuüben und festzustellen, ob die Wahlurne leer ist. (Geschieht.) Danke. Ich stelle ebenfalls fest, daß die Urne leer ist.

Ich ersuche nun die beiden Schriftführer, wie bei der vorangegangenen Bürgermeisterwahl, die Mitglieder des Gemeinderates namentlich aufzurufen, und die Damen und Herren des Gemeinderates, jeweils nach Aufruf den Stimmzettel, und zwar einen für die Wahl von Stadträten in dem Sinn, den ich soeben verlesen habe, in die Urne zu legen.

Ich bitte wieder Herrn GR. Ascherl, mit dem Aufruf zu beginnen.

Schriftführer GR. Ascherl: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andrlik Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marilies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirnschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Holubarz Kurt, Jedletzberger Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. Kreiner: „Ascherl Franz, Lehner Walter, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef, Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblasser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Vw. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf, Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther Ewald, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildgard, Dr. Zeman Kurt, Prof. Zörner Rudolf.“

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Ich danke und erkläre die Stimmenabgabe für geschlossen. Ich bitte die Herren Wahlprüfer, das Wahlergebnis festzustellen. Zu diesem Zweck wird die Sitzung des Gemeinderates auf kurze Zeit unterbrochen. Ich bitte, den Saal nicht zu verlassen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 10.45 Uhr unterbrochen und um 10.50 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. Mayrhofer: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf. Das Wahlprotokoll liegt nun vor. Es lautet für den Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs: abgegebene Stimmzettel 99, hiervon sind ungültig 38, 37 leer und einer aus anderen Gründen. Mit den somit 61 gültigen Stimmen sind die von der Sozialistischen Partei Österreichs vorgeschlagenen Stadträte gewählt. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Vorschlag der Österreichischen Volkspartei für die Wahl der Stadträte lautet auf die Herren GR. Dr. Erhard Busek, Dr. Günther Goller, Wilhelm Neusser und Dr. Jörg Mauthe sowie auf Frau Dr. Gertrude Kubiena.

Ich bitte wieder die Herren Wahlprüfer festzustellen, ob die Wahlurne leer ist. (Geschieht.) Ich stelle wieder fest, daß die Urne leer ist.

Ich ersuche nochmals die beiden Schriftführer, die Mitglieder des Gemeinderates namentlich aufzurufen, und die Damen und Herren des Gemeinderates bitte ich, jeweils nach Aufruf den Stimmzettel, und zwar den für die Wahl von Stadträten verbliebenen, in die Urne zu legen.

Ich bitte Herrn GR. Ascherl, mit dem Aufruf zu beginnen.

Schriftführer GR. Ascherl: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andrlik Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marilies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirnschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Holubarz Kurt, Jedletzberger Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. Kreiner: „Ascherl Franz, Lehner Walter, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef, Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblasser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Vw. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf,

Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther Ewald, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildgard, Dr. Zeman Kurt, Prof. Zörner Rudolf.“

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Herren Wahlprüfer, wieder das Ergebnis festzustellen.

Die Sitzung wird wieder kurz unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 10.59 Uhr unterbrochen und um 11.05 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung fort.

Das Wahlprotokoll über die durchgeführte Wahl von Stadträten auf Vorschlag der Österreichischen Volkspartei liegt vor und lautet: Abgegebene Stimmen: 99. Hievon sind ungültig: 64, da sie leer sind. Mit den somit 35 gültigen Stimmen sind die von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagenen Stadträte gewählt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe nun an die zu Stadträten Gewählten die Frage zu richten, ob sie die Wahl in den Stadtsenat annehmen. Ich werde die Frau und die Herren in alphabetischer Reihenfolge aufrufen und bitte, mit Ja oder Nein zu antworten: Herr Stadtrat Hans Böck, Herr Stadtrat Dr. Erhard Busek, Frau Stadtrat Gertrude Fröhlich-Sandner, Herr Stadtrat Dr. Günther Goller, Herr Stadtrat Kurt Heller, Herr Stadtrat Dr. Jörg Mauthe, Herr Stadtrat Hans Mayr, Herr Stadtrat Franz Nekula, Herr Stadtrat Wilhelm Neusser, Herr Stadtrat Heinz Nittel, Herr Stadtrat Hubert Pfoch, Herr Stadtrat Peter Schieder, Herr Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Herr Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer. (Die Aufgerufenen antworten mit „Ja.“) Ich danke.

Frau Stadtrat Dr. Gertrude Kubiena ist erkrankt. Ihre Annahmeerklärung wird bei nächster Gelegenheit im Gemeinderat eingeholt werden.

§ 35 der Wiener Stadtverfassung bestimmt, daß die Stadträte vor dem versammelten Gemeinderat das Gelöbnis im Sinne des § 32 der Stadtverfassung abzulegen haben. Ich bitte daher den Schriftführer Herrn GR. Ascherl, die Gelöbnisformel zu verlesen. An die Stadträte richte ich die Bitte, nach der Verlesung der Formel auf meinen Aufruf hin das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich bitte nun um Verlesung der Gelöbnisformel. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Schriftführer GR. **Ascherl**: „Ich gelobe, daß ich die Gesetze getreulich beobachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Herr Stadtrat Hans Böck, Herr Stadtrat Dr. Erhard Busek, Frau Stadt-

rat Gertrude Fröhlich-Sandner, Herr Stadtrat Dr. Günther Goller, Herr Stadtrat Kurt Heller, Herr Stadtrat Dr. Jörg Mauthe, Herr Stadtrat Hans Mayr, Herr Stadtrat Franz Nekula, Herr Stadtrat Wilhelm Neusser, Herr Stadtrat Heinz Nittel, Herr Stadtrat Hubert Pfoch, Herr Stadtrat Peter Schieder, Herr Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher, Herr Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer. (Die aufgerufenen Stadträte leisten das Gelöbnis mit den Worten „Ich gelobe.“) Ich danke. Ich stelle fest, daß das Gelöbnis geleistet worden ist. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Die Angelobung der Frau Stadtrat Dr. Kubiena wird in der nächsten Gemeinderatssitzung durchgeführt werden.

Ich darf die nun zu Stadträten gewählten Damen und Herren recht herzlich zu ihrer Funktion beglückwünschen.

Als nächstes haben wir gemäß § 34 Abs. 4 der Stadtverfassung zwei der Stadträte in einem gesonderten Wahlgang zu Vizebürgermeistern zu wählen.

Im Sinne des Abs. 5 des § 34 der Verfassung ist die Sozialistische Partei für den einen der Vizebürgermeister, die Österreichische Volkspartei für den anderen vorschlagsberechtigt.

Die Sozialistische Partei schlägt für diese Funktion eines Vizebürgermeisters Frau Stadtrat Gertrude Fröhlich-Sandner vor.

Ich bitte wieder die Herren Wahlprüfer festzustellen, ob die Wahlurne leer ist. (Geschieht.) Ich stelle ebenfalls fest, daß die Urne leer ist, und ersuche nochmals die beiden Schriftführer, die Mitglieder des Gemeinderates namentlich aufzurufen, und die Damen und Herren des Gemeinderates, jeweils nach Aufruf den Stimmzettel, und zwar einen für die Wahl eines Vizebürgermeisters, in die Urne zu legen.

Ich bitte, Herr GR. Ascherl.

Schriftführer GR. **Ascherl**: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andriak Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marilies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirnschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Holubarz Kurt, Jedletzberger Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. **Kreiner**: „Ascherl Franz, Lehner Walter, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef, Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblas-

ser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Vw. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf, Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther Ewald, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildgard, Dr. Zeman Kurt, Prof. Zörner Rudolf.“

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Die Stimmenabgabe ist geschlossen.

Ich bitte die Herren Wahlprüfer, das Ergebnis festzustellen.

Die Sitzung wird kurz unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 11.18 Uhr unterbrochen und um 11.23 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Wir setzen die Sitzung des Gemeinderates fort. Das Protokoll über die soeben durchgeführte Wahl des von der Sozialistischen Partei Österreichs vorgeschlagenen Vizebürgermeisters liegt vor: Abgegebene Stimmzettel 99, hievon sind ungültig 38, 36 sind davon leer, und 2 aus anderen Gründen.

Mit den somit 61 gültigen Stimmen ist der von der Sozialistischen Partei Österreichs vorgeschlagene Vizebürgermeister, Frau Stadtrat Gertrude Fröhlich-Sandner, mit dieser Funktion betraut worden. Ich gratuliere recht herzlich! (Beifall bei der SPÖ.)

Die Österreichische Volkspartei schlägt für die Wahl eines Vizebürgermeisters Herrn Stadtrat Dr. Erhard Busek vor. Ich bitte die Herren Wahlprüfer wieder festzustellen, ob die Wahlurne leer ist. (Geschieht.) Ich danke und stelle ebenfalls fest, daß die Urne leer ist.

Ich ersuche wieder die beiden Schriftführer, die Gemeinderatsmitglieder aufzurufen, und die Damen und Herren, jeweils nach Aufruf den Stimmzettel, und zwar den für die Wahl eines Vizebürgermeisters verbliebenen Stimmzettel, in die Urne zu legen. Ich bitte Herrn GR. Ascherl, mit dem Aufruf zu beginnen.

Schriftführer GR. **Ascherl**: „Dkfm. Dr. Aigner Adolf, Alram Bruno, Dkfm. Ammann Gerhard, Andrik Eveline, Arthold Josef, Dkfm. Bauer Holger, Prof. Bittner Markus, Braun Helmut, Brosch Hans, Dr. Busek Erhard, Busta Adalbert, Daller Karl, Dinhof Herbert, Dohnal Johanna, Eberhardt Walter, Dkfm. Dr. Ebert Erich, Edlinger Rudolf, Fast Franziska, Dr. Flemming Marlies, Freinberger Rudolf, Fürst Anton, Gawlik Franz, Dr. Glatzl Matthias, Dr. Goller Günther, Haberl Heinrich, Hahn Fritz, Hala Josef, Hampel-Fuchs Maria, Hanke Erik, Härtel Gertrude, Haubenburger Walter, Hengelmüller Karl, Dr. Hirnschall Erwin, Hirsch Otto, Hoffmann Josef, Ing. Hofmann Fritz, Ing. Hofstetter Walter, Holub Albert, Hokubarz Kurt, Jedletzberger

Josef, Mag. Kauer Robert, Kneidinger Johann, Kneisler Wilhelm, Kopfensteiner Raimund, Dr. Krasser Hannes, Ing. Kreiner Otto, Krenn Erika, Kuhn Maria, Landsmann Kurt.“

Schriftführer GR. Ing. **Kreiner**: „Ascherl Franz, Lehner Walter, Ludwig Hans, Lustig Gerhard, Dr. Mauthe Jörg, Dr. Mayr Peter, Mayrhofer Leopold, Michalica Josef, Dr. Müller Rudolf, Neusser Wilhelm, Dr. Nowak Erwin, Nußbaum Ernst, Oblasser Gerhard, Outolny Ernst, Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz Rainer, Pelzelmayer Otto, Peska Franz, Pfleger Robert, Dipl.-Vw. Pluskal Karoline, Pöder Rudolf, Prochaska Johannes, Rautner Roman, Rosenberger Franz, Sallaberger Günther Ewald, Dkfm. Dr. Schaumayer Maria, Schindler Elisabeth, Dkfm. Schlick Sigrun, Schneider Leopold, Schultz Albert, Schwarz Leopold, Schweda Otto, Seeböck Walter, Seidl Friederike, Sevcik Johann, Smejkal Ingrid, Stiehl Gertrude, Dipl.-Ing. DDr. Strunz Wolfgang, Suttner Reinhold, Szöllösi Maria, Tischler Margarete, Traindl Leopold, Traxler Gabrielle, Uhl Ernst, Vejtisek Ernst, Wiesinger Leopold, Windhab Anton, Dkfm. Dr. Wöber Heinz, Wondratsch Hildgard, Dr. Zeman Kurt, Prof. Zörner Rudolf.“

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke. Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich ersuche die Herren Wahlprüfer, ihres Amtes zu walten, und unterbreche wieder die Sitzung des Gemeinderates.

(Die Sitzung wird um 11.33 Uhr unterbrochen und um 11.39 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf. Das Protokoll über die soeben durchgeführte Wahl des von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagenen Vizebürgermeisters liegt vor:

Abgegebene Stimmzettel: 99. Hievon sind ungültig 64, davon waren 63 leer und 1 Stimmzettel aus anderen Gründen.

Mit den somit 35 gültigen Stimmen ist der von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagene Vizebürgermeister, Herr Stadtrat Dr. Erhard Busek, gewählt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich richte nun an Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner die Frage, ob sie die Wahl annimmt.

Vizebürgermeister Gertrude **Fröhlich-Sandner**: Ich nehme an.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Die gleiche Frage richte ich an Herrn Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek. Nehmen Sie die Wahl an?

Vizebürgermeister Dr. **Busek**: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke.

Damit ist die Wahl der Vizebürgermeister, denen ich ebenfalls zu ihrer Funktion gratuliere, abgeschlossen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt, Bestimmung der Verwaltungsgruppen, schlägt der Herr Bürgermeister vor, die 10 bestehenden Verwaltungsgrup-

pen wieder zu bestimmen. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die mit den derzeitigen 10 Verwaltungsgruppen mit der Bezeichnung

Personal und Sport,
Inneres und Bürgerservice,
Finanzen und Wirtschaft,
Kultur, Jugend und Bildung,
Gesundheit und Soziales,
Stadtplanung,
Bauten,
Wohnen,
städtische Dienstleistungen und
Konsumentenschutz,
Verkehr und Energie

einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Für die Erledigung des nächsten Tagesordnungspunktes, das ist die Wahl der amtsführenden Stadträte, ist eine Sitzung des Stadtsenates erforderlich. Der Herr Bürgermeister hat mich ersucht, in seinem Namen an die Mitglieder des Stadtsenates die Einladung zu richten, sich im Beratungszimmer I zu einer Sitzung des Stadtsenates zu versammeln.

Ich unterbreche daher die Sitzung des Gemeinderates.

(Die Sitzung wird um 11.42 Uhr unterbrochen und um 11.48 Uhr wiederaufgenommen.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Der Stadtsenat hat in seiner soeben abgehaltenen Sitzung gemäß § 96 der Wiener Stadtverfassung mit Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, die derzeit amtierenden amtsführenden Stadträte für eine Wiederwahl vorzuschlagen. Namentlich werden vorgeschlagen:

Für die Verwaltungsgruppe Personal und Sport Herr StR. Kurt Heller;

für die Verwaltungsgruppe Inneres und Bürgerservice Herr StR. Peter Schieder;

für die Verwaltungsgruppe Finanzen und Wirtschaft Herr StR. Hans Mayr;

für die Verwaltungsgruppe Kultur, Jugend und Bildung Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner;

für die Verwaltungsgruppe Gesundheit und Soziales Herr StR. Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher;

für die Verwaltungsgruppe Stadtplanung Herr StR. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer;

für die Verwaltungsgruppe Bauten Herr StR. Hans Böck;

für die Verwaltungsgruppe Wohnen Herr StR. Hubert Pfoch;

für die Verwaltungsgruppe städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz Herr StR. Heinz Nittel;

für die Verwaltungsgruppe Verkehr und Energie Herr StR. Franz Nekula.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen. Damit sind die amtsführenden Stadträte wiedergewählt.

Auf Grund des § 49 der Stadtverfassung ist für jede Verwaltungsgruppe mindestens 1 Gemeinderatsausschuß zu wählen, wobei für die Finanzverwaltung jedenfalls ein Ausschuß, nämlich der Finanzausschuß, zu wählen ist.

Herr GR. Ing. Hofmann schlägt vor, je Verwaltungsgruppe einen Gemeinderatsausschuß zu wählen. Für die Verwaltungsgruppe Finanzen und Wirtschaft wäre das der Finanzausschuß. Der auf Grund der Stadtverfassung zu wählende Kontrollausschuß ist bei der Entscheidung über die Zahl der Ausschüsse außer Acht zu lassen.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die für die Wahl je eines Gemeinderatsausschusses für jede Verwaltungsgruppe sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Auf Grund des § 50 Abs. 1 der Wiener Stadtverfassung hat der Gemeinderat auch die Zahl der Mitglieder der Gemeinderatsausschüsse zu bestimmen. Die Mindestanzahl hat 10 zu betragen.

Herr GR. Ing. Hofmann schlägt vor, die Anzahl der Mitglieder für die 10 Gemeinderatsausschüsse, also mit Ausnahme des Kontrollausschusses, mit 15 festzusetzen. Ein anderer Vorschlag liegt nicht vor.

Gemäß § 96 der Gemeindewahlordnung würden von den 15 Mitgliedern dieser Gemeinderatsausschüsse 10 auf die Sozialistische Partei und 5 auf die Österreichische Volkspartei entfallen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für 15 Mitglieder je Gemeinderatsausschuß, mit Ausnahme des Kontrollausschusses, sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Für den Kontrollausschuß schlägt Herr GR. Ing. Hofmann 16 Mitglieder vor. Ein anderer Vorschlag liegt nicht vor. Von diesen 16 Mitgliedern würden auf Grund des § 56 a der Wiener Stadtverfassung 10 auf die Sozialistische Partei, 5 auf die Österreichische Volkspartei und 1 Mitglied auf die Freiheitliche Partei entfallen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit 16 Mitgliedern des Kontrollausschusses einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Für die nun durchzuführenden Wahlen der Mitglieder der 11 Gemeinderatsausschüsse liegen die Wahlvorschläge vor. Sie lauten:

Für den Gemeinderatsausschuß für Personal und Sport:

Von der Sozialistischen Partei auf die Gemeinderatsmitglieder Karl Hengelmüller, Otto Hirsch, Raimund Kopfensteiner, Hans Ludwig, Dr. Rudolf Müller, Franz Peska, Rudolf Pöder, Walter Seeböck, Friederike Seidl und Ernst Vejtisek.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt die Gemeinderatsmitglieder Prof. Rudolf Zörner, Josef Arthold, Leopold Traindl, Walter Eberhardt und Dkfm. Sigrun Schlick vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Inneres und Bürgerservice werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Helmut Braun, Rudolf Edlinger, Kurt Landsmann, Gerhard Lustig, Ernst Nußbaum, Ernst Outolny, Günther Sallaberger, Otto Schweda, Friederike Seidl und Gertrude Stiehl.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt die Gemeinderatsmitglieder Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang Strunz, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, Dr. Marilies Flemming, Anton Fürst und Mag. Robert Kauer vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaft werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Helmut Braun, Adalbert Busta, Herbert Dinhof, Rudolf Edlinger, Franziska Fast, Ing. Walter Hofstetter, Leopold Mayrhofer, Rudolf Pöder, Günther Sallaberger und Reinhold Suttner.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt folgende Gemeinderatsmitglieder vor: Fritz Hahn, Dr. Hannes Krasser, Otto Pelzelmayer, Josef Hoffmann und Dkfm. Dr. Heinz Wöber.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Franz Ascherl, Hermine Fiala, Franz Gawlik, Erik Hanke, Kurt Holubarz, Dr. Rudolf Müller, Gertrude Stiehl, Leopold Wiesinger, Anton Windhab und Hildegard Wondratsch.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei werden für den Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung vorgeschlagen: Prof. Markus Bittner, Prof. Rudolf Zörner, Leopold Schneider, Dr. Marilies Flemming und Johannes Prochaska.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales wurden nominiert:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Eveline Andrlik, Herbert Dinhof, Johanna Dohnal, Franziska Fast, Franz Gawlik, Erika Krenn, Dr. Erwin Nowak, Maria Szöllösi, Anton Windhab und Dr. Kurt Zeman.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Vorschlag sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für diesen Gemeinderatsausschuß die Gemeinderatsmitglieder Walter Lehner, Gertrude Härtel, Leopold Traindl, Dkfm. Sigrun Schlick und Walter Eberhardt vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung werden von der Sozialistischen Partei folgende Gemeinderatsmitglieder vorgeschlagen:

Franz Ascherl, Hans Brosch, Hermine Fiala, Erik Hanke, Albert Holub, Dr. Erwin Nowak, Gerhard Oblasser, Franz Rosenberger, Albert Schultz und Walter Seeböck.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei werden für diesen Ausschuß die Gemeinderatsmitglieder Dr. Peter Mayr, Dkfm. Gerhard Ammann, Josef Arthold, Karl Daller und Walter Haubenburger vorgeschlagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Bauten lauten die Vorschläge:

Von der Sozialistischen Partei auf die Gemeinderatsmitglieder Rudolf Freinberger, Heinrich Haberl, Albert Holub, Kurt Holubarz, Wilhelm Kneisler, Maria Kuhn, Josef Michalica, Dipl.-Vw. Karoline Pluskal, Roman Rautner und Maria Szöllösi.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Mehrheit angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei werden für diesen Ausschuß die Gemeinderatsmitglieder Josef Hoffmann, Dkfm. Dr. Erich Ebert, Dr. Peter Mayr, Bruno Alram und Ernst Uhl vorgeschlagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Wohnen lauten die Vorschläge:

Von der Sozialistischen Partei auf die Gemeinderatsmitglieder Eveline Andrik, Josef Hala, Ing. Walter Hofstetter, Erika Krenn, Gerhard Lustig, Ernst Outolny, Robert Pfleger, Roman Rautner, Elisabeth Schindler und Margarete Tischler.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für den Gemeinderatsausschuß für Wohnen die Gemeinderatsmitglieder Dkfm. Dr. Erich Ebert, Ing. Otto Kreiner, Johannes Prochaska, Maria Hampel-Fuchs und Mag. Robert Kauer vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Dkfm. Dr. Adolf Aigner, Hans Brosch, Johanna Dohnal, Heinrich Haberl, Franz Peska, Albert Schultz, Ingrid Smejkal, Margarete Tischler, Leopold Wiesinger und Dr. Kurt Zeman.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für diesen Gemeinderatsausschuß die Gemeinderatsmitglieder Leopold Schneider, Dipl.-Ing. DDr. Wolfgang Strunz, Dr. Matthias Glatzl, Josef Jedletzberger und Maria Hampel-Fuchs vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Adalbert Busta, Otto Hirsch, Johann Kneidinger, Raimund Kopfensteiner, Maria Kuhn, Gerhard Oblasser, Elisabeth Schindler, Leopold Schwarz, Johann Sevcik und Gabrielle Traxler.

Ich bitte jene Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei werden folgende Gemeinderatsmitglieder für diesen Ausschuß vorgeschlagen:

Dkfm. Gerhard Ammann, Ing. Otto Kreiner, Karl Daller, Bruno Alram und Walter Hauburger.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist mit Stimmenmehrheit angenommen.

Für den Kontrollausschuß werden vorgeschlagen:

Von der Sozialistischen Partei die Gemeinderatsmitglieder Dkfm. Dr. Adolf Aigner, Hermine Fiala, Raimund Kopfensteiner, Gerhard Lustig, Leopold Mayrhofer, Ernst Outolny, Roman Rautner, Elisabeth Schindler, Leopold Wiesinger und Anton Windhab.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für den Kontrollausschuß die Gemeinderatsmitglieder Dr. Hannes Krasser, Fritz Hahn, Otto Pelzelmayer, Dkfm. Dr. Maria Schaumayer und Prof. Rudolf Zörner vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Freiheitliche Partei Österreichs schlägt für den Kontrollausschuß Herrn GR. Dr. Erwin Hirschall vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Damit sind alle Gemeinderatsausschußmitglieder gewählt.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 31. Jänner 1977 beschlossen, eine Kommission zu bilden, die unter anderem die Kontrolle der Wiener Allgemeinen Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft sowie der im Eigentum oder in der Verwaltung dieses Unternehmens stehenden Gesellschaften und deren Tochterunternehmungen zur Aufgabe hat. Gleichzeitig wurde die Anzahl der Mitglieder dieser Kommission, die unter dem Kurztitel „Beteiligungskommission“ bekannt ist, mit 14 festgesetzt.

Nun schlägt Herr GR. Ing. Hofmann vor, die Anzahl der Kommissionsmitglieder mit 15 festzusetzen. Ein anderer Vorschlag liegt nicht vor.

Von diesen 15 Mitgliedern hätte nach § 96 der Wiener Gemeindewahlordnung die Sozialistische Partei ein Vorschlagsrecht für 10 Mitglieder und die Österreichische Volkspartei für 5 Mitglieder.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die mit 15 Mitgliedern für diese Kommission einverstanden sind, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Sozialistische Partei schlägt folgende Gemeinderatsmitglieder als Kommissionsmitglieder vor:

Dkfm. Holger Bauer, Helmut Braun, Johanna Dohnal, Rudolf Edlinger, Franz Gawlik, Johann Kneidinger, Dipl.-Vw. Karoline Pluskal, Günther Sallaberger, Otto Schweda und Gertrude Stiehl.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben.

Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für die Beteiligungskommission folgende Gemeinderatsmitglieder vor:

Dkfm. Dr. Maria Schaumayer, Josef Hoffmann, Dkfm. Dr. Heinz Wöber, Dkfm. Sigrun Schlick und Ernst Uhl.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Der Herr Bürgermeister hat sich für eine Erklärung zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bürgermeister: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin vor kurzem mit den Stimmen der Gemeinderäte der Sozialistischen Partei Österreichs zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt worden. Die Annahme dieser Wahl bedeutet für mich die Verpflichtung, für alle Bürger Wiens — ungeachtet ihrer politischen Einstellung — zu arbeiten und damit mit Ihnen gemeinsam, meine Damen und Herren des Gemeinderates, in den kommenden fünf Jahren der Arbeitsperiode dafür zu sorgen, daß das Wohl der Wiener die oberste Maxime für alle Handlungen der Wiener Stadtverwaltung ist.

Meine Damen und Herren! Dem neugewählten Stadtsenat gehört ein Mitglied des Stadtsenates nicht mehr an. Stadtrat Walter Lehner war seit 1973, das heißt fünf Jahre lang, Mitglied des Stadtsenates der Bundeshauptstadt Wien. Ich möchte Herrn Stadtrat Lehner für seine Tätigkeit, für seinen Einsatz, der zwar nicht immer unkontroversiell, aber immer von Engagement und Einsatzbereitschaft für die Wiener geprägt war, den herzlichsten Dank aussprechen. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es wird oft sehr viel darüber geschrieben und darüber geklagt, daß große Städte heute unregierbar seien, daß Egoismen und Partikulärinteressen höher stünden als gemeinsame Ziele. In all diesen oft sehr langen theoretischen Ausführungen steckt sicher wie in den meisten Dingen ein Körnchen Wahrheit. Aber uns, die wir gewählt sind, um für diese Stadt und ihre Menschen zu arbeiten, ziemt hier weder philosophische Resignation noch rein theoretische Diskussion.

Die Herausforderung für uns alle besteht darin, zu beweisen, daß die Demokratie in unserer Stadt, das heißt, daß die gewählten Mandatäre unserer Stadt in der Lage sind, die Stadt Wien zu führen und nicht nur zu verwalten. Das bedeutet für mich,

daß nicht nur das Zusammenleben in der Millionenstadt mit den selbstverständlichen Problemen, die jeder Agglomeration innewohnen, möglichst reibungslos zu administrieren ist, sondern daß wir es heute fertigbringen müssen, den größeren Freiheitsraum des einzelnen mit den Zielen der Gemeinschaft zu verbinden, daß wir es fertigbringen müssen, Dezentralisation mit zielgerichteter Stadtentwicklung zu kombinieren, und daß wir imstande sein müssen, die Initiative und Energie des einzelnen zu mobilisieren und dennoch die Hilfe der lebendigen Gemeinschaft zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Wien bietet alle Voraussetzungen für optimales Handeln und wahrlich keinen Grund zur Resignation.

Wien ist eine wirtschaftlich gesunde Stadt, deren spartenweise vorhandene Strukturprobleme gelöst werden müssen, Probleme, die aber etwa im Vergleich zu den Wiederaufbauproblemen eines einzigen Nachkriegsjahres mit unseren Mitteln jedenfalls leicht lösbar sind.

Gestützt auf diese Wirtschaftskraft unserer Stadt sind die öffentlichen Einnahmen in einer Größenordnung, die zwar sicher nicht die gleichzeitige Erfüllung aller Wünsche gestattet, die auch sparsames Gebaren zur Pflicht macht, die aber jedenfalls erlaubt, bei sachlicher und vernünftiger Reihung der Prioritäten alle Probleme zu lösen und alle Zukunftsziele anzupacken.

Wir arbeiten für die Wienerinnen und Wiener, die zwar, und das seit jeher, zu den größten Individualisten Europas zählen, aber dennoch bewiesen haben — und das gerade in schweren Zeiten —, daß sie an ihrer Heimatstadt hängen, sie lieben und bereit sind, alles für sie zu tun, wenn es darauf ankommt.

Die Probleme — auf einige davon werde ich später noch eingehen —, mit denen wir konfrontiert sind und die auch oft die Spalten der Zeitungen füllen, sind erfreulicherweise nicht Probleme der Not, des Elends oder der Armut. Es sind zum Großteil Probleme, die durch den erfreulicherweise so hoch wie nie zuvor gestiegenen Lebensstandard der Wienerinnen und Wiener entstehen.

Daher wiederhole ich: Es sind alle Voraussetzungen gegeben, für unsere Stadt Wien als lebendige Gemeinschaft optimistisch und selbstbewußt an die Arbeit zu gehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber diese Aufforderung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bitte ich beileibe nicht als einen Versuch zu betrachten, etwa mit einem verwaschenen Appell an das Wienerische alle grundsätzlichen und auch praktischen Differenzen der Parteien über Zielsetzungen und Problemlösungen zuzudecken. Im Gegenteil: Nur aus der ununterbrochenen Konfrontation der Meinungen ergibt sich die fruchtbare Arbeit für die Bewohner unserer Stadt. In dieser Konfrontation entsteht für die politischen Parteien eine Aufgabe, die in der heutigen Zeit vielleicht wichtiger ist als jemals zuvor.

Man hat manchmal, vielleicht durch die Informationsexplosion der letzten Jahre, vielleicht gerade

deswegen, weil für den einzelnen nicht mehr fundamentale Existenzprobleme auf dem Spiel stehen, den Eindruck, als splitterte sich die Politik immer mehr auf in Hunderte, ja Tausende Ad hoc-Entscheidungen über mehr oder weniger zufällig hochgespielte Einzelfragen.

Ich glaube, die vielleicht elementarste Aufgabe der politischen Parteien überhaupt muß hier wieder stärker beachtet werden: die Aufgabe, durch grundsätzliche, das heißt moralisch, ethisch, ideologisch fundierte Zielsetzungen Menschengruppen zu handlungsfähigen Einheiten zu verbinden, die über den Tag hinaus gemeinsam mit anderen Parteien auch in der Lage sind, Weichenstellungen für Jahre und für Jahrzehnte vorzunehmen. Diese durch nichts zu ersetzende Integrationsfunktion der politischen Parteien war es ja auch, die etwa in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in der damals sehr heftig geführten Diskussion über Regionalprinzip oder Interessenprinzip bei der Einführung des Wahlrechtes ausschlaggebend dafür war, daß man sich überall für das Prinzip der örtlich organisierten Wahlkörper und nicht der Interessenwahlkörper entschieden hat.

Ich möchte ganz offen sagen, daß dieses Besinnen auf die Integrationsfunktion in der repräsentativen Demokratie nicht nur eine Überlegung ist, die man behaglich für sich selbst im stillen Kämmerlein treffen kann. Das bedeutet auch, daß man als Verantwortlicher für diese Stadt nicht grundsätzlich jedem Einzelinteresse, nur weil es sich lautstark organisiert, schon allein deswegen Vorrang einräumen kann. Es bedeutet, daß man auch bereit sein muß, nein zu sagen, auch wenn vielleicht einige Mitbürger im Augenblick darüber böse sind. Denn ein Nachgeben bei den Zersplitterungstendenzen der Politik brächte vielleicht einige Jahre hindurch taktische Vorteile, wäre aber letztlich nicht im Interesse der Stadt, vor allem aber auch nicht im Interesse der Bewohner, die in ihr leben. Denn auch beim klassischen Zyklus der antiken Staatslehre folgt auf die Periode der Anarchie immer der Ruf nach der starken Hand. Das ist eben, wie ich glaube, die große Herausforderung der Demokratie an alle Verantwortlichen: in Übereinstimmung, im Konsens mit der Bevölkerung für eine zielbewußte und entscheidungsfähige Führung zu sorgen. Und das, meine Damen und Herren, haben wir alle gemeinsam für den Bereich Wiens zu beweisen.

Die Einführung der Instrumente der direkten Demokratie in der Wiener Stadtverwaltung steht nicht in Widerspruch zu diesen grundsätzlichen Ausführungen. Es ist sicher, daß der Gemeinderat schlecht beraten wäre, würde er die Instrumente der direkten Demokratie zur Flucht aus einer ihm übertragenen Verantwortung verwenden.

Aber um nicht mißverstanden oder anders interpretiert zu werden: Ich halte es persönlich sehr wohl für richtig, daß eine Regierung die grundsätzliche Meinung des Volkes darüber einholt, ob sie die Energie-, Wirtschafts- oder Außenhandelspolitik eines Jahrzehnts ohne oder mit Einbeziehung der Energiegewinnung aus Atomkraftwerken planen soll. Das ist eine Grundsatzentscheidung, die für

Dutzende politische und wirtschaftliche Einzelentscheidungen der verantwortlichen Organe die Basis bietet.

Und so wird es auch in der Politik unserer Stadt eine Reihe von Entscheidungen geben, wo die verantwortlichen Organe, vor allem der Gemeinderat, als Basis für die detaillierten Entscheidungen eine Grundsatzentscheidung der Wiener Bevölkerung oder eines regional gegliederten Teiles der Wiener Bevölkerung einholen werden. In diesem Sinne wollen wir Volksbefragungen und Volksabstimmungen als Ergänzung der verantwortlichen Tätigkeit der gewählten Organe der Stadt Wien in den nächsten Jahren einsetzen.

Meine Damen und Herren! Basis der Tätigkeit der amtsführenden Stadträte wird jenes Programm sein, das die Sozialistische Partei vor den Wahlen als Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre der Bevölkerung vorgelegt hat. Dieses Arbeitsprogramm, das allen Mitgliedern des Gemeinderates in meinem Auftrag in dieser Sitzung übergeben wurde, bitte ich in diesem Sinn als Bestandteil meiner Erklärung aufzufassen. Ich kann mich daher darauf beschränken, einzelne Schwerpunkte in meinen Ausführungen hervorzuheben:

Es ist das Wesen kommunaler Arbeit, daß sie aus vielen Tausenden Einzelheiten besteht, vielfach den sogenannten Kleinigkeiten, die sich dann wie ein Mosaik zum Gesamtbild einer Stadtentwicklung zusammenfügen. Wenn ich trotzdem bestimmte Schwerpunkte hervorhebe, so deswegen, weil ich glaube, daß sie von besonderer Bedeutung für die ganze Stadt und für alle in dieser Stadt lebenden Menschen sind.

Es bedeutet keine Unterschätzung oder Zurückstellung anderer Fragen, wenn ich als besondere Schwerpunkte unserer Arbeit in den kommenden fünf Jahren die Bereiche Wirtschaft, Wohnen, Gesundheit und Soziales, öffentlicher Verkehr und Freizeit hervorhebe.

Den Bereich Wirtschaft, weil eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung die Basis für alle anderen Leistungen bildet.

Den Bereich Wohnen, weil noch immer ein beträchtlicher Teil der Wienerinnen und Wiener in Wohnungen lebt, die nicht den Möglichkeiten und den Anforderungen unserer Zeit entsprechen.

Den Bereich Gesundheit und Soziales, weil die Hilfe für jeden, der Hilfe braucht, für Kranke und Behinderte, für Kinder und Senioren, eine elementare Grundlage unserer gesamten Politik bildet.

Den Bereich öffentlicher Verkehr, weil die Probleme, die sich aus der Verkehrsentwicklung in diesem Jahrzehnt ergeben, in den Städten zu den drückendsten und schwierigsten Problemen des Alltagslebens gehören.

Den Bereich Freizeit, weil die soziale Entwicklung seit der Zeit, als die Forderung nach kürzerer Arbeitszeit und zugleich die Forderung nach besseren Bildungsmöglichkeiten die Gründungsmotive der Arbeiterbewegung gebildet haben, allen Menschen genügend Freizeit gebracht hat, für deren sinnvolle Nutzung die Gemeinschaft vorsorgen muß.

In der Wirtschaftspolitik bleibt die Sicherung der Vollbeschäftigung unser oberstes Ziel. Dabei geht es uns nicht nur um die Bedeutung der Vollbeschäftigung als einem wesentlichen Kennzeichen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung, es geht uns besonders um die humanistische Verpflichtung, alles zu tun, damit jedem Menschen ein Arbeitsplatz gesichert wird, der seinen Fähigkeiten entspricht, der ihm eine Chance gibt, den er selbst als angemessenen Platz in unserem Sozialgefüge empfindet.

Ich weiß, daß diese Vorstellung beträchtlich über den Formalbegriff der Vollbeschäftigung hinausgeht und daß wir noch weit von der Verwirklichung dieser Zielsetzung entfernt sind. Wir müssen sie jedoch konsequent und zielstrebig verfolgen.

Sie entspricht auch einem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse: Wir werden die hervorragende Position im internationalen Wirtschaftsleben, die wir uns erarbeitet haben, nur dann behaupten und weiter ausbauen können, wenn wir unser größtes und wichtigstes Kapital optimal einsetzen, nämlich das hohe Ausbildungsniveau, das Können und den Fleiß der Menschen in dieser Stadt. Wir können, was das Bildungs- und Ausbildungssystem betrifft, jedem Vergleich standhalten. Wir werden trotzdem viel tun, um die Ausbildung weiter zu verbessern. Aber wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, daß die jungen Menschen, die ins Berufsleben eintreten, auch Arbeitsplätze vorfinden, auf denen sie in der Lage sind, ihr erworbenes Wissen und ihr Können zu verwerten.

Meine Damen und Herren! In jeder modernen Großstadt gibt es noch einen besonderen Aspekt der wirtschaftlichen Entwicklung. Diese Entwicklung ist weltweit dadurch gekennzeichnet, daß in den Großstädten, in den Millionenstädten der tertiäre Sektor überdurchschnittlich wächst und der produzierende Bereich zurückbleibt oder in Extremfällen sogar allmählich abstirbt. Wir wollen und wir können auch diesen Trend nicht ins Gegenteil umkehren, weil die Dominanz des tertiären Sektors natürlich auch damit zusammenhängt, daß infolge einer positiven sozialen Entwicklung die Ansprüche an den Dienstleistungs- und Handelssektor stark zunehmen. Aber wir werden konsequent unsere Politik fortsetzen, alles zu tun, damit Wien trotz dieser Tendenz auch in Zukunft eine Stadt der Industrie und des produzierenden Gewerbes bleibt.

In diesem Rahmen ist auch die Finanzpolitik der Stadt Wien zu sehen. Nach dem mittelfristigen Investitionsprogramm unserer Stadt werden bis zum Jahr 1983 mehr als 60 Milliarden Schilling eingesetzt werden, vor allem natürlich, um die Lebensverhältnisse in unserer Stadt weiter zu verbessern, aber auch zur Sicherung der Arbeitsplätze und als Impulsgeber für eine positive Weiterentwicklung unserer Wirtschaft.

Es ist deshalb für uns wichtig, daß sich die Finanzpolitik der Stadt Wien den politischen Zielsetzungen unterordnet. Natürlich setzen die wirtschaftlichen Gegebenheiten gewisse Grenzen, vor allem, was die Aufbringung der Mittel betrifft. Aber beim Einsatz dieser Mittel kann und darf es keinen

Gegensatz zwischen politischen Zielsetzungen und finanztechnischen Überlegungen geben, sondern die politische Vision und die Arbeit mit dem Rechnungswesen müssen in Übereinstimmung gebracht werden.

Das ist im zweiten Bereich, der einen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet, dem Wohnungswesen, zweifellos besonders schwierig, weil es hier um außerordentlich hohe Beträge geht. Wir werden in den kommenden fünf Jahren die Mittel bereitstellen, die erforderlich sind, um für mindestens 75.000 Wiener Familien zeitgemäße Wohnverhältnisse zu schaffen. Wir werden zugleich konsequent unsere Politik fortsetzen, den Schwerpunkt von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung zu verlegen, ohne dabei völlig auf Bauten im Stadterweiterungsbereich zu verzichten, weil die Erschließung neuer Wohnbereiche angesichts der wachsenden Durchschnittsgröße der Wohnungen und der Auflockerung der dicht verbauten Gebiete auch in Zukunft unbedingt notwendig sein wird.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet ist allerdings die Sicherung der erforderlichen Baulandgrundstücke. Die Fragen der Bodenbeschaffung haben im Wahlkampf vor dem 8. Oktober eine große Rolle gespielt. Ich will hier nicht in Details eingehen, ich habe zu diesen Problemen wiederholt und offen Stellung genommen. Ich möchte heute nur eines in aller Deutlichkeit klarstellen: Eine vernünftige Grundstückspolitik in den Ballungsräumen unter Ausschaltung der Bodenspekulation bedarf bundesgesetzlicher Regelungen. Deshalb sind alle Versuche, der Wiener Stadtverwaltung irgendwelche Vorwürfe in diesem Zusammenhang zu machen und gleichzeitig geeignete gesetzliche Regelungen auf Bundesebene zu verhindern, nichts anderes als nackte Demagogie.

Ich hoffe trotz allem, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, einvernehmliche Lösungen zu finden — einvernehmliche Lösungen, die unsere Stadt, die unsere Mitbürger brauchen.

Als dritten Schwerpunkt habe ich das Gesundheits- und Sozialwesen angeführt. Das Arbeitsprogramm, das Ihnen vorliegt, enthält dazu viele Details. Übergeordnet über allem, was wir in diesem Bereich tun, stehen zwei Grundsätze: Ich habe in diesem Haus schon einmal gesagt:

Es nützt dem einzelnen wenig, wenn er in der Sonntagsbeilage der Zeitungen über die neuesten medizinischen Errungenschaften und Apparate eindrucksvolle Berichte liest, sie aber nicht zur Verfügung gestellt bekommt. — Wir müssen alles tun, wie in den letzten fünf Jahren, um den medizinischen Fortschritt in die medizinische Praxis für die Wienerinnen und Wiener umzusetzen. Gerade die Entwicklung der letzten fünf Jahre mit all dem, was an neuen Einrichtungen, an neuen und renovierten Spitälern, an Bauvorhaben und an organisatorischen Änderungen vollzogen wurde, hat einen eindrucksvollen Beweis für die tatsächliche Berücksichtigung dieses Schwerpunktes gebracht.

Es muß weiter gesichert werden, daß nicht nur jeder, der Hilfe braucht, diese Hilfe auf unbürokratische Weise erhält, sondern daß auch in der Ge-

staltung des Alltagslebens auf die Hilfs- und Schutzbedürftigen mehr Rücksicht genommen wird. Das umfaßt wieder Tausende Details, von den Wohnungen für Behinderte bis zu den Kinderspielflächen, von den Pensionistenheimen bis zur Gestaltung der Verkehrsflächen, von den Fahrzeugen der öffentlichen Verkehrsmittel bis zur Trennung der Spielbereiche von den Ruhebereichen in den Grünanlagen.

Nicht zuletzt jedoch geht es um die allgemeine Atmosphäre, um Toleranz und Verständnis und Hilfsbereitschaft. Das ist nicht nur eine Frage der bereitgestellten finanziellen Mittel, das ist vor allem eine Frage der menschlichen Einstellung.

Meine Damen und Herren! Zum nächsten Schwerpunktthema, dem öffentlichen Verkehr, ebenfalls in Ergänzung zum vorliegenden Arbeitsprogramm nur wenige Worte. Das Auto ist ein Faktor des täglichen Lebens geworden, der nicht mehr wegzudenken ist. Es hat keinen Sinn, gegen das Automobil grundsätzlich „Krieg zu führen“, wenn es ein Verkehrsmittel ist, über das eine Defacto-Volksabstimmung stattgefunden hat, wobei jede Ja-Stimme mindestens 50.000 bis 100.000 Schilling kostet und 400.000 Wiener mit „ja“ gestimmt haben, nämlich jene, die sich ein Auto gekauft haben.

Das Auto ist aber eine große Sorge für alle Städte geworden. Es gibt keine autogerechte Stadt. Genügend Verkehrs- und Parkflächen für die immer größer werdende Zahl der Autos in allen Bereichen einer Großstadt zu sichern, hieße, diese Stadt zu zerstören, ihre Häuser dem Auto zu opfern. Es kann in dieser Frage immer nur Kompromisse geben — Kompromisse zwischen den vorhandenen Flächen und den Wünschen, jedes Ziel mit dem Auto erreichen und dort auch parken zu können.

Es ist eine erstrangige Aufgabe, in dieser Situation öffentliche Verkehrsmittel anzubieten, die möglichst zuverlässig, schnell, bequem und sicher sind. Ich muß allerdings mit allem Nachdruck vor einer Illusion warnen: Es ist nicht möglich, gleichzeitig die Voraussetzungen für den öffentlichen Verkehr und für den Autoverkehr zu verbessern. Der Vorrang für den öffentlichen Verkehr, der heute schon allgemein — zumindest theoretisch — gefordert wird, bedeutet dort, wo sich bei der einzelnen Verkehrsfläche das Entweder-Oder stellt, Nachrang für den Autoverkehr. Straßenbahn und Autobus können nur dann zuverlässig, schnell und pünktlich fahren, wenn es gewisse Beschränkungen für den Autoverkehr durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen gibt.

Das führt in jedem einzelnen Fall zwangsläufig zu Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten. Wir werden uns auch in dieser Frage konsequent und beharrlich um einvernehmliche Lösungen bemühen müssen, die bei der Abwägung aller Interessen die notwendigen Entscheidungen zugunsten des öffentlichen Verkehrs enthalten.

Was schließlich den fünften Schwerpunkt betrifft, die Vielfalt der Freizeiteinrichtungen, so befinden wir uns hier auf einem Gebiet, das fak-

tisch auch in allen Abschnitten des Arbeitsprogramms aufscheint. Gerade in diesem Bereich liegt die Leistung in der Vielfalt: im Bildungsbereich, in den kulturellen Aktivitäten, im Sport, bei den Parks und den Wäldern, den Büchereien und den Spielplätzen, den Jugendzentren und den Pensionistenklubs und vielen, vielen anderen Dingen. Die Freizeitmöglichkeiten sind eines der Gebiete, bei denen sich die Vorzüge der großen Stadt besonders deutlich zeigen, denn nur hier kann diese Vielfalt geboten werden, die für jeden die Voraussetzungen bietet, seine Freizeit nach seinen eigenen Bedürfnissen, Wünschen und Vorstellungen individuell zu gestalten.

Ich möchte aus dieser Vielfalt einen Bereich herausgreifen, ebenfalls nur in Ergänzung zum vorliegenden Arbeitsprogramm, weil dieser Bereich durch seine Funktion, durch sein traditionelles Gewicht und durch die humanistischen Chancen, die er enthält, besonders wichtig erscheint: unsere Kulturpolitik.

Wir werden unsere prinzipielle Haltung fortsetzen, im kulturellen Bereich auf keinen Fall zu steuern und zu lenken, zu reglementieren und als Geschmacksrichter aufzutreten. Unsere Aufgabe ist es, zu fördern und zu helfen, damit sich auch in diesem Bereich der Pluralismus unserer Gesellschaft weiter entfalten kann und damit das Schöpferische in unserer Stadt die nötige materielle Basis findet.

Meine Damen und Herren! Manchmal gibt es Versuche, Gegensätze zwischen einer sogenannten Hochkultur und anderen Kulturformen zu finden. Ich glaube, daß dieser Gegensatz nur in der Gedankenwelt einiger weniger existiert. Was wir wirklich brauchen und was auch in der Realität besteht, ist der bunte Strauß unseres kulturellen Lebens, in dem die großen Traditionen ebenso Platz haben wie das Experiment. Moderne Kulturpolitik kann und darf nicht Stilrichtungen nach dem Zeitgeschmack werten. Sie hat das wertvolle Erbe zu bewahren und schöpferischen Entwicklungen helfend zur Seite zu stehen mit dem ausschließlichen Ziel, das kulturelle Erlebnis möglichst vielen Menschen in möglichst vielen Formen zu vermitteln.

Meine Damen und Herren! Ich habe bereits betont, daß die Hervorhebung einiger Schwerpunkte nicht bedeutet, daß andere Fragen unterschätzt werden. Die Stadt ist verpflichtet, für die Existenzgrundlagen in jedem Bereich zu sorgen. Dazu gehören die Versorgung mit Wasser, die Beseitigung der Abwässer und der Abfälle, dazu gehört die Versorgung mit Energie, die in Wien durch vorausschauende Planung schon jetzt bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts gesichert erscheint, aber zweifellos für die Zukunft auch neuer Überlegungen bedarf. Ich verweise aber zu diesen und allen anderen Themen nochmals auf das vorliegende Arbeitsprogramm, das ich als Bestandteil meiner Ausführungen zu betrachten ersuche.

Nur eines möchte ich dazu noch sagen: Unsere gesamte Tätigkeit steht im Zeichen unserer Bemühungen, die Demokratie, dieses Lebenselement un-

serer gesamten Tätigkeit, zu festigen und zu vertiefen. Wir konnten noch in der vergangenen Arbeitsperiode durch den Ausbau der Rechte der Bezirke und vor allem durch die Instrumentarien in der neuen Stadtverfassung fundamentale Fortschritte in dieser Richtung erzielen. In diesem Sinne weiterzuarbeiten ist für uns eine ganz besondere Verpflichtung, denn die weitere Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserer Stadt erfordert die Mitarbeit der engagierten Bürger. Der Beziehung zwischen der städtischen Verwaltung und dem Bürger der Stadt kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Es ist manchmal etwas in Vergessenheit geraten, daß in dieser Stadt im Jahre 1919 ein fundamentaler Bruch mit der klassischen Verwaltungstradition vollzogen wurde. Waren vorher Staatsinteresse und städtisches Interesse etwas, was unabhängig vom Bürger existierte und unter Umständen gegen den Untertan durchgesetzt wurde, so setzte sich die städtische Verwaltung damals ab sofort ein neues Ziel: Der Grundsatz und das Ziel lauteten: Es gibt kein Interesse der Stadt, das nicht aus den Interessen und Wünschen der Bürger abgeleitet ist. Dieser neuen demokratischen Verwaltungstradition fühlen sich unsere beamteten Mitarbeiter verbunden und verstehen sich als Teile des größten Dienstleistungsbetriebes in unserem Land.

Es liegt an uns, ihnen bei dieser Aufgabe jede Unterstützung zu geben. Unsere Mitarbeiter benötigen für ihren Einsatz allgemein verständliche Rechtsvorschriften, klare organisatorische Strukturen und eindeutige Verantwortlichkeit. Diesen Zielen dienen unsere Überlegungen bei der Diskussion über weitere Verbesserungen der Verwaltung. Wir werden daher der Weiterentwicklung der Verwaltung im Sinne einer modernen Dienstleistungsverwaltung unser besonderes Augenmerk schenken.

Das betrifft erstens die Fortsetzung der permanenten Verwaltungs- und Betriebsreform als ständig notwendige Anpassung an die allgemeine Entwicklung, zweitens die Konsolidierung der schon geschaffenen neuen Organisationsformen, drittens die Intensivierung der Revisionstätigkeit mit dem Ziel einer höheren Effektivität, einer konsequenten Sparsamkeit und einer raschen Erledigung aller Aufgaben. Mit dem Einsatz von Bediensteten, die Sonderaufgaben mit zum Teil ressortüberschreitenden Vollmachten erfüllen, haben wir bereits in den letzten Jahren Maßnahmen gesetzt, die in der Öffentlichkeit vielleicht weniger Beachtung gefunden haben, die jedoch de facto im öffentlichen Dienst revolutionierend waren. Wir werden in diesem Sinne weiterarbeiten, um die Koordination innerhalb der Verwaltung weiter zu verbessern und die Flexibilität der Führungsinstrumente weiter zu fördern.

Dabei wird es auch notwendig sein, die gesamte Tätigkeit der Verwaltung zu überprüfen, um festzustellen, welche Agenden die öffentliche Hand aus der Vergangenheit übernommen hat, ohne daß heute noch eine zwingende Notwendigkeit dafür besteht. In diesem Sinne habe ich bereits eine Überprüfung der geltenden Gesetze und Vorschriften

eingeleitet, denn ich bin überzeugt davon, daß hier manches mitgeschleppt wird, was nicht mehr den Erfordernissen unserer Zeit, nicht mehr der technischen und wirtschaftlichen und auch nicht der politischen Entwicklung entspricht.

Meine Damen und Herren! Eine Voraussetzung für die Arbeit, die ich in einigen wenigen Punkten zu skizzieren versuchte, ist die weitere Verbesserung der Information in allen Richtungen: Der Informationsfluß von der Stadtverwaltung zu den Bürgern und ebenso der Informationsfluß von den Bürgern zu den Verwaltungsstellen, von den Spitzen der Verwaltung zu den Mitarbeitern und umgekehrt von den Mitarbeitern zu den leitenden Funktionären der Verwaltung, die noch weiter zu verbessernde Information der Mandatäre, bei denen die Entscheidungen liegen, und die noch bessere Information der Bürger durch die Gewählten: das alles ist eine Aufgabe, der ich besonderes Gewicht beimesse.

Dabei müssen wir besonders darauf achten, daß nicht einfach die Quantität der Information erhöht und dadurch vielleicht die Qualität der Information erschlagen wird, weil derjenige, der informiert werden soll, die Fülle der Informationen gar nicht mehr bewältigen kann. Diese Aufgabe zu lösen ist genau so schwierig wie die gesamte kommunale Arbeit, in der es darauf ankommt, die großen Visionen einer sicheren, einer wohnlichen, einer menschlichen Stadt in die Vielfalt der Tausenden Einzelfragen umzusetzen.

Diese Realisierung der großen Vision in den vielen Details ist unsere Aufgabe für die nächsten fünf Jahre.

Lassen Sie mich nun zu wenigen Themen, die immer wieder öffentlich diskutiert werden, als Bürgermeister meine Meinung sagen.

Ich möchte zuerst ein Wort an jene richten, die am liebsten unsere Städte konservieren wollen, keine architektonische Änderung wollen und alles Neue ablehnen.

Die Städte waren immer Orte der Neuerung und nicht der starren Bewahrung. Die Geschichte der Städte ist eine Geschichte der ununterbrochenen Entwicklung und nicht der Erstarrung. In dem, was in unseren Städten alt ist, könnte kein Lobredner des Alten auch nur einen Tag leben, nicht in ihren sanitären Verhältnissen, nicht in ihren sozialen, rechtlichen und geistigen Voraussetzungen, auch nicht in ihren Grausamkeiten und niemals ohne die Technik. Es geht auch bei Denkmalpflege, Ensembleschutz und Restaurierung von Baudenkmalern immer um Kompromisse zwischen dem Alten und den Erfordernissen unserer Zeit. Ganz profan gesagt: Nur eine expandierende Wirtschaft kann die Erhaltung des Alten finanzieren. Die Denkmäler leben, wie einmal ein deutscher Architekt sagte, sozusagen vom Geld ihrer Feinde.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch an unsere Architekten ein Wort richten: Ganz besonders in Wien wird heftig kritisiert, was neu erbaut wurde. Ein großer Teil unserer Architekten ist

durch die Aggressivität der heute üblichen Kritik im Zusammenhang mit der Verherrlichung von allem, was alt ist, unsicher geworden. Vielleicht hilft es ihnen, wenn sie nachlesen, wie die neuen Bauten um die Jahrhundertwende kritisiert wurden, etwa die Wiener Ringstraße, als einer der beiden Erbauer der Staatsoper durch die Kritiken sogar zum Selbstmord getrieben wurde. Hat das Neue aber einmal Patina angesetzt, dann wird es allmählich schön, erhaltenswert und sogar zum Vorbild. Das ist zum Teil sicher eine Frage der Gewöhnung, hängt aber auch vom Geschmackswandel, von der Mode, wenn man so sagen will, ab, wobei eine Wechselwirkung besteht: Das Neue, das im Gegensatz zum Alten steht, wird zuerst abgelehnt, wirkt aber dann selbst geschmacksprägend, wird schließlich anerkannt und als positiv gegenüber dem nächstfolgenden Neuen empfunden, bis sich auch dieses Neue wieder seinen Platz erobert hat.

Die Architekten und wir, die wir für unsere Stadt die Verantwortung tragen, müssen den Mut haben, zu sagen: Ja zur Pflege, zur Erhaltung, zur Revitalisierung von allem Erhaltenswerten, aber trotzdem permanente Erneuerung unserer Stadt im Geiste unserer Zeit, entsprechend den Anforderungen und Möglichkeiten unserer Zeit.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein zweites sagen. Eine Politik muß von einer ethischen, von einer moralischen Überzeugung getragen werden. Für mich stehen in der Kommunalpolitik bei dieser moralischen Basis vor allem zwei Elemente im Vordergrund: Hilfe für alle, die aus eigener Kraft in unserer Leistungsgesellschaft nicht, noch nicht oder nicht mehr mitkönnen, also vor allem die Kinder, die ältere Generation, die Kranken, die Behinderten, die sozial Benachteiligten. Das ist das eine. Die Schaffung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle und in allen Teilen unserer Stadt ist das zweite. Das ist ein Bereich, wo uns wahrscheinlich weder ein Computer noch eine Kosten-Nutzen-Rechnung hilft, weil der kleine Park an der nächsten Ecke, die rasche Reparatur einer kleinen Schwierigkeit, die Reinhaltung der Straßen als ziffernmäßig erfaßbarer Wert für den einzelnen in keine Rechnung eingesetzt werden können.

Die Dinge, die ich jetzt nur beispielsweise angeführt habe, sind sogenannte Kleinigkeiten. Wir bemerken alle, daß gerade diese scheinbaren Kleinigkeiten sehr stark in den Vordergrund der Kommunalpolitik treten, denn die Lebensqualität in der Stadt hängt in sehr hohem Maß von den Kleinigkeiten ab, die den Lebensraum des einzelnen unmittelbar prägen.

Meine Damen und Herren! Dazu ein persönliches Wort: Gerade in diesen Kleinigkeiten haben alle gewählten Mandatäre auch eine Verantwortung, die ich als erzieherische Aufgabe qualifizieren möchte. Denn keine Stadtverwaltung kann als Administration auf die Dauer kinderfreundlicher, kulturbewußter oder besser zu den älteren Mitbürgern sein als die Menschen in der Stadt selbst. Wir müssen, so meine ich, mehr tun als bisher, um es zur allgemeinen Überzeugung zu machen, daß

alle Generationen in unserer Stadt ein Recht auf ihren Lebensraum und auf ihren Lebensstil haben.

Meine Damen und Herren! Die Lebensqualität hängt für viele nicht zuletzt davon ab, wie tolerant und menschlich die anderen Mitbürger sind, mit denen sie zusammenleben.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch ein Thema berühren, das seit einiger Zeit die Kommentare der Zeitungen und auch die Diskussionsbeiträge mancher, die im öffentlichen Leben stehen, bestimmt. Ich meine die angebliche Verdrossenheit der Menschen gegenüber der Politik, den Politikern oder den Parteien. Ich habe absichtlich den Ausdruck „Staatsverdrossenheit“, an den sich manche klammern, nicht verwendet. Denn was es auch immer ist, was beim einzelnen ein möglicherweise stärkeres Desinteresse an der Politik hervorruft, es ist jedenfalls nicht der Staat, die Republik Österreich. Wir haben gestern deren sechzigsten Geburtstag begangen, und wir können feststellen, daß sich die Österreicher und die Wiener zu ihrem Staat und zu ihrer Stadt bekennen. Sie sind gerne Bürger Österreichs und Wiens, und Begriffe wie Vaterland und Heimat sind durch keinerlei Interpretationen von Verdrossenheit getrübt.

Meine Damen und Herren! Wie bereits gesagt: Wenn es Anzeichen von Verdrossenheit gibt, dann gelten sie politischen Erscheinungen, die nicht auf Parteien eingrenzbar sind. Ich möchte bei dieser Antrittsrede nicht näher ins Detail gehen, aber wir haben gemeinsam eine große Aufgabe: durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, daß wir das, was jeden einzelnen berührt, nämlich die Politik für den Bürger unserer Stadt, nicht durch eigene Handlungen abwerten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, in der Kommunalpolitik, wo der nahe Kontakt des Bürgers mit der Politik stattfindet, gibt es nach wie vor für Politiker und Parteien die große Chance, die Menschen für die politischen Vorgänge — seien sie jetzt im Bezirk oder in der Stadt — zu gewinnen und diese Menschen in die Vorgänge noch stärker als bisher einzubeziehen.

Die Sozialisten Wiens begannen eine große Diskussion innerhalb der Partei, innerhalb ihrer Mitglieder, aber darüber hinaus mit allen Bürgern dieser Stadt, weil es für uns einen spezifischen Schwerpunkt unserer Arbeit in Politik und Verwaltung gibt, einen Schwerpunkt, der sich vielleicht in den letzten Wochen für viele, die am politischen Leben interessiert sind, manifestiert hat. Es hat sich gezeigt, daß die Jugend, die jungen Menschen unserer Stadt, gar nicht so unpolitisch sind, wie viele gemeint haben. Die jungen Menschen haben bewiesen, daß sie bereit sind, sich einzusetzen, zu diskutieren und zu agitieren, wenn sie von einem Thema in den Bann gezogen werden.

Wir sollten uns bemühen, diese politische Einsatzbereitschaft der Jungen auch für die Kommunalpolitik nutzbar zu machen, ihren Einsatz auch für andere Bereiche als nur für die Frage der Energieerzeugung zu gewinnen, um damit zu beweisen, daß junge Menschen politisches Gewicht haben und

gleichberechtigte Partner der erfahreneren Generation sind.

Die Renaissance des politischen Bewußtseins kann von der Kommune ausgehen, und es ist unsere Aufgabe, diese Renaissance zu unterstützen. Nicht mit Worten, die manchmal besonders maskiert etwa im Wahlkampf verwendet werden, sondern mit täglich erlebbaren Bemühungen und Leistungen, die die Menschen in ihrem Interesse für die Politik bestärken und festigen und damit auch unser demokratisches System.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich bin als Bürgermeister froh und stolz, feststellen zu können, daß alle Äußerungen der Wiener über ihre Heimatstadt, seien sie bewundernd oder kritisch, eine gemeinsame Grundlage haben: daß sie stolz sein wollen auf ihre Stadt. Die ältere Generation, weil sie es ist, die mit ungeheurem Optimismus und Elan unsere Heimatstadt aus Trümmern wieder aufgebaut hat und ihre ganze Energie und ihren Fleiß in diesen Wiederaufbau investiert hat. Die junge Generation, weil ihre Heimatstadt die Basis sein soll für die Erfüllung ihrer individuellen Wünsche und Sehnsüchte in der Zukunft.

So geht es uns darum, diese Stadt, auf die wir gemeinsam mit den Wienern stolz sind, weiter auszubauen in all ihren Facetten:

als international bekannter und anerkannter Ort der Begegnung;

als Stätte einer großen kulturellen, das heißt wissenschaftlichen, künstlerischen und architektonischen Tradition, die nicht museal gepflegt wird, sondern Bestandteil des Lebens in der Stadt ist;

als Zentrum, das in Österreich alle denkbaren Bildungsmöglichkeiten der Jugend, aber auch der erwachsenen Generation anbietet;

als Stadt einer dynamischen, lebendigen Wirtschaft, die für den einzelnen die Chance bietet, sein Wissen und seinen Fleiß einzusetzen

und schließlich für alle als sichere, wohnliche und menschliche Heimat für ihre Bürger. (Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. **Mayrhofer**: Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seine Erklärung.

Herr GR. Ing. Hofmann hat den Antrag gestellt, über die Erklärung des Bürgermeisters die Debatte zu eröffnen. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Busek. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Vizebürgermeister Dr. **Busek**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer die Erklärung des soeben gewählten Wiener Bürgermeisters mit seiner Erklärung vom 23. November 1973 vergleicht, dem wird auffallen, daß vieles an Problemstellungen, aber auch an Ankündigungen gleichgeblieben ist. Gleichzeitig wird ihm auffallen, daß diesmal jeder stolze Hinweis auf das Wahl-

ergebnis unterblieben ist. Ich glaube aber, daß das Wahlergebnis, unter dessen Zeichen dieser Wiener Gemeinderat zusammengetreten ist, nicht nebensächlich ist, sondern für die Entscheidungen, die wir heute getroffen haben und die wir in Zukunft treffen werden, von großer Bedeutung ist.

Nicht ohne Stolz stellen wir fest, daß wir als Wiener Volkspartei an Stelle der nach neuem Wahlrecht uns zustehenden 30 Mandate von den Wienern ein Vertrauen ausgesprochen erhalten, das unsere Mandatszahl auf 35 erhöht, womit wir im Wiener Stadtsenat ein Mitglied mehr stellen. Und wir werden in Hinkunft statt in fünf Wiener Bezirken in neun in den Bezirksvertretungen den Bezirksvorsteher stellen.

Es enthält diese Erklärung des Herrn Bürgermeisters, zum Unterschied von der von 1973 auch keinerlei Hinweise auf Gespräche irgendwelcher Art. Das ist verständlich, denn nach dem Wahlergebnis des 8. Oktober war sich die Sozialistische Partei am 9. Oktober entgegen der Ankündigungen völlig darüber im klaren, daß sie wieder allein die Verantwortung in Wien übernimmt. Das ist das gute Recht einer Mehrheitspartei. Es bleibt damit nur die Frage nach Stil und Grundsatz der Kommunalpolitik in unserer Stadt offen.

Meine Damen und Herren! Ich stehe hier als Vizebürgermeister der Bundeshauptstadt Wien und damit des bevölkerungsreichsten Bundeslandes der Republik Österreich. Es ist das erstmal in der Geschichte der Zweiten Republik, daß die Wiener Volkspartei einen Vizebürgermeister ohne ein Ressort stellt. Dieses Amt verdanke ich also nicht der Gnade der Mehrheitspartei dieses Gemeinderates, sondern dem Auftrag der Wiener Wähler, die der Wiener Volkspartei ein hohes Maß an Vertrauen entgegengebracht haben, so daß uns dieses Amt von Verfassungen wegen zusteht.

Ich überschätze dieses Amt nicht. Es ist in der gegenwärtigen Lage zunächst ein bloßer Titel ohne erweiterte reale Möglichkeiten, unser Programm und unsere Konzepte für unsere Stadt direkt umzusetzen. Aber mehr tun für unser Wien, das ist es, was wir wollen, und dazu bedarf es keines besonderen Amtstitels, sondern dazu braucht man Fähigkeit und den Willen, diese Fähigkeiten auch einzusetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die einzige Bedeutung dieses bloßen Amtstitels liegt anderswo. Er zeigt nämlich an, daß der Besitzanspruch einer Partei auf die ganze Stadt, die Gleichsetzung eines Parteiapparates mit der Stadtverwaltung obsolet geworden ist und daß auch die Wiener Volkspartei oder andere nichtsozialistische Parteien den legitimen Anspruch erheben können, als gewählte Mandatäre der Wiener legitime Repräsentanten Wiens und der Wiener Bürger zu sein.

Die 38 nichtsozialistischen Gemeinderäte in diesem Haus, von denen ich hier 35 vertrete, sind und waren keine Anti-Wien-Saboteure und nicht Repräsentanten der Antiwiener, als die uns die Mehrheit dieses Hauses immer hinstellen wollte, sondern die Vertreter und Repräsentanten einer großen Zahl

von Wiener Mitbürgern, die hier ebenso Heimatrecht haben und nicht als Bürger zweiter Klasse betrachtet werden wollen. (Beifall bei der ÖVP.) Diese Bürger haben ihr Schicksal immer mit dieser Stadt geteilt und diese Stadt geliebt.

Meine Damen und Herren von der Mehrheitspartei! Die Liebe zu Wien beweist man nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Partei, sondern dadurch, daß man hier lebt und arbeitet, in der Gemeinschaft mitlebt und mitarbeitet, daß man an Mißständen Kritik übt und sie abzustellen versucht und seine Tatkraft in den Dienst der Verbesserung der Lebensverhältnisse dieser Stadt stellt. Das haben wir getan, und das wollen wir auch in Zukunft tun. Deswegen haben uns die Wiener Bürger ein vermehrtes Vertrauen ausgesprochen.

Ich hätte mir diese Feststellung gerne erspart, aber die jahrelangen Unterstellungen der Wiener SPÖ, nicht zuletzt in diesem Haus, die uns immer das Heimatrecht in unserer Stadt absprechen wollten und das bis vor fünf Wochen durchgezogen haben, geben mir noch einmal Anlaß zu der sonst selbstverständlichen Feststellung, daß alle Parteien und alle Mandatare als legitime Vertreter der Interessen Wiens und legitime Repräsentanten der Wiener auftreten können.

Wir sind zwar in der Minderheit, aber nicht minder berechtigt, sondern gleichberechtigte und gleich legitimierte Repräsentanten Wiens und der Wiener Bürger.

Meine Damen und Herren! Auf diesem Bürgermeistersessel saß einmal Dr. Karl Lueger, der Gründer der christlichsozialen Partei, die ihre soziale Basis damals im städtischen Bürgertum, im gewerblichen Mittelstand und bei den kleinen Leuten hatte. Ihr geistiges Zentrum war Wien, ihre geistige Prägung wienerisch-großstädtisch. Unter der Ägide Luegers und seiner christlichsozialen Partei begann in Wien die Ära einer Kommunalpolitik im modernen Sinn. Die bis heute tragende Grundausrüstung der Wiener kommunalen Einrichtungen ist bleibend mit dem Namen Lueger verbunden.

Stadtplaner und Stadtgestalter dieser Ära war Otto Wagner, dessen Design zwar heute unter Denkmalschutz steht, dessen großzügige funktionale Gestaltung aber zu oft durch eher kleinliche und provinziellere Lösungen ersetzt wird.

Jedenfalls hat die Periode der damaligen christlichsozialen Kommunalpolitik das Gesicht unserer Stadt Wien bis heute entscheidend mitgeprägt. In Wien gibt es vieles aus dieser Zeit, das man mit Stolz herzeigen kann.

Aus der Geschichte dieser Stadt ebenso wenig wegzudenken ist die Periode sozialdemokratischer Kommunalpolitik in der Ersten Republik, die sich im kommunalen Wohnbau und in den sozialen Einrichtungen des roten Wien ein bleibendes Denkmal errichtet hat. Ich habe diese meine Einschätzung schon mehrfach und schwarz auf weiß ausgedrückt, und ich stehe nicht an, meine Damen und Herren, meine Anerkennung für diese Leistung auch von dieser Stelle auszusprechen.

Da ich keinerlei Scheu vor dieser ausdrücklichen Würdigung habe, habe ich auch keine Scheu, eine historische Kritik auszusprechen. Das rote Wien war, wie schon der Name sagt, nicht mehr das Wien aller Wiener und sollte es nach dem Willen seiner Stadtväter auch gar nicht sein. Es war eine historische Leistung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, aber mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und der Antibürgerlichkeit. Daher wirkte die Kommunalpolitik des roten Wien der Ersten Republik nicht integrierend, sondern polarisierte zusätzlich die politischen Bewegungen und sozialen Schichten, wie es auf anderen politischen Ebenen andere getan haben mögen.

So gelang denn tatsächlich auch die Integration der sozialistischen Arbeiterschaft in den österreichischen Staat erst in der Zweiten Republik in der Zusammenarbeit des gemeinsamen Wiederaufbaus, als nicht mehr der schwarze Bund dem roten Wien gegenüberstand. Damit begann auch die politische Reintegration der nichtsozialistischen Wiener Bürger, die nicht ohne retardierende Momente verlief.

Einer Ihrer Parteivorsitzenden, Bruno Pittermann, war es, der etwa die Österreicher 1965 noch einmal in böse Alpenösterreicher und gute Donauösterreicher aufteilte. Eine Äußerung, die sicher nicht zur politischen und regionalen Integration unseres Volkes beigetragen hat, sondern Lagermentalität und latente Spannungen aufgewärmt hat.

Ich erwähne diesen Gesichtspunkt deshalb so ausführlich, weil ich es in der parteienstaatlichen Demokratie für die höchste Aufgabe und Verantwortung eines Politikers halte, für die politische und soziale Integration aller Bevölkerungsschichten und geistig-ideellen Richtungen zu sorgen.

Eine offene Gesellschaft zeichnet sich nicht dadurch aus, daß die Menschen aus ihr auswandern, sondern durch ihre Möglichkeit, jedem in ihr einen freien Wirkungskreis anzubieten, durch ihre Integrationsfähigkeit also.

Ich bekenne mich für die Wiener Volkspartei zu dieser Aufgabe, und sie ist mir nicht nur deshalb ein persönliches Anliegen, weil Ihre Organisation in bestimmten Bezirken in diesem Wahlkampf sich immer noch darin gefallen hat, uns in Wahlkampfzeiten entsprechend anzuagitimieren. Ich habe mich aber daran gewöhnt, es gehört sozusagen zu unserem täglichen Brot, obwohl ich es eigentlich nach wie vor unverständlich finde. Ich habe es aber als Wiener Spezialität kennengelernt, denn anderswo in Österreich gibt es das nicht oder nicht mehr. Das zeigt aber immerhin an, daß hier noch immer historische Barrieren vorliegen, erratische Blöcke, die keine Entsprechung in unserer heutigen politischen und sozialen Wirklichkeit finden. Hier ist noch immer eine schwierige Integrationsaufgabe zu leisten, die aber am wenigsten von der Wiener Volkspartei zu leisten ist.

Jedenfalls hat das Wahlergebnis gezeigt, daß hier ein Abbau einer Lagermentalität stattfindet, die jenem in der politischen Auseinandersetzung den Zuschlag erteilt, der in der Lage ist, klarzumachen,

daß er sich um ein Mehr und um ein Besser in der Demokratie bemüht. Diese Integrationsaufgabe besteht aber nicht in spektakulären historischen Versöhnungen oder gar in peinlichen Verbrüderungen, sie muß sehr nüchtern gesehen werden.

Der neue Gemeinderat, der sich heute konstituiert hat, ist von nur knapp drei Viertel der Wiener Wahlberechtigten gewählt worden. Ich bedaure, daß auf diese Frage in der Einleitung des Herrn Bürgermeister nicht mehr eingegangen wurde. Mehr als ein Viertel der Wiener verweigerte oder unterließ die Ausübung des elementaren politischen Bürgerrechtes — des Wahlrechtes. Die Gründe für diese schlichte Enthaltung oder bewußte Verweigerung sind vielfältig, und wir sollten sie alle sehr genau studieren und uns zu Herzen nehmen.

Ich persönlich neige nicht der optimistischen Auffassung zu, wie sie der Soziologe Prof. Freisitzer nach der Wahl geäußert hat, daß man darin ein Phänomen einer demokratischen Normalisierung sehen sollte und daß der Bürger durch Nichtwählen sein Vertrauen ins bestehende System ausdrücke. Selbst wenn es so wäre, bedeutet es ein „ohne mich“ und „die Politiker werden es schon richten“. Ich finde es für kein Zeugnis großer demokratischer Reife, den Politikern so blind und ohne Entscheidung, wie es in Zukunft weitergehen soll, zu vertrauen.

Noch viel mehr beunruhigen muß uns aber die Annahme, daß hier nicht ein Vertrauensakt, sondern ein Verweigerungs- und Mißtrauensakt geschehen ist. Jedenfalls bleibt uns die Tatsache, daß am 8. Oktober mehr als 300.000 Wiener nicht eine der wahlwerbenden Parteien, sondern in ihrer Eigenschaft als Wiener Stadtbürger die Emigration und die Enthaltung gewählt haben. Hier bahnt sich eine Desintegration großen Ausmaßes an, die noch dazu überwiegend die Jugend betrifft, und es wird Aufgabe aller demokratischen Institutionen und aller politischen Kräfte sein, die Ursachen dieser Desintegration genauestens zu erforschen und Wege zu ihrer Überwindung zu finden.

Ich bin deswegen so deutlich darauf eingegangen, weil ich es als einen Mangel der Erklärung ansehe, daß auf die Entwicklungen der Stadtdemokratie nicht oder nur sehr wenig eingegangen wurde. Die Qualifizierung etwa der direkten Demokratie, daß sie die Gefahr einer Zersplitterung der Interessen und des Gesamtbildes bedeutet, halte ich auf der anderen Seite genauso für gefährlich, weil ja gerade die Übersichtlichkeit des Problems ein entsprechendes Interesse des Bürgers erweckt und ihm die Möglichkeit gibt, sich unter seiner politischen Entscheidung etwas vorzustellen.

Die Mitwirkungsmöglichkeit des Bürgers in der Demokratie ist nicht eine Holschuld des Wählers, sondern eine Bringschuld der Demokratie. Daher erwarten wir uns eine lebensmäßige Anpassung der demokratischen Institutionen und ihrer Einrichtungen, beginnend etwa bei der Frage des Wahlrechtes. Wir werden der Mobilität unserer städtischen Gesellschaft nicht gerecht, wenn wir glauben, daß der Sonntag noch immer die Zeit der

Ruhe und des Verweilens in der Stadt ist. Wir werden den veränderten Möglichkeiten unserer Demokratie nicht gerecht, wenn wir nach wie vor die älteren Mitbürger durch eine mangelnde Briefwahl von ihrem Wahlrecht ausschließen. (Beifall bei der ÖVP.) Und wir werden einer weiteren notwendigen Entwicklung des Wahlrechtes nicht gerecht, wenn wir nach der Wahlkreisreform, die wir in diesem Jahr durchgeführt haben, nicht auch endlich eine Wahlrechtsreform durchführen, die vor allem die Nähe zwischen Wählern und Gewählten sicherstellt.

Eine weitere Möglichkeit stellen die Instrumente der direkten Demokratie dar, die auch der entsprechenden Umsetzung bedürfen. Wir urgieren hier dringend die Durchführungsgesetze der Instrumente der direkten Demokratie, wie sie die Novelle zur Wiener Stadtverfassung vorgesehen hat. Wir urgieren dringend die Verankerung der Möglichkeit lokaler Fragestellungen auf kleinstem Bereich, weil die Nähe zum Bürger hier ihren entscheidenden politischen Ausdruck findet. Wir urgieren dringend die Vorlage der möglichen Rechte der Bezirke und deren kontinuierliche Weiterentwicklung, weil nur in der Nähe der Bürger Politik und damit die Institution der Stadtdemokratie glaubhaft werden kann. Und wir urgieren nicht zuletzt einen Ausbau der Bürgermitwirkung, um ihm die Durchschaubarkeit mancher Verwaltungsvorgänge sowie der gesamten Tätigkeit von Gesetzgebung und Verordnung zu erleichtern.

Es geht um die Verständlichkeit der Gesetze, der Verordnungen und der Verwaltungsvorschriften, denn noch immer steht der Bürger unter der Drohung des § 2 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches, daß die Unkenntnis der Gesetze ihn nicht vor deren Folgen schützt, wobei er heute schon durch Sprache und Komplexität der Probleme in vielem überfordert wird. Hier kann sich aber nicht der Bürger einer leeren Sprache des Gesetzgebers anpassen, sondern es wird unsere Aufgabe sein, die Zugänglichkeit für den Bürger, seiner von ihm getragenen demokratischen Institutionen sicherzustellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wir erwarten nicht zuletzt die Diskussion um eine Verfassungsreform, die die Mitwirkung aller Parteien in der Stärke sicherstellt, die ihnen der Wähler gegeben hat. Denn ich glaube, daß wir die Aufgabe haben, in der Wiener Stadtverfassung Klarheit zu schaffen: entweder ein wirkliches System von Regierung und Opposition einzuführen oder den Weg einer gemeinsamen Verantwortung zu gehen. Der gegenwärtige Mittelweg, daß es nämlich Regierungsmitglieder in Opposition gibt, ist mehr als problematisch.

Schon Kelsen hat in seinen Materialien zur österreichischen Verfassungsgesetzgebung den Grundsatz vertreten, daß Regierungsgewalt nach Verhältnismäßigkeitsprinzip verteilt werden kann. Die gegenwärtige Regelung widerspricht meines Erachtens dem Geist der so oft zitierten Kelsenschen Bundesverfassung.

Die Zukunft wird weisen, ob in Wien ein Weg gegangen werden kann, der das tragende Prinzip

aller übrigen österreichischen Städte und Gemeinden darstellt. Bis zu einer solchen Entscheidung wird die Wiener Verfassung uns weiter ihre Unklarheit aufzwingen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der beiden Minderheitsparteien gering halten.

In diesem Zusammenhang möchte ich für die Wiener Volkspartei bedauern, daß es nicht möglich gewesen ist, Mitverantwortung im Wege der Leitung der Ausschüsse in diesem Gemeinderat zu verankern. Und es wird auch die kleine Oppositionspartei, der ich zum Obmann des Kontrollausschusses herzlichst gratuliere, sehen, daß die eigentlichen Möglichkeiten sicher in einem Mehr an Mitverantwortung und nicht in der Übernahme von Vorsitzen bestehen.

Es wird uns aber diese Tatsache nicht daran hindern, unser Programm zu vertreten, weil wir überzeugt sind, daß die Stadt gestaltbar ist und daß die Stadt weiter das Schicksal des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist. Wir werden uns dabei von folgenden Grundannahmen leiten lassen:

Politik ist im Dienst des Bürgers und mit Zuvorsicht auszuüben, wobei die Frage berechtigt ist, welchen Bürger wir meinen. Wir meinen nicht den Bourgeois eines Klassenkampfes, sondern den Citoyen, den Stadtbürger, der aktiv seine Lebenswelt gestaltet.

Wir reden von einer Politik, die keine Zwangsbeglückung bedeutet, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen keine Lösungen am Menschen vorbei, sondern mit den Menschen erarbeiten, denn eine Stadt ist keine leere Hülse, sondern die Stadt ist die dritte Haut des Menschen, die so zur Stätte seiner Seele wird, wie es Alexander Mitscherlich ausdrückt.

Wir gehen von der Grundannahme aus, daß wir ein Wien wollen, das seine Größe behält, nicht ein schrumpfendes, dem das Gewand der Geschichte zu groß geworden ist, daß wir ein Wien wollen, das seinen Willen zur Zukunft in seiner Familien- und Kinderfreundlichkeit zeigt und nicht nur plakatiert, daß wir ein Wien wollen, das nicht nur in Mehrheiten denkt, sondern auch Minderheiten, wie Kindern und Alten, Behinderten und Armen, Neubürgern und Gastarbeitern, Chancen eröffnet, daß wir ein Wien wollen, das an der Stadtgrenze nicht aufhört, sondern seine kulturelle und internationale Aufgabe über Österreich hinaus verfolgt, und daß wir ein Wien wollen, das den Bürgern die Chance gibt, es mitzugestalten, weil es nur so lebenswert und liebenswert sein wird.

Wie stellen wir uns das vor? Wir werden in den nächsten fünf Jahren eine Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen haben. Was wir brauchen, ist eine Stadt, die dem Bürger alles das gibt, was er von einer Stadt erwartet: die notwendige Infrastruktur, sichere Verkehrsmittel, eine entsprechende Versorgung. Was wir brauchen, sind praktische Lösungen für die Probleme der nächsten Zeit, wie etwa auf dem Sektor Verkehr, Wohnen oder Gesundheit.

Was wir brauchen, ist eine Stadtverwaltung, die sich an den Wünschen und Problemen der Bevölke-

rung orientiert, eine Politik mit den Bürgern nicht nur plakatiert, sondern wirklich praktiziert.

Was wir brauchen, ist eine Entflechtung von Rathaus und Parteien, damit nicht durch eine Vermischung der Verantwortung demokratische Einrichtungen parteilich gebraucht und allenfalls mißbraucht werden.

Und was wir brauchen, ist eine Verwaltung und eine Beamtenschaft, die von den Politikern die Freiheit, die Sicherheit und den Schutz erhält, die eine verantwortungsvolle Ausübung des Amtes möglich macht.

Wir haben in unserem Programm „Pro Wien“, das unsere Grundlage für die Politik der nächsten fünf Jahre sein wird, Sachvorschläge und Konzepte der anstehenden Probleme niedergelegt. Wir werden versuchen, sie mit Anträgen und in Diskussionen mit allen Partnern in diesem Gemeinderat durchzusetzen, und wir werden versuchen, dort, wo wir selbst können, im Wege von „Pro Wien“-Aktionen diese Stadt zu gestalten und Probleme rasch und mit den Betroffenen zu lösen.

Wir haben moderne Lösungen für unsere Stadt anzubieten. Lassen Sie mich nur einige davon und die wichtigsten nennen:

Wir werden uns in diesem Haus wahrscheinlich nicht trennen in der Feststellung, daß wir sichere Arbeitsplätze und eine gesunde Wirtschaft brauchen. Ich glaube aber, daß die entscheidende Voraussetzung dafür ist, daß die Maßnahmen der Stadt in erster Linie die private Investitionstätigkeit initiieren. Wenn immer wieder in der Diskussion über die kommunalen Betriebe das Schlagwort der Privatisierung auftaucht, dann möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß bereits jetzt bei 17 von den 33 Holdingbetrieben bzw. ihren Töchtern, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist, eine fremde Beteiligung besteht, und in neun Fällen sind private Firmen seit 1974 mit großem Know-how beteiligt.

Wir stellen uns auch vor, daß die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas erreicht wird durch die Förderung von im Know-how erfahrenen mittelständischen Betrieben, wenn durch entsprechende Handwerksmessen und Design-Messen gezeigt wird, was hier alles gekonnt wird.

Und wir stellen uns vor, daß nicht nur große multinationale Unternehmen, wie das in der letzten Zeit geschehen ist, für neue Arbeitsplätze kräftig gefördert werden, sondern daß gerade die tragende Kraft der Wirtschaft Wiens, nämlich die Klein- und Mittelbetriebe, auch jene Hilfe erhalten, die es ihnen ermöglicht, die Aufgaben der Zukunft zu lösen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir stellen uns aber auch vor, meine Damen und Herren, daß ein großer Teil der immer wieder in Diskussion stehenden 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätze, die wir für die Zukunft zu schaffen haben, auch in Wien sein kann. Nicht nur die Bewahrung des industriellen und gewerblichen Bereichs, sondern auch der Ausbau des tertiären Sektors bietet hier eine eindeutige Chance. Nicht nur das Stoppen der Abwanderung, sondern die Er-

möglichung einer Zuwanderung werden hier eine entscheidende Rolle spielen.

Voraussetzung dafür aber ist, daß wir nicht durch neuerliche Steuer- und Gebührenbelastungen die Unternehmen aus Wien vertreiben, sondern dafür sorgen, daß sie eine Chance darin erblicken, in Wien zu bleiben.

Voraussetzung dafür aber ist es auch, daß wir nicht mit einem Mehr an Belastungen und einem Dschungel an Verwaltung dafür sorgen, daß das Interesse und die Freude an wirtschaftlicher Tätigkeit hier verlorengeht. Denn für die Finanzen unserer Stadt wird es entscheidend sein, daß wir auch jene in unseren Mauern haben, die die Steuerkraft für die Bewältigung der Probleme der Zukunft sicherstellen.

Wir werden moderne Lösungen für unsere Stadt brauchen, denn unsere Probleme können nicht durch Statistiken oder durch allgemeine Zielvorstellungen allein gelöst werden. Was wir brauchen, sind praktische und rasche Lösungen.

Wir haben Ihnen diese Lösungen schon vorge schlagen, etwa die Voraussetzungen für eine Verkehrspolitik überhaupt zu schaffen, indem ein integriertes, ein zusammengefaßtes Verkehrsressort den gegenwärtigen Kompetenzdschungel für Verkehrsfragen beendet, der sich auf 6 Stadträte, 10 Magistratsabteilungen und die Wiener Stadtwerke verteilt. Das allein ist schon die Voraussetzung für eine bessere Planung, für eine Betreuung und für eine Koordination aller Verkehrsprojekte.

Wir stellen uns vor, daß eine bessere Überwachung sämtlicher baulichen Tätigkeiten, vor allem von Aufgrabungen und Straßenumbauten stattfindet. Vor allem aber, daß sehr bald eine Entscheidung getroffen wird, wie unser Bundesstraßennetz sich weiterentwickelt und ob der Austausch und Abtausch von Investitionen des Bundes im Bereich des Nahverkehrs möglich wird, etwa zugunsten der U 3 oder einer Schnellbahn im Bereich der Vorortelinie und der Verbindungsbahn sowie zur Realisierung des Verkehrsverbundes.

Wir haben auch die entsprechenden Vorschläge für ein neues Verständnis der Stadtplanung. Die Stadtgestaltung und die Stadterneuerung ist nicht nur eine bauliche Aufgabe oder entscheidend für die Wohnsituation der Bevölkerung, sondern ist auch eine kulturelle Aufgabe der Stadtplanung. Das ist nicht nur eine Sache der Experten, sondern auch ein Problem der gesamten Bevölkerung.

Der Schweizer Dichter Max Frisch hat sehr richtig formuliert: „Die Stadt ist nicht so sehr Sache der Städteplaner als der Stadtbewohner.“

Erlauben Sie mir, unter diesem Gesichtspunkt ein wenig weiter auszuholen, weil hier Entscheidungsfragen der Zukunft stehen. Wir sind uns darüber klar geworden, daß die Ära der großen Stadtplanungsprojekte, der sogenannten großen Architekturen, der angeblich so modernen neuen Stadtteile, der Satellitenstädte und dergleichen schon mehr der Vergangenheit angehört. Das sind eigentlich Saurier unserer Zeit, und die sterben aus.

Dieser Tatsache hat bereits ein Stadtplaner von Wien, nämlich Roland Rainer, Rechnung getragen, wenn er formuliert: „Man beginnt zu erkennen, daß die im Laufe langer Zeit als Ergebnis vieler örtlich und historisch bedingter Einzelleistungen entstandenen alten Stadtteile für alle Bemühungen um Urbanität und Humanisierung städtischer Umwelt von großem Wert sind. Die Schwierigkeit besteht nur darin, daß solche Elemente im Bereich großstädtischer Erweiterungsgebiete im allgemeinen kaum zu finden sind. Anders ist es diesbezüglich in Wien, das sich auch in dieser Hinsicht so wie in seiner eigentlichen Stadtstruktur der denkbar günstigsten Voraussetzungen erfreut.“

Was hier ein ehemaliger Stadtplaner von Wien formuliert hat, spürt eigentlich instinktiv unsere Jugend, denn wir erleben, daß die Jugend des Jahres 1978 ganz anders als die des Jahres 1968 ihr Engagement nicht im Angriff auf bestehende Institutionen und Strukturen sucht, sondern sich dieser eher auf eine zugleich sanfte und entschlossene Art entzieht, zugunsten von Alternativen, die, so vielfältig und manchmal verwirrend sie uns auch anmuten, doch eine gemeinsame Tendenz aufweisen: die Tendenz zu einem autonomen, klareren, mehr von warmen Gefühlen als nur von Vernunft bestimmten Leben.

Wir haben es erlebt beim Engagement für die Fragen der Energiepolitik, und ich glaube, es wäre zu klein gedacht, wenn wir an das Engagement für die Fragen der Energie nun das für konkrete einzelne kommunalpolitische Fragen hinzufügen würden. Denn in dem, was mit diesen neuen Jahrgängen auf uns zukommt, meine Damen und Herren, liegt möglicherweise eine große Gefahr, nämlich die, daß hier Generationen heranwachsen könnten, die kein Verständnis mehr für die herkömmlichen Formen und Verfahrensweisen der Politik haben, die nicht mehr dazu zu bewegen sind, sich rechtzeitig in diese Verfahrensweisen und Spielregeln einzuüben. Wehe uns, meine Damen und Herren, wenn es uns nicht gelingt, die Worte und die Alternativen zu finden, mit denen wir diese Nachkommen ansprechen, überzeugen und in die Politik — und damit meine ich jetzt in die Sorge um das Gemeinwohl — einbinden können.

Andererseits liegt in eben dieser neuen Tendenz eine ungeheure Chance für die Stadt verborgen, denn sie enthält auch ein seit Jahrzehnten nicht mehr verspürtes Bedürfnis nach einer neuen Mitmenschlichkeit, nach einem neuen Gefühl für Nachbarschaft, nach Liebe zur Umwelt — alles dies Emotionen und vielfach noch nicht ausformulierte Bedürfnisse, die den alten Begriff der Urbanität mit neuem Leben und neuem Sinn erfüllen könnten.

Diese Jugend — und wer wollte es leugnen, daß auch wir Älteren nicht frei von diesen Gefühlen und Träumen gewesen sind — findet keinen Gefallen an Betonsauriern mehr. Sie fürchtet wohl mit Recht die weitere Computerisierung unseres Daseins, sie hat ein gesundes Mißtrauen gegen alle Großverplanungen, die nicht überschaubar sind. Statt dessen wünscht sie sich Überschaubarkeit, Wärme und Farbigkeit des Lebens.

Betrachten Sie bitte manche unserer Forderungen auch unter diesem Aspekt, meine Damen und Herren, etwa die Forderung, dem Schlagwort von der ungehemmten Stadterweiterung endlich ein Ende zu machen und mit dem Einverständnis gerade der Jungen, aber zweifellos auch mit Zustimmung der Älteren an ihrer Stelle der Stadterneuerung und der Stadtreparatur freie Bahn zu lassen. Denn in der Wiederbesiedelung der Stadt und ihrer Teile, in ihrer Wiederbelebung und Wiederinbesitznahme liegt nicht nur die Zukunft unserer Stadt, sondern ihre große Chance zu neuem Glanz in neuer Fülle und neuer Bedeutung.

Stadterneuerung und Stadtreparatur — eines geht da ins andere — bedeuten für den Magistrat dieses Hauses, und nicht nur für die Stadtplanung, sondern zum Beispiel auch für das Kulturamt, den weitgehenden Verzicht auf Ruhm, denn die Zeit, in der sich der Magistrat Denkmäler erbauen konnte, ist längst vorbei. Nicht nur, weil es zu wenig Geld dafür gibt, sondern weil es die Zeit selbst eigentlich nicht mehr will.

Statt dessen — und hier stimme ich mit dem Bürgermeister überein — wird im Kleinen gearbeitet werden müssen, im Kleinen, aber zugleich auch im Vielfältigen. An allen Ecken und in allen Winkeln sozusagen. Eine einzigartige Gelegenheit, meine Damen und Herren, an allen diesen Arbeiten auch den teilnehmen zu lassen, auch den zu aktivieren, der sich bisher übergangen gefühlt hat, nämlich den Bürger. Denn ohne ihn die Stadt zu reparieren, geschweige denn zu erneuern, wird kaum gelingen.

Daher werden wir uns in den Maßnahmen der Wohnungspolitik auch danach zu richten haben, daß nicht mehr 70 Prozent der öffentlichen Mittel der Stadterweiterung, sondern vielleicht umgekehrt 70 Prozent der Stadterneuerung zukommen und ein verbindlicher Etappenplan für Stadterneuerung durch das Stadtplanungsressort erstellt wird. Und wir werden zur Motivierung der Bürger und zur Information Erneuerungsbeauftragte in den Bezirken vorschlagen, weil nicht über die Menschen hinweg, sondern nur mit ihnen neues Leben in diese Häuser und in diese Viertel kommen kann.

Wenn ich zu Fragen der Gesundheit nur ganz kurz Stellung nehme, so nicht deswegen, weil sie nicht von ungeheurer Wichtigkeit wären, sondern weil angesichts der laufenden Projekte ohnehin ein starkes Ausmaß an Bindung der finanziellen Möglichkeiten besteht. Hier gilt es aber vor allem zu betonen, daß die Sozial- und Gesundheitspolitik gemeinsam mit den Betroffenen gestaltet werden müssen, und nicht von oben verordnet werden können.

Der Gedanke von Pflegestationen im Bezirk, von Sozialstationen, die die Möglichkeit geben, rasch an Ort und Stelle Hilfe zu bieten, sind ebenso vom Prinzip der Nähe getragen wie der Wunsch, in jedem Bezirk ein Alterspflegeheim zu haben oder dafür zu sorgen, daß unterversorgte Bezirke sehr bald eine entsprechende Anzahl von Krankenbetten erhalten, wie dies gerade jenseits der Donau, beim Sozialmedizinischen Zentrum-Ost, notwendig wäre.

Es ist mit Recht die Frage nach der Finanzier-

barkeit verschiedener Vorstellungen zu erheben. Wir haben in unserem „Pro Wien“-Konzept niedergelegt, daß durch einen entsprechenden Tausch und durch die Erstellung von Prioritäten innerhalb dieser fünf Jahre sehr viel von dem, was hier zur Diskussion steht, in der Finanzierung sichergestellt ist, daß durch die Möglichkeit des Abtausches von Verpflichtungen des Bundes gegenüber der Gemeinde Wien die Chance bestünde, rasch zu besseren Verkehrslösungen zu kommen und daß nicht zuletzt durch eine entsprechende Sparsamkeit, vor allem in der Durchführung, sichergestellt werden kann, daß mit gleichen Mitteln mehr geschehen kann. Daß es dazu noch ergänzend Gespräche mit den anliegenden Bundesländern und mit dem Bund bedarf, steht für uns außer Frage.

Erlauben Sie mir nun noch einige Bemerkungen zum Verhältnis der Verwaltung zum Bürger. Wir bedauern, daß es zum drittenmal in einer Erklärung des Bürgermeisters eine Ankündigung gibt, eine arbeitsfähige und durchschaubare Ressortenteilung für diese Stadt zu schaffen. Es sollte eigentlich im dritten Anlauf möglich sein, endlich zu dem zu kommen, was schon lange versprochen wurde. Wenn man aber dabei gleich die Frage der Dezentralisierung der Verwaltung durch Übertragung von Kompetenzen durch die Verfassung an die Bezirke mitnehmen könnte, vielleicht eine Dezentralisierung zentraler Verwaltungsstellen ins Auge faßt, wäre der Überschaubarkeit der Verwaltung ein guter Dienst erwiesen, ebenso wie in der raschen Verankerung der Instrumente der direkten Demokratie.

Wir schlagen auch vor, statt aufwendiger Rathaus-Broschüren sachliche Information für die Bevölkerung zu betreiben, statt des „Tags der offenen Tür“ mehr Bürgerinformation über Planung und Durchführung kommunaler Projekte, weil uns die Selbstberührung ohnehin nicht abgenommen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Erlauben Sie mir auch ein klares Wort zur Frage der Entflechtung von Rathaus und Parteien zu sagen. Es ist in der Erklärung festgestellt worden, daß eine allfällige Kritik an der Vorgangsweise der Bodenpolitik des Wiener Stadtsenats und des Magistrats in den Bereich der Demagogie komme. Ich erinnere mich nur, daß Ihr Parteivorsitzender auf Bundesebene, nämlich Bundeskanzler Dr. Kreisky, in der Diskussion nach dem Wiener Wahlergebnis vorgeschlagen hat, das nächstmal rascher und deutlicher Aufklärung für solche Vorgänge zu schaffen. Wieweit Sie Ihrem Bundeskanzler Demagogie unterstellen, überlasse ich Ihrer Beurteilung. (Beifall bei der ÖVP.) Wir treten jedenfalls dafür ein, daß Mandatare, Parteien, Interessenvertretungen vor allem in diesem wichtigen Bereich der Boden- und Bauteilscheidungen direkt nichts zu tun haben.

Wenn schon die Diskussion über Privilegien und Unvereinbarkeitsbestimmungen geht, werden wir mit Interesse verfolgen, ob Sie unseren Vorschlag, Mandatare aus den Vorständen von kommunalen Unternehmungen durch eine Unvereinbarkeitsklausel zu entfernen, verfolgen. Es wird abzusehen sein, inwieweit dies unter Generalvollmachten aller Art fällt.

Wir werden auch für eine Verstärkung und den Ausbau der Kontrollrechte eintreten, denn der Kontrollausschuß braucht in seiner Tätigkeit als Voraussetzung ein unabhängiges Kontrollamt. Denn was nützen die besten Vorschläge der Oppositionsparteien im Kontrollausschuß, wenn es nicht ein Recht einer qualifizierten Minderheit, etwa von 25 Gemeinderäten, gibt, Prüfungen durch das Kontrollamt überhaupt durchsetzen zu können? Denn die Mehrheit wird in diesem Sinn nie die Mehrheit kontrollieren können, sondern das ist eine genuine Aufgabe der Minderheit in der Demokratie.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir nun, neben den konkreten Aufgaben, die wir in Wien zu lösen haben, auf die Fragestellung einzugehen, welche Aufgabe Wien gegenüber Österreich und gegenüber seiner Umwelt hat. Wien ist ja nicht nur ein Bundesland neben acht anderen und auch nicht eine Stadt neben vielen anderen. Wien ist mehr, nämlich die Bundeshauptstadt der österreichischen Föderation. In Wien repräsentiert sich die Republik Österreich, im Parlament, in den Ministerien, in den Zentralen der Parteien und der Interessenvertretungen, in den Bundestheatern und in den Bundesmuseen und in manch anderen Institutionen.

Repräsentiert es sich auch hier im Gemeinderat, in seinen Überlegungen, in seinen Beschlüssen, in seinen Konzepten? Meine Damen und Herren, ich habe hier meine Zweifel. Wenn man durch Wien geht und versucht, diese Stadt sozusagen mit den Augen eines Fremden zu sehen — eine Übung, die jeder von uns gelegentlich machen sollte —, dann könnte ich mich versucht fühlen zu glauben, daß diese Stadt immer noch Metropole eines großen, aber unbestimmten und offenbar ziemlich historisch gewordenen Reiches ist. Wir können zwar das Jubiläum von 60 Jahren der Ausrufung der Republik feiern, es ändert aber nichts daran, daß fast nichts, außer ein paar Denkmälern am Ring, darauf hinweist, daß diese Stadt die Hauptstadt eines zwar kleinen, aber tüchtigen und selbstbewußten Bundesstaates ist. Allzusehr hat sich in den letzten Jahrzehnten — ich schließe in diesem Punkt meine Partei keineswegs aus — das Interesse Wiens auf sich selbst und seine eigene Problematik konzentriert. Allzuwenig hat Wien darauf Wert gelegt, sich selbst als Kapitale dieses Landes darzustellen.

Ich spreche hier nicht von Machtpositionen, die besetzt oder in Anspruch genommen werden sollten. Ich bin wirklich kein Zentralist, das plurale Prinzip, dem sich meine Partei verpflichtet hat, würde mir das verbieten. Ich spreche nur davon, daß Wien als Bundeshauptstadt die Verpflichtung hat — die Verpflichtung, meine Damen und Herren! —, jene Rolle einzunehmen, die nach Lage der Dinge kein anderes Bundesland einnehmen kann, nämlich der Brennpunkt zu sein, in dem sich alles, was in Österreich österreichisch ist, glanzvoll trifft. Der Treffpunkt zu sein, in dem der Geist und das Können, die Begabungen und die Hoffnungen unseres Landes einander begegnen. Wieder Schmelztiegel zu sein, in dem sich dieses und vieles andere verbinden kann: in modo austriaco, gewaltlos, nur dem sanften Gesetz Adalbert Stifters verpflichtet.

Meine Partei wird sich dieser großen Aufgabe in den nächsten Jahren in besonderer Weise annehmen. Wir würden uns freuen, wenn Sie, meine Damen und Herren von den anderen Parteien, erkennen würden, daß es uns in dieser Hinsicht keineswegs um Parteipolitik geht, sondern in der Tat um ein gesamtösterreichisches Anliegen, das über Parteigrenzen hinweg im Interesse dieses Hauses ist, wirklich und wahrhaftig im Interesse unserer Stadt.

Wir treten, meine Damen und Herren, unter anderem auch für ein „Haus der Bundesländer“ ein, das als erster Treff- und Brennpunkt der geschilderten Art dienen soll. Ich ersuche Sie, Herr Bürgermeister, und alle anderen hier anwesenden Mandatäre jetzt schon, diesem Projekt, das uns alle betrifft, die Zustimmung dahingehend zu geben, daß wir zu Promotoren dieses Vorschlages werden. Wir werden uns an jenen Stellen in Österreich verwenden, wo wir stärkere politische Möglichkeiten vorfinden, als dies gegenwärtig hier der Fall ist.

Zu diesem Verhältnis Wiens zu seiner Umwelt gehört auch die notwendige Internationalität der Stadt, denn dritter Amtssitz der Vereinten Nationen zu werden, genügt allein nicht.

Wir haben dafür eine Reihe von wichtigen historischen Voraussetzungen. Wenn ich Musil aus dem „Mann ohne Eigenschaften“ zitieren darf, so sagt er zu Wien: „Auch die Hauptstadt war um einiges kleiner als alle anderen größten Städte der Welt, aber doch um ein Erkleckliches größer, als es bloß Großstädte sind.“

Das heißt, daß wir nicht nur mit formalen Institutionen, sondern auch mit der innerlichen Haltung einer Internationalität an diese Aufgabe herangehen müssen. Hier können wir einen wesentlich einfacheren Anfang setzen als den, in großen Räumen und Institutionen zu denken: Nämlich einen Anfang zu setzen mit den Neubürgern und den Gastarbeitern, denn diese leben in derselben Situation wie unsere Großväter und Urgroßväter, die meistens auch neu in diese Stadt gekommen sind.

Es verlangt auch eine Offenheit nach allen Seiten durch eine Politik der Nachbarländer durch ein Herinholen dessen, was rund um uns geschaffen wird.

Vielleicht wäre es überlegenswert, eine internationale Kunstmesse des Designs zu machen, denn wir stehen in der Tradition der Wiener Werkstätte.

Es ist mit einem französischen Theater in Wien vor kurzem ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden. Wie weit können sich die Wiener Festwochen nicht stärker in den Dienst der Sache stellen? Hier verlangt es vor allem ein Mehr an Koordination mit dem Bund, als das in der Vergangenheit der Fall war; vor allem in der Kulturpolitik, weil hier in hohem Ausmaß ein Nebeneinander, keineswegs aber ein Miteinander besteht.

Hier braucht es ein Klima für Kultur, das Klima einer offenen Gesellschaft, denn das ist die Voraussetzung für jede kulturelle Tätigkeit. Robert Musil spricht davon, daß eine Stadt nicht Pech hat und nicht Begabung. Die Kultur einer Stadt besteht in der Energie, mit der Bücher und Bilder gesammelt und zugänglich gemacht werden. Menschen

eine materielle Basis erhalten und ihnen durch die Stromstärke dieses Blutkreislaufes der Auftrieb gesichert ist.

Kultur beruht nicht in der Begabung, die international so ziemlich gleich verteilt ist, sondern in der darunter liegenden Schichte des gesellschaftlichen Gewebes. Darin, glaube ich, haben wir in allererster Linie unsere kulturelle Aufgabe zu sehen.

Was nützen uns Subventionen, wenn wir nicht sicherstellen, daß die subventionierten Einrichtungen auch besucht werden? Diese Fragestellung gilt für jede Form der Kultur, ob sie nun mit dem schmückenden Beiwort von Hoch- oder Subkultur versehen wird. Voraussetzung ist einmal, daß man sie überhaupt hat.

Die Stadt ist an sich ein menschliches Kunstwerk. Wir Menschen haben es in der Hand, es zum Heile der Menschen zu gebrauchen und das Gemeinwohl darin zu verwirklichen. Sie werden in uns immer einen Gesprächspartner finden, wo es um eben dieses Gemeinwohl, um dieses Heil geht. Wir wollen aber dieses Gespräch als Grundlage dieses Gemeinderates und im Stadtsenat in allen Fällen, nicht nur bei Belastungen, Steuer- und Gebührenerhöhungen, wo es angenehm ist, Verantwortung zu teilen.

Wir wollen und können Sie an der internen Diskussion, die Sie sich für die nächsten Wochen und Monate vorgenommen haben, nicht hindern, mit der Sie diese Gesetzgebungsperiode eröffnen, wo eigentlich alle Wiener auf Taten warten. Wir vermerken nur, daß die Unsicherheit, mit welchen Personen im Stadtsenat der Gemeinderat es zu tun hat und zu tun haben wird, die Arbeit nicht gerade fördert.

Wir wissen auch nicht, ob Programm und Kompetenz gleich bleiben oder sich ändern werden. Ob das eine gute Voraussetzung für einen Start ist, das müssen Sie selbst beurteilen. Die Ergebnisse werden es zeigen. Wir von der Wiener Volkspartei werden jedenfalls mit ganzer Kraft an die Arbeit gehen, denn die Aufgabe ist schön, für Wien mehr zu tun.

Wer unsere Stadt liebt und an sie glaubt, der weiß, daß es sich lohnt, in ihr zu leben und an ihrer Zukunft zu arbeiten. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR. **Lehner:** Als nächster Redner ist Frau VBgm. Fröhlich-Sandner gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

VBgm. Gertrude **Fröhlich-Sandner:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Seit Jahrzehnten tragen die Sozialisten die Hauptverantwortung in Wien, einer Stadt mit einer glanzvollen, berühmten Vergangenheit, einer lebendigen faszinierenden Gegenwart, einer Stadt, deren Leistungen gestern und heute weltweit bekannt, anerkannt, beispielgebend waren und beispielgebend sind.

Immer wieder haben die Wienerinnen und Wiener diese Verantwortung für ihre Stadt in die Hände von Sozialisten gelegt. Auftrag und Verpflichtung zugleich, mit allem unserem Wissen und Können, mit unserer Einsatzbereitschaft und Phan-

tasie, unserem Engagement und unserer Liebe weiter zu arbeiten, gemeinsam mit allen, die Wien in ihr Herz geschlossen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich gratuliere Ihnen, Herr Bürgermeister, zu Ihrer Wiederwahl und verspreche, daß die Mitglieder des Wiener Gemeinderates und die amtsführenden Stadträte, die auf Vorschlag der Sozialistischen Partei gewählt wurden, Ihre Arbeit mit ihrer ganzen Kraft und ganzen Begeisterung unterstützen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Grundlagen dieser Arbeit, die Grundlagen dieses Bemühens bilden unser Arbeitsprogramm. Kein Programm großer seherischer Worte, keine Lizitation der Begehrlichkeit, keine wohlklingenden Phrasen und unrealistischen Versprechungen, sondern Zielvorstellungen, gemeinsam mit vielen Bürgern unserer Stadt vorbereitet und gestaltet, Arbeitsgrundlagen, die den Bedürfnissen und Wünschen unserer Bevölkerung und den Veränderungen unserer Zeit Rechnung tragen. Diese Veränderungen unserer Zeit sind gewaltig und einschneidend zugleich. Sie schenken neue Möglichkeiten, Verbesserungen, reiches Leben auf der einen Seite und führen zu Spannungen, krisenhaften Erscheinungen, zu Gefährdung und Belastung auf der anderen Seite.

Dieser unaufhörliche Veränderungsprozeß drückt natürlich auch den Städten seinen Stempel auf, macht auch vor unserer Stadt nicht halt, zwingt uns eine Flut von Problemen auf. Probleme, denen sich die Städte heute weltweit über alle geographischen, staatlichen und weltanschaulichen Grenzen hinweg gegenübersehen.

Entschieden müssen wir daher allen Versuchen entgegentreten, alle Behauptungen zurückweisen, die darstellen wollen, daß die durch den immer rascher werdenden Zuwachs an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und neuen technischen Errungenschaften entstandenen Probleme ausschließlich nur in Wien zu finden wären und ausschließlich nur in Wien zu Schwierigkeiten führten.

Es ist gewissermaßen zur Mode geworden, die zweifellos auch vorhandenen Schattenseiten des heutigen städtischen Lebens zu überwerten und mit Hilfe der Medien den Menschen in verzerrter Form vor Augen zu führen, fast ein wenig verklärt die gute alte Zeit zu propagieren. Die so denken, sind im Grunde doch der Auffassung, daß unsere Zeit eigentlich nur ein aus den Fugen geratenes 19. Jahrhundert ist und möglichst schnell restauriert und zurückgedämmt werden müsse.

Aber mit Augenschließen, mit Zurücksehnen kommen wir nicht weit. Wir haben uns der Herausforderung unserer Zeit zu stellen und jede unserer Entscheidungen, unserer Handlungen am Menschen und seinen Bedürfnissen zu orientieren. Wir haben ein neues Stadtbewußtsein zu entwickeln, und wir begrüßen es, daß die Österreichische Volkspartei dieses Bewußtsein für Wien nun gefunden hat, nach langen Irrwegen, die über Ablehnung, die über Verleumdung und Krankjammern geführt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich bin aber trotzdem davon überzeugt, daß gerade die Sozialisten einen guten Blick für innere

Zusammenhänge, für die Aufgaben unserer Zeit haben. Schon aus ihrer Tradition heraus wissen sie, daß es die Welt, auch die Stadtwelt nicht nur zu erklären, sondern zu verändern gilt, und zwar so zu verändern, wie es das Wesen und die Würde des Menschen erfordern. Tradition pflegen heißt ja nicht, nach dem berühmten Wort von Jean Jaurès „kaltgewordene Asche weiterreichen“, sondern die Flamme am Brennen halten.

Auch wenn heute Propheten, die einer guten und glücklichen Zukunft das Wort reden, oft als naiv belächelt werden, Propheten hingegen, die die sieben mageren Jahre weissagen, ernst genommen werden und Pessimismus gewissermaßen „in“ ist, möchte ich mit allem Nachdruck feststellen: Mit unbeugsamem Optimismus haben sich die Wiener nach dem ersten Weltkrieg an die Arbeit gemacht und dieser Stadt neuen Glanz und neuen Ruhm verschafft. Wien hat mit zu den allerersten Städten gezählt, die sich um den einzelnen Menschen in einer Weise zu kümmern begannen, wie es wohl noch nie in der Geschichte der Fall gewesen ist, und Wien ist zur beispielgebenden sozialen Stadt herangewachsen. Mit unbeugsamem Optimismus haben die Wiener ihre zerbombte, ihre zerstörte Stadt nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wieder aufgebaut. Und mit unbeugsamem Optimismus werden die Sozialisten auch weiterhin für diese Stadt und für die Menschen arbeiten, die in ihr wohnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich kann ich die Abneigung und das Reserviertsein mancher Kreise gegenüber der Stadt und im besonderen natürlich auch gegenüber Wien verstehen. Es ist ja kein Zufall, daß sich die Keimzellen der Sozialdemokratie in städtischen Regionen befanden und daß der Großstädter in seinem Bestreben, verändernd und verbessernd zu wirken, wie geschaffen ist, Träger der sozialistischen Bewegung zu sein.

Meine Damen und Herren! Die Lebenskraft jeder Stadt und jedes Gemeinwesens steht und fällt mit dem interessierten und engagierten Bürger. Besonders Gemeindepolitik und die wachsende Kompliziertheit der Aufgaben braucht dieses geistige Ringen verschiedener Zielvorstellungen nicht nur in den gewählten Gremien, sondern auch im Kreise aller Bürger. Nichts könnte für eine Gemeinde schlimmer sein als Lethargie und echte Interesselosigkeit. Deshalb muß ein Mehr an Verfahrenstechniken entwickelt werden, die ein Mehr an Mitbestimmung, an Mitbeteiligung, an Information tatsächlich zulassen.

Wir brauchen das Gespräch, wir brauchen die Diskussion, das gemeinsame Suchen nach besseren Lösungen, das Erarbeiten von Alternativen, das Mitwirken der Medien, und wir brauchen natürlich auch Kritik. Kritik allerdings, die das Bessere bezweckt, die neue Möglichkeiten sucht zum Überdenken, vielleicht auch zum Umdenken zwingt und nicht nur mit spektakulären Gags parteipolitische Schaumschlägerei betreibt oder sich nur dem Negativen aufgeschlossen zeigt. Übrigens bedeutet ja negativ geworden zu sein nicht kritischer geworden zu sein.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus der Vielfalt der Bemühungen, der Chancen und Vorzüge, die zu unserer Stadt gehören und doch nicht selbstverständlich sind, einiges herausheben.

Auch in den kommenden Jahren wird der Familie, wird der Hilfe für die Familie besonderer Vorrang eingeräumt. Nur eine kinderfreundliche, familienfreundliche Stadt ist auch eine menschliche und lebenswerte Stadt. Und nur auf dieser Basis können technische und wirtschaftliche Großtaten unser Zusammenleben bereichern.

Die Steigerung des Wohlstandes, das Heben des Lebensstandards allein genügen nicht, um sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt für alle auszulösen und damit mehr Lebensqualität für jeden zu erreichen. Nur wenn es uns gelingt, bei der Erziehung unserer Kinder durch frühzeitiges Entwickeln von Sozialbeziehungen gemeinschaftsorientiertes Denken und Handeln zu erreichen, kann gegen neu entstehende Formen von Gleichgültigkeit und Ungleichheit angekämpft und das Lebensglück des einzelnen gesichert werden. Der Familie, den Müttern und Vätern, wollen wir bei dieser großen Aufgabe helfen.

Neben der Stärkung der Lebens- und Erziehungskapazität durch geeignete Wohnungsumwelt, gesundheits-, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen werden wir aber auch um aktive Mitarbeit werben, mitzuhelfen und damit selbst einen wesentlichen Beitrag zum Gemeinschaftsleben unserer Stadt zu leisten.

In verstärktem Maße werden wir bei der Planung von Wohnbauten, Erholungsgebieten, Gemeinschaftseinrichtungen und Veranstaltungen auf die Partnerschaft der Betroffenen, auch der Kinder und Jugendlichen, auf deren Anregungen und Initiativen besonderen Wert legen.

Die Wurzeln unserer Familienpolitik reichen bis zur Jahrhundertwende zurück, als die Sozialdemokraten ihr Kommunalprogramm vorstellten. Viele Vorhaben, die damals, angeregt in der Ersten Republik, begonnen wurden, sind heute in Wien vollendet. Sie sind aber für viele Städte noch immer Wunschvorstellungen. Nach wie vor nehmen sich viele Gemeinden an den vielen Wiener Einrichtungen ein Vorbild. Es bleibt Wien vorbehalten, ab 1980 allen Drei- bis Sechsjährigen unserer Stadt einen Kindergartenplatz anbieten zu können. Natürlich werden wir weiterhin Kindergärten bauen, aber nicht, wie es noch immer in manchen Kreisen behauptet wird, um die Kinder der Familie wegzunehmen, sondern um berufstätigen Eltern Sorgen abzunehmen, die Entwicklungschancen unserer Buben und Mädchen zu verbessern und ihre Gemeinschaftskontakte zu vertiefen.

Wenn wir in dem Bemühen um die Schulreform auch Ganztagschulen führen, dann nicht, um die Kinder der Familie zu entfremden, sondern um der heranwachsenden Generation die besten Chancen zu eröffnen.

Und wenn wir den Familien Servicedienste anbieten, dann nicht, um den Eltern die Verantwort-

tung zu nehmen, sondern um verstärktes Interesse für die Probleme unserer Kinder zu erzielen.

Wenn wir Pensionistenheime errichten, dann tun wir das auch nicht, um die Altgewordenen der Familie zu entreißen, sondern um den älteren Mitbürgern einen verdienten, schönen und erfüllten Lebensabend zu sichern und den Familien gleichfalls Sorgen abzunehmen.

Das Gesicht unserer Stadt wird auch in den kommenden Jahren von den vielen neuen Gemeinschaftsbauten für Freizeit, Sport und vor allem für die Jugend- und Erwachsenenbildung geprägt werden. Das Errichten und Führen dieser Einrichtungen wird auch in der Zukunft einen Schwerpunkt unserer Bildungspolitik darstellen.

In einer Zeit, in der der Arbeitsplatz eines Menschen, sein sozialer Status nicht mehr von seiner Herkunft bestimmt wird, sondern von seiner Neigung, seinem Wollen und Können, ist es unser besonderes Anliegen, jedem sein Recht auf beste Bildung nicht nur zu garantieren, sondern dieses Recht zu verwirklichen.

Wien hat seine Rolle als Pionier auf dem Schulwesen seit dem Schulreformer Otto Glöckel nicht nur beibehalten, sondern ausbauen können. Wir halten bei den Schulversuchen einsam die Spitze in Österreich. Wir werden uns mit all unserer Kraft für die weitere Stärkung der Chancengleichheit, für das Fortsetzen der Schulreform im Interesse der heranwachsenden Generationen einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Bildungsbereich darf das Rad der Zeit nicht einfach zurückgedreht werden, auch wenn es die Österreichische Volkspartei gern sehen würde. Denn Bildung entscheidet nicht nur über berufliches Fortkommen, über Einkommen und sozialen Stand, sondern auch über die Teilnahme am Leben der Gemeinschaft, über ein erfülltes, das heißt glückliches Leben.

Den ungeheuren technischen, wissenschaftlichen und materiellen Entwicklungen muß ein Mehr an Vertiefung, ein Mehr an Verselbständigung und Selbstverwirklichung des einzelnen im Geistigen, im Schöpferischen, im Kulturellen gegenüberstehen.

Um dieses Mehr bemühen wir uns in der Kulturarbeit für Wien, geleitet von den demokratischen Meinungsfindung gestalteten Richtlinien, einem reichen kulturellen Erbe und einer lebendigen, konfrontationsreichen Gegenwart Rechnung tragend und die Komplexe der Freizeit, der Emanzipation, der Humanisierung des Arbeitsplatzes ebenso mit einschließend wie das Wohnen, das Leben in unserer Stadt und das Bemühen um mehr Gerechtigkeit für die Teilnahme am Kulturgeschehen.

Damit es zu keinem Mißverständnis kommt: keine Zwangsbeglückung jeglicher Art. Kulturelle Teilnahme kann und soll in unserer Stadt nicht verordnet werden. Was man aber tun soll, ist, immer mehr und immer bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der einzelne in die Lage kommt, sein Leben selbst zu kultivieren. Natürlich bleibt das Grundproblem nach wie vor die Balance zwischen

Öffentlichkeit und Privaten als Förderung zur Teilnahme und Förderung zur schöpferischen Aktivität.

Die stabile Gesellschaft und die wirtschaftliche Situation, das stetige Anwachsen der Lebensqualität für bisher benachteiligte Bevölkerungskreise und die gestiegenen Bildungsmöglichkeiten haben das Entstehen eines Aktionsniveaus im Kultur- und Freizeitbereich in einer Breite erbracht, wie es bis jetzt noch nicht vorhanden gewesen ist. Eine bunt vermischte Struktur von privaten und öffentlichen Initiativen: von neu erwachten Ambitionen zur Ausweitung und Erneuerung der zwischenmenschlichen Kommunikation auf vielen Ebenen, von der Neugründung von Bühnen bis zum neuen Literaturzentrum in der Alten Schmiede, von der Pflege des wertvollen Überlieferten, Gründung neuer Museen, bis zu Avantgarde-Festen, von neuen Galerien bis zur Popszene spannt sich ein weiter Bogen künstlerischer Aktivitäten, der es einem sehr schwer macht, das „In“-sein Wiens in Abrede zu stellen.

Immer schon stand die kulturelle und die geistige Position von Wien in Diskussion. Ich bin überzeugt, keine Stadt wurde so häufig besungen wie Wien, aber auch keine Stadt war öfter das Objekt von Haß, Ironie und Persiflage. Nur eines hat die Stadt nie getan: Gleichgültig hat Wien noch niemanden gelassen.

Trotz aller Kritik am Kulturgeschehen begrüße ich es, daß in unserer Stadt Kulturpolitik immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses rückt. Mehr noch: Es muß unser Streben sein, das Verlangen, das Interesse der Gesamtheit an diesen Fragen zu steigern und gemeinsam zu helfen, die Distanz zwischen Kunst und Gesellschaft zu überwinden, Mängel im Bereich der Kunstförderung zu beseitigen und neue Aufgabenfelder, neue Aktionen — auch die Provokation — mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln.

Einige Behauptungen über unsere Stadt, gerade in letzter Zeit des öfteren wiederholt, möchte ich, weil sie so symptomatisch sind, hier nicht unwidersprochen lassen: Da wird zum Beispiel unserer Stadt die Eleganz abgesprochen und ganz einfach festgestellt, Wien sei eben ordinär geworden. Zugegeben, die Kärntner Straße war in früherer Zeit, als sie nur von jenen bevölkert war, die sich einen teuren Einkauf leisten konnten, optisch eleganter, sie war vor allem elitärer. Heute gehört dieser Bereich eben allen, ist zu einem lebendigen demokratischen Mittelpunkt geworden. (Beifall bei der SPÖ.) Unter ordinär verstehe ich die Handlungsweise jener, die es seinerzeit zuließen, daß Frauen und Kinder, eingepfercht in Elendsquartieren, von der so oft gepriesenen Lebensqualität der guten alten Zeit ausgesperrt waren, und nicht die neuen Wohnbauviertel unserer Stadt.

Weiters wird behauptet, daß, angewidert von der in Wien herrschenden Geistfeindlichkeit, viele die Stadt verlassen. Warum aber verschweigt man die vielen, die, vom Geist dieser Stadt angezogen, zu uns kommen oder gerne wieder, nachdem sie im Ausland Erfahrungen sammeln konnten, zu uns zurückkehren?

Der Wochenendverkehr wird als Stadtfucht bezeichnet und als Bestätigung für die Unwirtlichkeit unserer Stadt gewertet. Schon um die Jahrhundertwende fuhren die Angehörigen des Adels und des reichen Bürgertums über das Wochenende in die nahe Umgebung unserer Stadt. Das war das Suchen von Erholung und Regeneration, natürlich keine Stadtfucht. Zur Stadtfucht deklariert wurde dieses Erholungsuchen erst dann, als sich die breiten Kreise unserer Bevölkerung auch Entspannung, auch Erholung leisten konnten und im Grunde genommen dasselbe taten und tun wie die Privilegierten von einst: ins Grüne zu fahren.

Doch zurück zur Kulturpolitik, die auch die Einbindung in internationale Abläufe zu sehen und sicherzustellen hat. Verstärkt werden wir in den kommenden Jahren den Kontakt zu den Nachbarstaaten und den Weltstädten ausbauen und die bewährten regionalen Aktionen, die Zusammenarbeit mit den Bundesländern und den Landeshauptstädten weiterhin pflegen und vertiefen, um allen Österreichern ihre Hauptstadt als Brennpunkt, als Kristallisationspunkt, als Stadt für alle Bürger Österreichs bewußt zu machen. Die erlebnisreiche Stadt mit ihrer Eigenart und charakteristischen Atmosphäre enthält mit ihren vielschichtigen Angeboten, ihrem Stadtbild, den Jahreshöhepunkten, so viele Attraktivfaktoren, daß in einer aktiven Kulturpolitik auch eine wirksame Funktion für den Fremdenverkehr erblickt werden kann. Daß wir gerade in diesem wichtigen Wirtschaftszweig trotz schärfster Konkurrenz anhaltende Erfolge verzeichnen können, ist weiterer anschaulicher Beweis für die Beliebtheit und auch für die Ausstrahlung unserer Stadt.

Solide Basis für all diese Anstrengungen und Erfolge ist nicht, wie manche glauben machen wollen, die Anbiederung charmanter Gemütlichkeit, sondern Bürgerfleiß, Leistungskraft der Wiener Wirtschaft, Kreativität, Präzisionsarbeit, Schaffensfreude und Verantwortungsbewußtsein.

Vielleicht werden Sie sich, meine Damen und Herren, die Frage stellen, warum ich aus der Vielfalt der Aufgaben, der Leistungen, der Problemkreise nur wenige Bereiche herausgegriffen habe. Die Antwort ist ganz einfach: Gerade unsere Familien- und Sozialpolitik, unsere Bildungs- und Kulturpolitik spiegeln deutlich die Grundsätze unseres Wollens und Tuns wider und zeigen die Chancen auf, die Wien allen bietet. Unsere Stadt ermöglicht eine Vielfalt von Leistungen, fördert Impulse, Initiativen, weist eine reiche Palette von Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten auf, von sozialen und kulturellen Einrichtungen, kümmert sich hervorragend um die geistige und körperliche Betreuung aller Bürger, verbindet Bereitschaft zum Experiment und zum Neuen mit der Wahrung bedeutender Tradition und gibt uns Sicherheit und gibt uns Heimat.

Wir Sozialisten bekennen uns zu dieser Stadt und zu ihren Bewohnern, nicht bloß in Worten, sondern durch täglich erlebte Leistungen. Optimistisch gehen wir an die Realisierung unseres Arbeitsprogrammes, erfüllt mit Zuversicht und Glau-

ben an Wien, an die Sendung dieser alten und doch immer wieder jungen Stadt. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzender GR. Lehner: Als nächster Redner ist Herr GR. Dr. Hirnschall zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. Dr. Hirnschall: Herr Bürgermeister! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine sehr ungewöhnliche konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates. Formal beginnt zwar heute eine neue Funktionsperiode, inhaltlich wird aber die alte Periode angestückelt. Das, was man von einer konstituierenden Sitzung allgemein erwarten kann, wird sich vielleicht im Februar ereignen. Alles, was die Regierungspartei heute vorzuschlagen hat, personell und sachlich, hat provisorischen Charakter und ist im Grunde nur eine Prolongierung des derzeitigen Zustandes, der auch von Ihnen selbst als unhaltbar empfunden wird.

Die sachliche Arbeit des Stadtsenates und des Gemeinderates hat im heurigen Jahr zwangsläufig durch den Wahlkampf eine lange Unterbrechung erfahren. Statt daß nun heute ein neu formuliertes Regierungsteam mit einem klaren Konzept vor den Gemeinderat tritt und morgen an die Arbeit geht, wird zunächst einmal vier Monate weitergewurstelt.

Was soll man wirklich von diesem heute gewählten Stadtsenat an neuen Initiativen erwarten, wenn man in der „Rathaus-Korrespondenz“ etwa liest, daß der Herr Bürgermeister einzelne Stadträte in mehrfachen und langen Gesprächen überreden mußte, noch vier Monate weiterzudienen!

In dieser viermonatigen Denkpause, die sich die Wiener SPÖ verordnet hat, werden nicht nur die neuen Stadträte gesucht werden, es wird auch, wie der Herr Bürgermeister angekündigt hat, eine umfassende Diskussion über alle Probleme der Stadt innerhalb seiner Partei eingeleitet werden. Das war für uns, muß ich sagen, eine echte Überraschung, denn wir haben von Ihnen ja bisher immer gehört, daß diese Diskussion über die Zukunftsfragen Wiens unter Teilnahme von 75.000 Wienerinnen und Wienern monatelang auf allen Ebenen Ihrer Organisation vor der Wahl durchgeführt worden ist.

Wenn Sie, Herr Bürgermeister, dennoch eine neue innerparteiliche Grundsatzdiskussion über kommunale Probleme in Gang setzen und die Neubildung des Stadtsenates auf Februar vertagen, dann kann man daraus nur folgende Schlußfolgerungen ziehen: Sie zweifeln an Ihrem Stadtsenatsteam, und Sie zweifeln an der Qualität der bisher von Ihnen verfolgten Konzepte, aber Sie konnten oder wollten die notwendigen Entscheidungen bis zum Zusammentritt des neuen Gemeinderates nicht treffen. Das ist sicher ein einmaliger Vorgang in einer parlamentarischen Körperschaft, das hat es bisher meiner Kenntnis nach weder im Bund noch in irgendeinem Bundesland je gegeben, wenn sich eine Partei im Besitz der absoluten Mehrheit befunden hat.

Von einer Oppositionspartei können Sie für ein derartiges Lavieren kein Verständnis und keine

Zustimmung erwarten; das würden Sie vermutlich im umgekehrten Fall auch nicht tun.

Ich kann mir vorstellen, daß das Verständnis für dieses Vorgehen selbst innerhalb der Regierungspartei recht unterschiedlich sein wird, denn es muß doch auffallen, daß die Bundes-SPÖ nach dem Ausgang der Volksabstimmung vom 5. November den genau umgekehrten Weg beschlossen hat. In Wien findet Bürgermeister Gratz, daß es eine Fehlentwicklung ist, wenn eine einzige Person, nämlich er selbst, zu sehr in den Vordergrund gestellt wird, weil dadurch die Diskussionsbereitschaft verschüttet wird. Deshalb wird die Bildung des Stadtsenates vertagt und eine lange und breite Diskussion über kommunale Grundsätze eingeleitet. Im Bund wird nach dem Ausgang der Volksabstimmung dem Bundeskanzler von der SPÖ eine Generalvollmacht erteilt, damit er rasche und eindeutige Entscheidungen treffen kann, und zwar auf sachlichem wie auf personellem Gebiet.

Es ist, glaube ich, unbestreitbar, daß damit genau das noch verstärkt wird, was Gratz in Wien als demokratische Fehlentwicklung ansieht, nämlich die Konzentration der Politik der Partei auf eine Person. Kreisky selbst hat laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 7. November dazu gesagt, daß es in den großen Parteien die Neigung gebe, Dinge allzu lange zu diskutieren, das sei aber nicht immer gut. Ich weiß nicht, ob Kreisky mit diesem Zitat seine Wiener Parteifreunde gemeint hat, es wäre aber immerhin der aktuellste Bezug.

Im Zusammenhang mit dieser vertagten Bildung der Stadtregierung ist es vielleicht angebracht, noch einige Worte über die Träume von der großen Koalition im Rathaus zu verlieren, die es in den letzten Monaten ohne Zweifel gegeben hat. Herr Dr. Busek, der leider bereits im Gehen ist (VBgm. Dr. Busek: Ich komme schon wieder!), hat es im Wahlkampf als eine fixe Idee der FPÖ und jeden Hinweis auf diese Möglichkeit gewissermaßen als persönlichen Angriff auf sich gewertet. Vermutlich deshalb, weil es einen durchaus realen Hintergrund dafür gegeben hat.

Allerdings sind die einflußreichen Befürworter dieser Kombination erst nach der Gemeinderatswahl aus der Deckung herausgekommen, dann aber haben sie sich sehr beeilt, die Weichen zu stellen. Da zitiert zum Beispiel die „Presse“ am Montag, dem 9. Oktober, einen Ausspruch des Herrn Finanzstadtrates Mayr vom Wahlabend, der folgendermaßen lautet: „Die Stadtverwaltung sollte künftig von den beiden staatstragenden Parteien getragen werden, man sollte sich auf ein gemeinsames Programm einigen.“ Ende des Zitats.

Wenn nun der Herr StR. Mayr so gezielte Aussagen macht, dann ist, wie wir wissen, auch der Kammerpräsident Karl Dittrich nie all zu weit. Dieser mächtigste Mann in der Wiener ÖVP hat denn auch sehr rasch reagiert. Noch am selben Tag konnte man in der Abendausgabe des „Kurier“ folgende Dittrich-Erklärung lesen:

„Rathaus und Wirtschaft sind natürliche Partner. Er könne sich daher unter gewissen Konstellationen

schon eine Koalition vorstellen, wobei allerdings für die Österreichische Volkspartei ein Wirtschaftsressort abfallen müßte.“

Daß hier von beiden Seiten versucht wurde, etwas einzufädeln, ist offenkundig. Daß dieser Versuch letztlich gescheitert ist, ist kein Schaden für Wien. Wir haben diese Regierungsform in Wien lang genug erlebt, und das Allgemeine Krankenhaus als größte Fehlplanung der Ersten und der Zweiten Republik war ja ein Produkt dieser Koalition, das uns noch lange beschäftigen wird. Vielleicht aber noch ärger war das Abwürgen des demokratischen und parlamentarischen Lebens und die Kartellbildung in der Politik, und das muß man ja nicht um jeden Preis wieder einführen.

Nun zur Regierungserklärung des Herrn Bürgermeisters, die, ob er nun will oder nicht, durch die Ankündigung der programmatischen Grundsatzdiskussion in seiner Partei auf jeden Fall etwas entwertet ist. Denn wenn diese Diskussion in der Regierungspartei keine Farce sein soll, dann müssen auch Korrekturen und Ergänzungen möglich, ja vielleicht sogar wahrscheinlich sein.

Wir glauben, daß die Wiener Bevölkerung gar keine übertriebenen und unrealistischen Erwartungen an die Stadtverwaltung stellt. Vieles, was sich die Bevölkerung billigerweise vom Rathaus erwartet, war sicher schon in der alten Regierungserklärung des Herrn Bürgermeisters vor fünf Jahren enthalten, nur sind sehr wesentliche Teile davon bis heute bloße Ankündigung geblieben. Und das ist meiner Meinung nach die eigentliche Quelle des Unbehagens.

In der abgelaufenen Funktionsperiode ist es zu einer echten Mitsprache der Bürger in den Fragen der Stadtgestaltung noch nicht gekommen, und auch die notwendige Information der Bevölkerung ist gerade in jenen Fällen unterblieben, wo man einen Widerstand von seiten der Bürger erwarten konnte.

Nun hat die Beteiligung der Wiener an der Volksabstimmung gezeigt, daß gerade hier die Bereitschaft der Bürger, selbst mitzubestimmen, stärker vorhanden ist, als man da und dort erwartet hat.

Trotzdem glauben wir, daß es auf kommunaler Ebene sinnvoll ist, wenn in der ersten Phase Themen zur Volksbefragung kommen, für die es keine Parteiempfehlungen gibt. Das zarte Pflänzchen direkter Demokratie in Wien wird sich dann umso besser entwickeln, je weniger ein bestimmter Ausgang dieser ersten Volksbefragungen gleichzeitig Sieg oder Niederlage einer Partei darstellt.

Offengeblieben ist bis heute die vor fünf Jahren angekündigte Übertragung von Kompetenzen an die Bezirksvertretungen, was ja noch viel entscheidender wäre als die Aufstockung oder die Vermehrung der Bezirksvorsteher-Stellvertreterposten.

Nach wie vor stehen wir in Wien vor einer völligen Verpolitisierung des Schulwesens, und ich habe auch heute keine Bereitschaft feststellen können, die Auswüchse des Schulproporz in Wien endlich zu beseitigen.

Seit langem überfällig sind der 1973 angekündigte Generalverkehrsplan für Wien und insbesondere die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Auf diesem Gebiet ist eigentlich den Wienern das meiste versprochen und das wenigste gehalten worden. Ich erinnere an den ausgebliebenen Verkehrsverbund für die Region Wien, an den angekündigten raschen Ausbau des Schnellbahnnetzes und an das Beschleunigungsprogramm, das bisher über erste Versuche nicht hinausgekommen ist. Beim Garagenbau ist es in letzter Zeit sogar zu einem völligen Stillstand gekommen.

Nach wie vor trostlos ist die Situation beim Umweltschutz. 1973 hat der Herr Bürgermeister in seiner Regierungserklärung etwa angekündigt, gemeinsam mit dem Bund legislative Maßnahmen für den Lärmschutz und die Luftreinhaltung herbeizuführen. Dieser Versuch einer Kooperation Wiens mit dem Bund ist ebenso im Sande verlaufen wie die Verhandlungen mit der Bundesregierung betreffend den Erwerb von Kasernen oder Bahnarealen im Stadtgebiet.

Trotz der von der Ärztekammer immer wieder behaupteten Ärzteschwemme gibt es keine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung. Nach wie vor bedeutet es ein erhöhtes Risiko, am Wochenende krank zu werden oder in den Sommermonaten ein Spitalsbett zu benötigen. Auch in der Betreuung der pflegebedürftigen älteren Menschen ist eine Verbesserung der unhaltbaren Situation nicht absehbar.

Diese Liste läßt sich beliebig fortsetzen: Erneuerung der abgewohnten Stadtteile, Sanierung der Versorgungsleitungen, endlich Koordinierung der Einbauten — das sind einige weitere Schwerpunkte, die rasche Lösungen erfordern.

Das Ergebnis der Volksabstimmung muß gerade bei den Ländern und Gemeinden unserer Überzeugung nach zu Konsequenzen auf dem Gebiete des Energiesparens führen. Eine Bereitschaft dazu war bisher bei der Gemeinde Wien nicht gegeben. Im Stadtwerkeausschuß — daran kann ich mich aus eigener Anschauung erinnern — ist ein milder Winter, der zu einem Verbrauchsrückgang bei Strom und Gas geführt hat, bisher immer bedauert worden. Hohe Zuwachsraten sind als Erfolg gefeiert worden. Und das ist durchaus verständlich, weil die E-Werke noch immer der gewinnbringendste Teil der Stadtwerke sind und bisher ganz einfach genug Energie vorhanden war.

Nunmehr ist es aber höchste Zeit, zu einem Umdenken zu kommen, wobei unserer Meinung nach bei der Bauordnung anzusetzen ist, und zwar bei einer Verschärfung der Bestimmungen über die erforderliche Wärmedämmung in Verbindung mit einer entsprechenden Bauüberwachung und einer diesbezüglichen Ergänzung bei den Förderungsbestimmungen für die Althäuser.

Meine Damen und Herren! Für uns Freiheitliche war die umfassende Kontrolle der gesamten Verwaltung sowie der Unternehmungen und Beteiligungen immer ein zentrales Anliegen und eine

Aufgabe, zu der wir uns im zurückliegenden Wahlkampf stärker als alle anderen bekannt haben.

Bei der Rathausmehrheit hat die Kontrolle lange Zeit keinen besonderen Stellenwert besessen, und man hat die Kontroll- und Prüforgane, sei es vom Kontrollamt, sei es vom Rechnungshof, immer eher als lästige Mahner und Kritiker empfunden. Man hat das Gefühl, daß erst unter dem Eindruck der letzten Ereignisse hier ein Umdenken begonnen hat, das hoffentlich anhält und das sich unter anderem darin ausdrückt, daß selbst der Klub der Regierungspartei, der sich lange Zeit in der Öffentlichkeit mit einer Jubelfunktion begnügt hat, nunmehr auch seine Kontrollfunktion betont.

Dennoch ist ein wichtiger Schritt ausständig: die Zuordnung des Kontrollamtes als Organ der Wiener Volksvertretung. In dieser Frage sind wir eigentlich mit allen sozialistischen Landtagsfraktionen einig, die selbst in einer Minderheitsposition stehen, während gleichzeitig die Wiener Rathausmehrheit denselben Standpunkt vertritt wie etwa der Landeshauptmann Niederl in der Steiermark zu diesem Thema, nämlich den Standpunkt oder die Ideologie der absoluten Mehrheiten.

Wir haben es als Oppositionspartei immer als unsere Aufgabe angesehen, neben der notwendigen Kritik auch sachliche Alternativen anzubieten und positive Vorschläge in die Diskussion einzubringen. Wir werden es auch in der neuen Funktionsperiode so halten und uns bemühen, bei aller Konsequenz die Auseinandersetzungen hier im Hause in einer anständigen und fairen Form zu führen.

Womit wir uns aber niemals abfinden werden, ist ein Wahlrecht, das bewirkt, daß wir Freiheitlichen für ein Mandat mehr als doppelt so viele Stimmen aufwenden müssen als die beiden anderen Parteien. Ich muß daher neuerlich unterstreichen, was ich auch im März bei der Behandlung der Wahlrechtsnovelle festgestellt habe: daß das Versprechen des Herrn Bürgermeisters, ein proportionales Wahlrecht in Wien einzuführen, nach wie vor nicht eingelöst ist. Auf dieses Unrecht hinzuweisen, sind wir nicht zuletzt unseren 54.000 Wählern schuldig, die Anspruch auf eine entsprechende Vertretung in diesem Hause haben.

Eine Korrektur zu einer Bemerkung des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Busek werden Sie mir noch gestatten müssen. Der Herr Dr. Busek hat in seiner Rede als Beginn einer fortschrittlichen Kommunalpolitik in Wien ziemlich willkürlich den Amtsantritt des Herrn Bürgermeisters Lueger markiert. Alle objektiven Chronisten der Wiener Kommunalgeschichte sind sich darüber einig, daß eine fortschrittliche Kommunalpolitik schon einige Jahrzehnte früher begonnen hat. Der Bau der Ringstraße, der Bau dieses Rathauses, die große Stadterweiterung sind in der liberalen Ära des Gemeinderates vollzogen worden. Die große Donau-Regulierung, die Hochquellenwasserleitung, die Schlachthöfe und Markteinrichtungen sind in dieser Zeit geschaffen worden.

Wir Freiheitlichen stehen nicht an, uns zu dieser wichtigen Epoche unserer Stadt zu bekennen. Die

Persönlichkeiten dieser Zeit, wie etwa ein Bürgermeister Dr. Cajetan Felder, mit ihrer weltoffenen und toleranten Gesinnung, sind uns Vorbild und Verpflichtung zugleich.

Vorsitzender GR. **Lehner**: Als nächster Redner ist Herr GR. Präsident Hahn zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR. **Hahn**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Fünf Jahre lang, jeden Tag dieser vergangenen fünf Jahre ihrer Alleinregierung, hat die SPÖ die Chance gehabt, aus Fehlern, Skandalen der Slavik-Ära, die zum Großteil die ÖVP aufdecken mußte, Konsequenzen zu ziehen, das heißt auch längst fällige Reformen durchzuführen für eine saubere und sparsame Stadtverwaltung zum Vorteil und im Interesse aller Wienerinnen und Wiener.

Ich habe vor fünf Jahren namens der Österreichischen Volkspartei hier erklärt, daß die Form der damaligen Zusammenarbeit vor allem aus zwei Gründen beendet werden mußte: erstens weil wir von der Österreichischen Volkspartei für Skandale, Fehlplanungen und Fehlinvestitionen nicht mehr mitverantwortlich gemacht werden wollten, so wie uns das viele Wähler fälschlich unterschoben haben, und zweitens war es damals eine unannehmbare Bedingung der SPÖ, jeder Tarifierhöhung zuzustimmen. So nicht, haben wir damals erklärt, und das mit Recht.

Wir haben allerdings damals im gleichen Atemzuge auch hier — ich an diesem Pult — erklärt, daß die Wiener Volkspartei nicht in Opposition zu Wien und noch weniger in Opposition zur Wiener Bevölkerung steht, sondern daß wir im Gegenteil eine genaue Kontrolle der sozialistischen Verwaltung, eine konstruktive Kritik von Fehlern der sozialistischen Konzepte für eine künftige Stadtentwicklung als unsere Hauptaufgabe ansehen. Wir haben dies auch durch zahlreiche Alternativ- und Initiativanträge in den letzten fünf Jahren — insgesamt waren es 501 Anträge — aufgezeigt und konnten damit zumindest oft auch die lahme SPÖ beflügeln. (Beifall bei der ÖVP.)

In Ausübung unserer Kontrolltätigkeit mußten wir uns aber leider sofort mit der Aufdeckung und Offenlegung des Bauringskandals beschäftigen. Diese harte Oppositionsarbeit war im Interesse der Wiener Steuerzahler notwendig, das muß noch einmal gesagt werden. Denn leider weitete sich der Bauringskandal unter Bürgermeister Leopold Gratz aus, der im November 1973 gewählt wurde. In diese Zeit fielen die Bürgschaftserklärungen für die Beficor-Transaktionen des einzigen verurteilten Bauringprozeßlers Architekt Ursprunger.

Man muß es auch am heutigen Tag leider noch einmal sagen: Der am 22. Juli 1973 vom damaligen GR. Dr. Goller aufgedeckte Skandal wurde von Leopold Gratz im Sommer 1973 als Wahlkampfmanöver der ÖVP bezeichnet. Es ist aber eine Tatsache, daß dieses von Leopold Gratz als Wahlkampfmanöver bezeichnete Bauringdesaster die Wiener Steuerzahler 1.400 Millionen Schilling gekostet hat. Schon allein aus diesem Grund können wir dem

damaligen Stadtrat, späteren Klubobmann und heute von Ihnen zum Ersten Landtagspräsidenten vorgeschlagenen Abg. Suttner nicht unsere Stimme geben.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie ruhig nachdenken, müssen Sie zugeben, daß wir von der ÖVP auf jeden Fall recht mit unserer Behauptung haben, daß in den abgelaufenen fünf Jahren mit diesen 1.400 Millionen Schilling — wenn Sie das durch fünf dividieren, sind es 280 Millionen Schilling jährlich — zum Beispiel eine von uns immer wieder besonders nachdrücklich erhobene Forderung im Interesse der Gesundheit, der Gesundheitserhaltung vieler Wienerinnen und Wiener hätte verwirklicht werden können, nämlich der Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost. (Amtsf. StR. Dr. Stacher: Wird eh gemacht!)

Herr Stadtrat Stacher! Wenn Sie hier mit stoischer Ruhe sagen: „Wird eh gemacht!“ dann kann ich Ihnen nur antworten: Das Personalwohnhaus ist fertig, da können jetzt die Schwestern jeden Tag ins Rudolfsptal hin- und zurückgeführt werden. Sicherlich werden einige Transportunternehmer eine große Freude damit haben — hoffentlich auch die Schwestern. Das Altersheim ist in Bau. Vom Sozialmedizinischen Zentrum Ost kann ich nur hoffen, daß es in dem Voranschlag, der uns erst heute überreicht wurde — ich habe noch keine Zeit gehabt, nachzuschauen — wenigstens drinnen ist, denn sonst machen Sie sich bitte auf die kommende Budgetdebatte gefaßt, Herr Prof. Dr. Stacher. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Er muß aber nicht zittern!)

Meine Herren! Wenn Sie heute schon damit anfangen, wieder so überheblich zu sein, dann werden die Floridsdorfer und die Donaustädter mit Ihnen wahrscheinlich noch mehr Freude haben als bei der letzten Wahl. Das haben Sie ja an der Wahlbeteiligung sehr deutlich gesehen. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsf. StR. Dr. Stacher: Schlagen Sie im Kostenvoranschlag nach, bevor Sie reden!) Darauf komme ich noch zu sprechen. (GR. Gawlik: Sie platzen ja vor Überheblichkeit!) Sie anzusehen, ist mir ein Vergnügen, weil Sie mich in meinen Ausführungen beflügeln, Herr Kollege Gawlik. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie von der SPÖ haben aus den abgelaufenen fünf Jahren keine Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil, Sie haben in der abgelaufenen Legislaturperiode, sehr oft mit Spott in der Stimme, immer wieder erklärt — gerade Ihre letzten Zwischenrufe haben bewiesen, daß Sie noch nicht sehr viel dazugelernt haben —, daß trotz aller dieser von Ihnen natürlich geleugneten Mißstände die Wiener Bevölkerung der Wiener SPÖ wachsendes Vertrauen schenke und die ÖVP eigentlich danebenstehe. Das haben wir nicht nur im Laufe der letzten fünf Jahre gehört — ich gehöre jetzt zwanzig Jahre dem Wiener Gemeinderat an —, sondern auch vorher des öfteren.

Diesmal hat Ihnen freilich der Wähler die Rechnung präsentiert. (Beifall bei der ÖVP.) Denn mit 478.000 am 8. Oktober 1978 für die SPÖ abgegebenen Stimmen haben Sie um 92.000 weniger erhal-

ten als im Jahre 1973 mit 570.000 Stimmen und haben mit 57,2 Prozent aller abgegebenen gültigen Stimmen das zweitschlechteste Wahlergebnis — das schlechteste war 1949 — erzielt. (Amtsf. StR. Nittel: Aber nicht nach Prozenten!) Auch nach Prozenten.

Gestatten Sie mir ein Wort; das ist sicher keine nostalgische Betrachtung, aber, wie mir scheint, eine doch sehr wichtige Feststellung. Im Jahre 1949, in den härtesten Jahren des Wiederaufbaues, als der Glaube an Österreich und an Wien so stark war, daß es trotz der gigantischen Schwierigkeiten und der furchtbaren Entbehrungen oder wahrscheinlich gerade deswegen eine Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien gegeben hat, gab es 42.000 Nichtwähler. Das waren 3,5 Prozent. Das heißt, es gab 1949 eine Wahlbeteiligung von 96,5 Prozent. (GR. Mayrhofer: Es waren gleichzeitig Nationalratswahlen!), während es diesmal 325.000 Nichtwähler waren, das sind 27,8 Prozent.

Auch Ihr Zwischenruf, Herr GR. Mayrhofer, rechtfertigt keine achtmal höhere Wahlenthaltung im Jahr 1978 gegenüber 1949. Dieser Umstand, der an und für sich erschütternd ist, sollte uns zu denken geben.

Es muß daher das Bemühen aller demokratischen Parteien sein, auch durch administrative Maßnahmen eine höhere Wahlbeteiligung zu ermöglichen. Seit April 1969, seit zehn Jahren, bei den letzten drei Wahlen stellen wir eine immer geringere Wahlbeteiligung fest. Ich erinnere in diesem Zusammenhang vor allem an die von der Volkspartei immer wieder geforderte Briefwahl, um mehr für unsere betagten und gehbehinderten Mitbürger tun zu können, und unterstreiche das, was Vizebürgermeister Dr. Busek schon gesagt hat. Der Vorschlag, die Wahlen auf einen Wochentag zu verlegen, wurde bereits vor drei Jahren von mir gemacht.

Die starke Wahlenthaltung des heurigen Jahres hat Sie von der SPÖ besonders stark getroffen. Sie werden daher jetzt hoffentlich ernstlich darüber nachdenken. Hier wäre ein echtes Bürgerservice notwendig. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir müssen aber auch eine verstärkte Aufklärung unter der Jugend über die Ausübung eines der wichtigsten, wenn nicht des wichtigsten demokratischen Rechtes betreiben. Es ist eine Jugend, die sich nicht mehr so wachstumsorientiert gibt, eine Jugend, die wieder Ideale sehen möchte, eine Jugend, die nicht auf die Popularität eines Politikers, der sich mit prominenten Fußballern zeigt, baut, eine Jugend, die zum Teil heute bereits weiß, daß sie die Zukunft wieder stärker fordern wird, eine Jugend, für die wir alle hoffen, daß es gelingt, ihr in den kommenden Jahren die erforderlichen Arbeitsplätze zu verschaffen. Wir wissen nämlich heute schon, daß es auf verschiedenen Gebieten — denken Sie nur an die Absolventen der Pädagogischen Akademien, aber auch an zahlreiche akademische Berufe — große Schwierigkeiten geben wird. Daher ist es nötig, auch hier den Tatsachen ins Auge zu sehen, rechtzeitig aufzuklären und alles zu tun, um Arbeitsplätze zu sichern, statt Kanalgebühren für manche Branchen in einem hundertfachen Ausmaß zu erhöhen und

so weitere Arbeitsplätze zu gefährden, wie es die SPÖ erst kürzlich tun wollte; jetzt ist sie hoffentlich im Einlenken begriffen.

Ich möchte hier Bürgermeister Gratz zitieren, der vor fünf Jahren in seiner Antrittsrede erklärte: „Die Jungen wollen sehen, was auf sie zukommt, um zu wissen, was sie tun müssen. Nicht klassische Erfolgsbilanzen interessieren sie, sie messen die Umwelt an konkreten Dingen, an fühlbaren Leistungen und an der eigenen Erfahrung mit der Stadtverwaltung.“

Bürgermeister Gratz hat dann nach Zitierung des Perikles seine Ausführungen mit dem Ausdruck seiner inneren Überzeugung, daß die Wiener Bevölkerung in fünf Jahren nicht über Reden, sondern über Taten ihr Urteil sprechen wird, geschlossen. Er hat damals wohl nicht erwartet, daß ihn über 65.000 Wahlberechtigte, dies bereits unter Berücksichtigung der 47.000 Wähler weniger, von denen ich mir erlaube, zwei Drittel der SPÖ zuzuzählen ... (Amtsf. StR. Nittel: Haben Sie den Perikles gelesen?) Ja, ich habe ihn gelesen.

Übrigens, Herr Stadtrat, eines habe ich noch vor Ihren Computerberechnungen klar festgestellt. Da hat es neulich auch eine Wahl gegeben, wo ich zu dem Zeitpunkt, als ich die ersten Ergebnisse aus Arbeiterbezirken erfuhr, schon wußte, daß Ihr Ergebnis unter den berühmten 56 Prozent liegt. Es gibt schon einige, die durch Schätzen zu einem gewissen Zeitpunkt auch auf das Richtige kommen. Um diese 65.000 bis 68.000 weniger, die die SPÖ echt im Stich gelassen haben und nicht zur Urne gegangen sind, um die geht es jetzt in meinen Ausführungen.

Eines, meine Damen und Herren von der SPÖ — damit schließe ich an das an, was ich zu Beginn meiner Rede gesagt habe — muß Ihnen schon klar sein: Daß diese Wiener SPÖ-Wähler im Jahre 1973 nach der raschen Ablöse des angeschlagenen Felix Slavik durch den strahlenden Leopold Gratz nicht die SPÖ, sondern Leopold Gratz gewählt haben, was ja auch in der Propaganda zu dieser Wahl seitens Ihrer Partei deutlich zum Ausdruck kam, allerdings im Endergebnis einen Verzögerungseffekt von fünf Jahren hatte.

Wenn man einen Wahlkampf unter teilweisem Mißbrauch von Steuergeldern führt, wobei Ihnen leider jedes Mittel recht und nicht zu schlecht war, Ihre Positionen zu behaupten ... (Amtsf. StR. Nittel: Was heißt Mißbrauch?) Ich meine das sehr häufig erscheinende „Wien-aktuell“ mit allem Drumherum. Natürlich ist rein zufällig in allen Ausgaben das Bild des Bürgermeisters drin. Das geht nahtlos weiter, vom Plakat angefangen ... (Amtsf. StR. Nittel: Sie müssen konkret werden!)

Bitte schön, wenn Sie mich provozieren, dann sage ich es Ihnen. Das geht bis zu dem Plakat mit Senekowitsch, Krankl und „Schneckerl“ Prohaska. Wegen des „Schneckerl“ Prohaska zeichnet sicherlich kein Wiener die Wiener Stadtanleihe, wenn Sie das genau von mir hören wollen. (Amtsf. StR. Nittel: Sie haben von Mißbrauch geredet! Sie sollten vorsichtig sein!) Ich habe gesagt: Mit teilweisem Miß-

brauch ... (Amtsf. StR. Nittel: Und ich sage zu Ihnen: mit teilweiser Unwahrheit! Das ist ein Skandal, was Sie machen! Dann wundern Sie sich über die Diskreditierung der Politik und der Parteien!)

Ich habe über die Propaganda gesprochen. Wenn Sie jetzt sagen, ich bin ein Anti-Austrianer, dann muß ich das zur Kenntnis nehmen. Ich sage Ihnen aber noch einmal: Wegen Prohaska und der anderen Fußballer, die für die Wiener Stadtanleihe werben, werden sicherlich nicht mehr Leute die Wiener Stadtanleihe zeichnen. (Amtsf. StR. Nittel: Das klingt schon anders!) Das habe ich ganz deutlich gesagt.

Wenn jahrelang mit öffentlichen Mitteln, also mit Steuergeldern ... (Zwischenruf bei der SPÖ: Blödsinn!) Das Wort „Blödsinn“, wenn mir diese Feststellung gestattet ist, ist an und für sich ... (StR. Dr. Goller: Geben Sie ihm einen Ordnungsruf!)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Ich danke sehr herzlich, daß Sie mir die Vorsitzführung anscheinend erleichtern wollen, aber die Vorsitzende bin ich. Ich entscheide, ob ein Ordnungsruf gegeben wird oder nicht. (StR. Dr. Goller: Er hat gesagt: Blödsinn!)

GR. Hahn: Das werden wir uns für die Zukunft beim Wort „Blödsinn“ merken.

Wenn jahrelang und immer wieder mit öffentlichen Mitteln etwas sorglos umgegangen wird, wenn die Kette der Skandale leider nicht abgerissen ist, dann darf es doch nicht wunder nehmen, daß auch Ihre eigenen Parteigenossen hellhörig geworden sind und bei der Wahl die Konsequenzen gezogen haben. Denn daß viele Ihrer Genossen der Wahl ferngeblieben sind, mußten Sie ja diesmal registrieren. (GR. Edlinger: Das war Ihr Glück, sonst hätten Sie nichts gewonnen!)

Auch darauf kann ich Ihnen antworten, Herr GR. Edlinger. In absoluten Zahlen waren es 4.282 Stimmen. Wenn Sie hier auch berücksichtigen, daß von den 47.000 Verstorbenen ein Teil auf ÖVP-Wähler entfällt, dann sind es 20.000 Menschen mehr, die auf die ÖVP entfallen. Das ist die berühmte Differenz von 100.000, wenn Sie es zu den anderen zählen.

Aber ich gebe Ihnen völlig recht: Wenn es uns gelungen wäre — wir waren ohnehin dem 36. Mandat sehr nahe —, noch einem größeren Quentchen von ÖVP-Wählern die Bedeutung der Kommunalwahl bewußt zu machen, so säßen wir heute nicht mit 35, sondern mit 37 Mandaten da. Dann wäre es eine echte Erdrutschwahl gewesen, und Sie hätten das gehabt, von dem Sie fünf Jahre lang bestritten haben, daß es hier in Wien jemals möglich sein wird. Es rückt jedenfalls sehr nahe, das darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPÖ, sagen. (Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Nach Ihrem Forschungsinstitut!) Es ist für jede Partei legitim, eine Wahlanalyse zu machen, und Sie tun das selbstverständlich auch.

Der Herr Bürgermeister hat nach Ihrer Wiener Konferenz erklärt, daß Sie von der SPÖ eine Denk-

pause einschalten wollen. Wenn Sie eine solche Denk- und Diskutierphase für die Neuorganisation Ihrer Partei einschalten wollten, dann ist das Ihre ureigenste Angelegenheit. Wenn Sie an Parteireformen und an personelle Umbesetzungen denken, dann ist auch das Ihre eigene parteipolitische Angelegenheit. Ob Sie Ihren Landespartei sekretär in die Wüste schicken, ob Ihr Landesparteiobmann wieder die Türklinke in die Hand nehmen will oder nicht, ob er Kronprinz bleibt oder nicht, alles das ist sicherlich Sache der SPÖ, ihrer Funktionäre und Mitglieder.

Nur daß sich aus parteipolitischen Überlegungen die Denkpause so auswirkt, daß monatelang im Rathaus ressortpolitisch, sagen wir, eher sehr gebremst gearbeitet wird, daß es nicht zu der vom Bürgermeister immer wieder angekündigten notwendigen Reform der Stadtverwaltung kommt, das können wir im Interesse aller Wienerinnen und Wiener nicht akzeptieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn sich der Herr Bürgermeister bei seinen personellen Neubesetzungen nicht durchsetzt bzw. wenn er eine notwendige rasche Entscheidung scheut, dann darf das nicht zu Lasten der Arbeit für Wien gehen. Mit dieser Haltung werden ja nicht nur die vielen Beamten, die für Wien arbeiten wollen, mehr als je verunsichert, mit dieser Haltung zeigen Sie, die Verantwortlichen der SPÖ auch, daß Ihnen Parteiinteressen vor den Interessen der Wiener gehen.

Vor fünf Jahren hat der Herr Bürgermeister große und tiefgreifende Reformen für unsere Stadt versprochen. Wir mußten aber in diesen fünf Jahren feststellen, daß immer erst etwas geschehen muß, bevor etwas geschieht. Der Herr Bürgermeister hat sich in den letzten fünf Jahren jeden Vertrauensvorschuß verwirkt — es war ja klar, daß er einen Vertrauensvorschuß auch über die Stamm-SPÖ-Wähler hinausgehend im Jahre 1973 erhalten hat —, und daher haben wir von der Volkspartei ihm heute nicht unsere Stimmen geben können.

Das Vorschlagsrecht der Sozialisten auf Grund des Verhältniswahlrechtes ist natürlich völlig unbestritten. Wir haben den von der SPÖ nominierten Stadträten nicht die Zustimmung gegeben, weil wir es nicht für gut halten, wie ich eben erwähnt habe, daß parteipolitische Entscheidungen, die Sie nicht zu treffen imstande sind, ihren negativen Niederschlag in der Rathausverwaltung finden.

Ich habe bereits gesagt, daß wir in der Landtagsitzung auch den von der Sozialistischen Partei vorgeschlagenen Ersten Landtagspräsidenten nicht wählen werden, wir werden mit Nein stimmen. Wenn Sie noch Kontakt mit der Wiener Bevölkerung hätten, dann müßten Sie doch eigentlich wissen, daß dieser Vorschlag für den einfachen Bürger unverständlich ist.

Ich möchte zu den Erklärungen des Herrn Bürgermeisters noch eines festhalten: Beim Lesen des uns erst heute während der Sitzung überreichten Arbeitsprogramms der SPÖ haben wir feststellen müssen, daß es noch viel weniger konkret ist als vor fünf Jahren.

Das Beispiel, das mein Vorredner gebracht hat, bietet sich an. Herr Bürgermeister, Sie haben damals erklärt: „Mit Interesse und großer Hoffnung haben wir die Ankündigung des Bundeskanzlers zur Kenntnis genommen, daß Bundesgrundstücke, wie Kasernen, zur Verfügung gestellt werden. Wir erwarten die baldige Aufnahme zielführender Verhandlungen im Interesse einer geordneten Stadtentwicklung.“ Was ist geschehen? — Nichts!

Ähnliches muß man leider auch zum Verkehrswesen feststellen, da heute immer noch die Fortführung und Finanzierung der U 3 und U 6 ebenso in der Luft hängen wie der von der Österreichischen Volkspartei immer wieder geforderte Ausbau der Vorortelinienverbindungsbahn. Gibt es eine Einigung mit den ÖBB? — Nein! Oder vielleicht doch? Denn knapp vor der Wahl hatten Sie, Herr Bürgermeister, die Idee mit dem S-U-Bahn-Zwitter. Zwitter bedeutet aber tatsächlich meist Mißbildung. So auch hier: ein Gag, ein dicker Akt, das doppelte Geld wäre erforderlich gewesen, und jetzt ist die Idee begraben. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Wenn ein bisserl was stimmen tät, wär' es schön!)

Sehr geehrter Herr Stadtrat Mayr! Das neue Arbeitsprogramm spricht lediglich von entsprechenden Bauvorbereitungen für eine schnelle, kreuzungsfreie West-Ost-Durchmesserlinie. Das ist doch sicherlich viel zu wenig. Das ist vor fünf Jahren viel präziser im Wahlprogramm gestanden. Und dazu haben Sie, Herr Bürgermeister, vor fünf Jahren auch viel präziser Stellung genommen.

Sie müssen sich daher von uns den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie in den letzten fünf Jahren keine klaren Entscheidungen getroffen haben, daß Sie die Entscheidungen hinausgeschoben haben, die innerstädtischen Massenverkehrsmittel — darüber besteht Gott sei Dank grundsätzlich seit vielen Jahren Einigkeit — rasch auszubauen.

Wir wissen natürlich, daß es große finanzielle Schwierigkeiten gibt, und wir erwarten auch keine Wunder mehr von Ihnen. Und nicht nur die Wiener Bevölkerung, sondern die gesamte österreichische Bevölkerung weiß ja nun schon, daß Finanzminister Androsch für den österreichischen Steuerzahler im wahrsten Sinne des Wortes der teuerste Finanzminister der Welt ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Sie haben jedenfalls in Ihrem Arbeitsprogramm — wir konnten es nur während der Sitzung flüchtig durchlesen — nichts diesbezügliches enthalten.

Das gleiche muß ich Ihnen auch beim Hochwasserschutz vorwerfen. Ich vermisste in Ihrem Arbeitsprogramm die Priorität beim Ausbau der rechten Hochwasserschutzkante. Es ist doch klar, daß während des Baues des Projektes Donauinsel bei einem Hochwasser für die Bezirke 20, 2 und 11 größte Gefahr besteht. Das ist an und für sich nichts Neues. Wir von der Volkspartei haben daher immer wieder verlangt, daß bei den baulichen Maßnahmen den hochwasserschutzwirksamen Bauten der Vorrang eingeräumt werden muß. (Amtsführender Stadtrat Mayr: Ihr seid gute Wasserbauingenieure!)

Herr Stadtrat Mayr, Sie können wirklich nur

beten, daß in den nächsten Jahren kein Hochwasser kommt, denn sonst wird Ihnen die Bevölkerung des 2. und 20. Bezirkes — interessanterweise verliert die SPÖ im 20. Bezirk immer mehr Wähler — eine noch deutlichere Rechnung präsentieren. (Beifall bei der ÖVP. — Amtsführender StR. Mayr: Bar jeder Sachlichkeit!)

Wie so oft, vernachlässigen Sie auch hier die notwendigen Maßnahmen für die Sicherheit unserer Bundeshauptstadt. Leider auch im neuen Arbeitsprogramm.

Ich wollte erst am Schluß meiner Rede darauf zu sprechen kommen, sage es aber schon jetzt: Gerade ich, der ich im Jahre 1945 mit hungrigem Magen, die Wohnung der Eltern ausgeplündert, meinen Dienst bei der Gemeinde Wien begonnen habe ... (Zwischenruf bei der SPÖ.) Es geht jetzt um die Sachlichkeit und um das Aufzeigen diverser Dinge.

Meine Damen und Herren! Sie werden uns von der Österreichischen Volkspartei auch in den kommenden fünf oder zehn Jahren nicht daran hindern, diese Mißstände und die schlechte Prioritätensetzung aufzuzeigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wien wird mit der Inbetriebnahme des UNO-Konferenzentrums die dritte international anerkannte Stadt sein. Vergessen wir dabei aber nicht, daß wir dann auch für die 2.700 oder 3.000 Beamten — wir hoffen, daß es mehr werden — wichtige infrastrukturelle Maßnahmen ergreifen müssen. Das wird seine Wirkung im Ausland nicht verfehlen.

Ich nenne nur zwei Dinge. Sie werden sicherlich wieder aufjaulen, aber es ist nun einmal ein Verhängnis, daß bei der Stadtbahn und beim Gasrohrnetz ununterbrochen etwas passiert. (GR. Gawlik: Was heißt aufjaulen? Vergleichen Sie uns mit Hunden?) Das ist wirklich eine sehr, sehr harte Angelegenheit und hat uns dazu bewogen, bereits im Jänner des heurigen Jahres einen Mißtrauensantrag gegen Herrn StR. Nekula zu stellen.

Meine Damen und Herren! Über die Entwicklung und Tendenzen der Stadtentwicklung und die verfehlten Standpunkte der Wiener Wohnbaupolitik hat schon Herr Vizebürgermeister Busek gesprochen. Die Statistiken, die jetzt vorliegen, die zahlreichen Dokumentationen des Herrn Planungsstadtrates Prof. Wurzer beweisen all das, was wir schon ziemlich lange gesagt haben. Ich erspare es mir, Ihnen die Zahlen zu nennen. Immerhin: Den 15.200 Wohnungen, die zwischen 1974 und 1977 am Stadtrand gebaut wurden, stehen nur rund 7.000 Wohnungen im innerstädtischen Gebiet gegenüber.

Es geht jedoch um mehr als das. Ich werde mir erlauben, einen großen Appell an Sie zu richten. (GR. Gawlik: An die Hausherrn müssen Sie appellieren!) Hausherr ist Konecny, Herr GR. Gawlik. Reden Sie mit dem Herrn Juso Konecny. Er ist vielleicht gar nicht der einzige Hausherr in Ihren Reihen. Wir hoffen nur, daß er sich nicht der Praktiken, die wir alle gemeinsam im Jahre 1974 verurteilt haben, bedient. Das möchte ich namens der Österreichischen Volkspartei festgestellt haben. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Ich darf Sie

trotzdem ersuchen, sich an die Hausherren zu wenden, damit wir Grundstücke bekommen!)

Herr GR. Gawlik, es ist hart, was ich Ihnen nun sagen muß, ich tue es wirklich nicht gern, aber Sie lernen wirklich nichts dazu. (Zwischenruf bei der SPÖ: Jetzt ist ein Ordnungsruf fällig!) Ich habe gesagt, daß es hart ist. Aber Kollege Gawlik wartet ja gar nicht ab, welchen Appell ich in aller Ruhe an die Damen und Herren von der SPÖ richten möchte.

Die Situation ist so — ich hoffe, nicht mißverstanden zu werden, Sie kennen ja meine ständigen Bemühungen um eine Erhöhung des Neubauvolumens —, daß in den vielen betroffenen Bezirken, zum Beispiel dem 15., 16., 17. und auch anderen Bezirken, eine enorme Überalterung vorhanden ist. (GR. Edlinger: Den 18. Bezirk haben Sie nicht erwähnt!) Ich erwähne auch den 5. und 18. Bezirk. Wenn Sie wollen, zähle ich alle Bezirke auf. Wenn ich mich dann aber bei einem Prozentsatz hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur etwas irre, werden Sie vielleicht die Gelegenheit ergreifen, hier einzuhaken.

Eines möchte ich aber mit allem Ernst sagen: Sie wissen doch, wie schlecht der Wohnungsstandard in diesen Bezirken ist. 46,5 Prozent der Substandardwohnungen liegen in den von mir aufgezählten Bezirken. 30 Prozent der gesamten Wiener Wohnbevölkerung lebt dort, wobei der Anteil der alleinstehenden alten Frauen überdurchschnittlich ist. Und die Menschen, die dort leben, haben nur den einen Wunsch, dieses Gebiet nicht verlassen zu müssen. Das ist die menschliche Schwierigkeit; das wissen wir schon.

Die Wohnungsverbesserung — schon ein ÖVP-Gesetz aus dem Jahre 1967 — in der bisherigen Abwicklung wird diesen Zustand allein nicht beseitigen können. Der zwingende Schluß aus dieser Entwicklung ist die eindeutige Priorität für Stadterneuerung und Stadtreparatur, wenn wir nicht wollen, daß ganze Bezirksteile in naher Zukunft verslumpen.

Was wir brauchen, sind nicht nur Analysen und theoretische Konzepte, sondern praktische Handlungen. Deshalb fordern wir Sie erneut mit aller Dringlichkeit auf, der Stadterneuerung endlich jene Priorität zukommen zu lassen, die sie im Alltagsleben der betroffenen Wiener bereits hat, die in diesen abgewohnten Stadtteilen wohnen und die nicht unbedingt in eine teure Wohnung am Stadtrand ziehen wollen, um endlich auch einmal eine menschenwürdige Wohnung zu haben.

Beim Wohnbau beziehungsweise am Bausektor werden die Schwierigkeiten groß sein; die Budgetdebatte wird ja Gelegenheit geben, darüber im Detail zu sprechen. Meine Damen und Herren von der SPÖ, ich sage es noch einmal sehr ernst: Wir werden Ihnen hier in Fortsetzung unserer Linie als konstruktive Opposition neuerlich unsere Vorschläge unterbreiten, und wir hoffen, daß wir mit Ihnen gemeinsam zur Lösung dieser furchtbaren Probleme beitragen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Bei den Erklärungen des Herrn Bürgermeisters Gratz zur Situation der Wirtschaft wäre sicherlich eine Übereinstimmung

theoretischer Natur festzustellen. Auch das Arbeitsprogramm der SPÖ beginnt mit der Arbeitsplatzsicherung, nur sehen die Dinge in der Praxis doch etwas anders aus. Die Wiener Klein- und Mittelbetriebe befinden sich in einer schwierigen Situation. Dabei sind es gerade sie, die die Exportquoten halten; das ist zum Teil schon Allgemeingut geworden.

Hier geht es nicht nur darum, Anreize zur Investitionstätigkeit zu schaffen, was in den abgelaufenen fünf Jahren — auch ein Punkt der Zusammenarbeit — zum Teil gelungen ist. Wenn Sie aber die Belastungspolitik à la Androsch in Wien fortsetzen, mit einer Erhöhung der Wassergebühren und der Kanalgebühren, dann ist das für die Wirtschaft keine angenehme Sache und sicherlich nicht geeignet, die Arbeitsplätze in gewissen Branchen zu sichern, die besonders viel Wasser brauchen und bei denen nach der neuen Methode Erhöhungen um das Mehrhundertfache für das Abwasser eintreten. Vielleicht ist das Einlenken des Finanzstadtrates noch nicht zu spät.

Diese zusätzlichen Belastungen, wie die Wiener U-Bahn-Steuer, haben schon bewirkt, daß immer mehr Betriebe in das Wiener Umland abwandern und nach Schätzungen bereits 60 Prozent des gesamten Wiener Investitionsvolumens, das sind 7 Milliarden Schilling, außerhalb Wiens getätigt werden. Meine Damen und Herren! Das bedeutet wieder ein stärkeres Verkehrsaufkommen, ein Auspendeln, eine Minderung der Steuereinnahmen und damit wahrscheinlich auch wieder — das ist ja dieser fatale Kreislauf — sinkende Investitionstätigkeit und damit die Gefahr eines Verlustes von Arbeitsplätzen.

Wenn viele dieser Wiener Betriebe heute noch existieren, dann ist das nicht das Verdienst der SPÖ, sondern das Verdienst der Wiener Wirtschaftstreibenden. Und wenn Sie glauben, daß Sie Ihre Budgetmisere durch eine Gebühren- und Tarifierhöhungspolitik korrigieren können, dann befinden Sie sich auf dem gleichen Holzweg wie der Finanzminister Dr. Androsch! Der Ansatz müßte ganz woanders liegen: in einer sparsamen und effektiven Verwaltung, in einer koordinierten Planung.

Zur Frage: Wer hätte das alles bezahlen sollen, oder eine Passage, die im Raum lag: Wieso kann man auf einmal das Doppelte fordern und nur das Halbe zahlen: Wir haben Ihnen schon einmal vorgerechnet, wie wir unsere Forderungen bedeckt hätten, was Sie sich alles an Fehlplanungen hätten ersparen können. Wir haben Ihnen diesen Betrag in der abgelaufenen Periode oft genug vorgehalten, es wären immerhin 3,5 Milliarden Schilling gewesen.

Meine Damen und Herren! Ein Wort zu der gerade für eine Kommunalverwaltung so wichtigen Beamtenfrage. Ich habe vorige Woche in einer Wiener Zeitung, die ein Gespräch mit dem Herrn GR. Edlinger geführt hat, gelesen, die Wiener SPÖ wolle sich jetzt verstärkt politisch um die Beamten kümmern.

Es wäre viel besser, wenn Sie die Beamten in Ruhe arbeiten ließen! (Beifall bei der ÖVP.) Denn

gerade dort, wo sich Beamte zu stark mit der Partei identifiziert haben, ist es ja in der Vergangenheit bei ihnen schiefgegangen. Die Beamten an die Kandare einer einheitlichen Parteimeinung zu nehmen, lehnen wir von der Österreichischen Volkspartei auf das entschiedenste ab! (Beifall bei der ÖVP.) Gerade das Gegenteil müßte der Fall sein. Beamte haben ihre Pflicht besonders gewissenhaft für alle Wiener zu erfüllen. Sollte der Hinweis aus der Löwelstraße, daß an der Niederlage die Beamten schuld seien, pressenmäßig richtig wiedergegeben sein, dann verahre ich mich auf das entschiedenste dagegen.

Meine Damen und Herren! In jeder Verwaltung gibt es hervorragende Beamte, es gibt sehr gute Beamte, und es gibt in jeder Verwaltung auch weniger gute Beamte. Es ist vor allem eine Sache der Erziehung, dann des Vorbildes und letzten Endes entsprechender Schulungen, für möglichst viele sehr gute und hervorragende Beamte zu sorgen. Niemals darf aber das Parteibuch bei der Besetzung leitender Funktionen maßgebend sein! (Beifall bei der ÖVP.)

Grundsätzlich möchte ich sagen: Die letzten Entscheidungen haben die Politiker zu treffen, denn dazu sind wir ja gewählt worden. Wir wollen aber über keine Unterlagen verhandeln, die eventuell im Sinne einer sozialistischen Gesellschaftsordnung oder einer sozialistischen Machtpolitik vorgelegt werden. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden es so halten wie in den vergangenen 33 Jahren: Wir wollen und werden mit unserer ganzen Kraft, mit unserem ganzen Gewissen für die Wiener arbeiten, weil uns Wien am Herzen liegt. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner ist Herr GR. Ing. Hofmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR. Ing. Hofmann: Herr Bürgermeister! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Jedes erste Zusammentreten eines neugewählten Wiener Gemeinderates markiert den Beginn eines neuen Abschnitts unserer aller Tätigkeit in diesem Haus. Wir alle beginnen auf der Grundlage unseres Wählerauftrages, eingebunden in jene besondere Verantwortung, die jedem von uns als Träger eines Mandats auferlegt ist. Ein solcher Anlaß hat bei den meisten von uns dazu geführt, Bilanz zu ziehen und sich neue Ziele zu setzen.

Aus meiner Tätigkeit in der Jugendbewegung meiner Partei ist mir dabei ein Gedicht in Erinnerung gekommen, das ich als Motto meines Beitrages betrachten möchte. Es beginnt: Wer, wenn nicht wir, gestaltet die Welt? Ich möchte diese Worte, wie ich schon sagte, gleichsam als mein Motto betrachten.

Zu Beginn möchte ich klarstellen: Die Welt, die wir in diesem Hause aufgerufen sind zu gestalten, ist Wien, also der Lebensraum und die Lebensvoraussetzung für unsere Wiener Mitbürger.

Ich möchte mich aber zunächst dem ersten Teil dieses Mottos zuwenden, dem Wir. Wir, für die ich spreche, das ist die sozialistische Fraktion des Wie-

ner Gemeinderates. Wir sind in dieses Haus mit dem Auftrag jener Wienerinnen und Wiener entsandt worden, die uns am 8. Oktober gewählt haben. Ich möchte diesen Wienerinnen und Wienern von dieser Stelle aus nochmals für das erwiesene Vertrauen danken und diesen Wir-Begriff auf sie ausweiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ausweiten möchte ich diesen Wir-Begriff aber nach wie vor auch auf die 60.000 bis 80.000 Wienerinnen und Wiener, die uns gewöhnlich gewählt haben, es diesmal aber vorgezogen haben, sich der Stimme zu enthalten. Unsere Wählerbasis darf nicht in zwei Fraktionen geteilt werden. Handeln wir danach, aber nehmen wir auch die in der Wahlenthaltung zum Ausdruck gekommene Kritik sehr ernst. Es muß uns gelingen, durch Taten und durch Aufklärung diese Mitbürger davon zu überzeugen, daß ihre Interessen am besten durch uns wahrgenommen werden und daß schon allein ihre Stimmenthaltung alle jene stärkt, die gegen ihre Interessen handeln.

Nicht diesem Wir zurechnen kann ich die Fraktion der ÖVP dieses Hauses, auch wenn ich einzelne Mitglieder durchaus einzubinden bereit bin. Gerade die beiden Debattenbeiträge am heutigen Tag haben mich wieder in dieser Haltung bestärkt. Herr Vizebürgermeister Busek hat als eine seiner Feststellungen gebracht: Dazu braucht man Fähigkeiten. Er meinte damit, diese Fähigkeiten der sozialistischen Fraktion absprechen zu müssen, und in der Bescheidenheit, wie sie ihm ziemt, hat er gemeint, daß er oder seine Fraktion allein diese Fähigkeiten haben. (Rufe bei der ÖVP: Das ist einfach falsch!)

Die Feststellung des Redakteurs einer sogenannten unabhängigen Zeitung, der sich vor drei, vier Jahren einmal vorgestellt und mir seine Motivation, warum er Redakteur geworden ist, mitgeteilt hat, hat gerade das Gegenteil besagt. Er hat festgestellt, er mußte Redakteur werden, weil die ÖVP unfähig wäre, uns Opposition zu machen. Auf Grund konkreter Handlungen, seiner Schreibweise und von Handlungen dieser Partei muß ich sagen, daß das durchaus mit Zustimmung der ÖVP geschehen ist.

Herr Vizebürgermeister Dr. Busek hat das alte Lied, das hohe, aber nicht zu hohe Lied von Lueger gesungen; es wurde in der Debatte schon richtiggestellt. Ich weiß nicht, was so hoch gewesen sein soll. Die politische Situation in dieser Stadt war es damals sicher nicht. Die Pläne von Siccardsburg bis Otto Wagner wurden in unserer Stadt in der Zeit unter Cajetan Felder und in seiner Periode verwirklicht. Man kann feststellen, daß vieles nicht, weil Lueger Bürgermeister war, sondern trotz Lueger als Bürgermeister verwirklicht wurde.

Oder die zweite Feststellung, wie groß und wie gut die Leistung der Sozialdemokratie der Ersten Republik war. Wir sind davon selbst auch überzeugt. Aber die Feststellung Dr. Buseks kann doch nur den alten Stil widerspiegeln: Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer. Wir haben das schon einige Male miterlebt.

Sind das die Fähigkeiten, die nach diesem Debattenbeitrag notwendig sind, um diese Stadt zu führen? Wir haben gehört, was Mitscherlich meint,

wir haben gehört, was Musil meint, wir haben gehört, was Professor Rainer meint. Was Dr. Busek meint, darüber ist, wenn ich alle Widersprüche abziehe, nicht sehr viel zum Ausdruck gekommen.

Meine Damen und Herren! Das bürgerliche Kredo auch nach dieser Gemeinderatswahl ist, daß man nicht weiß: Soll man Vizebürgermeister Busek gratulieren, daß er so viele Stimmen bekommen hat wie der Spitzenkandidat vom letztenmal, oder soll man Herrn Präsident Hahn gratulieren, daß er letztes Mal so viele Stimmen für seine Partei einsammeln konnte? (Beifall bei der SPÖ.)

Wir, die sozialistische Fraktion dieses Hauses, sind in erster Linie dazu aufgerufen, sozialdemokratisches Gedankengut in kommunale Praxis umzusetzen. Worin bestehen diese Aufgaben?

Zunächst sicher in der Unterstützung unserer Stadtsenatsmitglieder beim Vollzug, bei der Verwirklichung unseres Arbeitsprogrammes 1978 bis 1983 sowie der Erklärungen des Herrn Bürgermeisters, denen ich mich namens der sozialistischen Fraktion vollinhaltlich anschließe. Hier wurden die wesentlichen Punkte des Gestaltens unserer Weltstadt Wien fixiert.

Unsere Aufgabe besteht zugleich aber auch in der Kontrolle. Als Mitglieder der Volksvertretung haben wir die von den Wählern übertragene Verpflichtung wahrzunehmen, Regierung und Verwaltung zu kontrollieren und für die Weiterleitung des Wählerwillens an die Regierenden zu sorgen.

An dieser Stelle möchte ich eines unmißverständlich zum Ausdruck bringen: Es gibt keine kontrollierenden Stadträte. Sie sind auch in der Verfassung nicht vorgesehen. Es gibt nur einen kontrollierenden Gemeinderat, und dazu haben wir alle einen Verfassungsauftrag.

Aus diesem Grundverständnis heraus habe ich als Klubobmann vorgeschlagen, daß ich in keinem Gemeinderatsausschuß vertreten sein werde. Zusammen mit den drei Kollegen von der Freiheitlichen Partei sind wir somit die einzigen Mitglieder dieses Hauses, die in einer Gemeinderatssitzung nicht durch etwaige Vorentscheidungen in Ausschüssen gebunden sein werden.

Aus einem ähnlichen Grundverständnis über die Kontrollaufgaben und Kontrollrechte heraus haben meine Freunde und ich den Vorschlag des Herrn Bürgermeisters aufgegriffen, der am wenigsten in Regierungs- und Verwaltungsaufgaben eingebundenen kleinsten Fraktion dieses Hauses, der Freiheitlichen Partei, auch die Übernahme der Funktion eines Vorsitzenden des neugeschaffenen Kontrollausschusses des Gemeinderates anzubieten.

An dieser Stelle möchte ich doch zu dem Beitrag von Dr. Hirnschall kurz Stellung nehmen. Die konstituierende Sitzung ist unserer festen Überzeugung nach nicht abwertend zu betrachten, weil einige wenige Entscheidungen noch nach einer vorgelagerten Diskussionsphase getroffen werden.

Meine Damen und Herren dieses Hauses! Das Arbeitsprogramm und die Erklärungen des Herrn Bürgermeisters haben Gültigkeit für die gesamte Legislaturperiode dieses Hauses. Wir haben uns

nur verpflichtet gefühlt, gerade auf Grund des Ergebnisses der Wahlentscheidung und der hohen Wahlenthaltung von Wienerinnen und Wienern, die wir zu Wählern unserer Partei zurechnen, wie ich schon an anderer Stelle ausgeführt habe, noch einmal in aller Öffentlichkeit und parteiintern eine Diskussionsphase abzuführen.

Meine Damen und Herren! Der erfolgreichen Periode 1973 bis 1978, in der Leistungen für diese Stadt vollbracht wurden wie nie zuvor, wird sich würdig eine Periode 1978 bis 1983 anreihen, deren Beginn der Verwirklichung mit dieser konstituierenden Sitzung eingeleitet wurde.

Aber, meine Herren der Freiheitlichen Partei: Klagen über eine zu wenig weitgehende Reform des Wahlrechtes muß ich an dieser Stelle beantworten. Die Sozialistische Partei hat gegen anfängliche Widerstände zumindest für eine verbesserte Ausgangschance der FPÖ auch bei den Wiener Wahlen gesorgt. Sollten Sie, meine Herren von der FPÖ, sich nicht Rechenschaft darüber ablegen, warum es trotzdem zu keinem verbesserten, sondern zu einem schlechteren Ausgang für Ihre Partei gekommen ist?

Meine Antwort will ich Ihnen nicht vorenthalten: Es gibt kein Wahlrecht, das ungeschehen machen kann, wie sich ihr Parteiohmann Dr. Götz gegenüber Wien und die Wiener gebärdet hat.

Zu unserem Selbstverständnis als Klub der sozialistischen Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter sollte auch noch ein weiteres gehören: Wir Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und in zunehmendem Maße auch Bezirksräte sind ein wichtiges, wenn nicht gar das einzige Bindeglied zwischen Regierten und Regierenden. Hier kommt uns eine ganz besondere Aufgabe zu durch das Hineinhören in Wünsche und Probleme unserer Mitbürger und das Weiterleiten ihrer Anliegen an die Regierenden und an die Verwaltenden, durch ein Aufgreifen und Zur-Diskussion-Stellen besonderer Vorschläge aller jener, die sich besonders intensiv mit Wien und den Wienern befassen.

Wir sollten uns dieser Aufgabe vorurteilsfrei und nicht aus der Position einer Wissens- und Informationsüberlegenheit widmen, sondern in einem Eingehen auf anstehende Fragen. Wir sollten gewonnene Information nicht nur nach oben, sondern auch nach unten vermitteln, wobei ich persönlich das Oben immer — nicht nur am Tag nach Republikfeiern — so verstehen möchte, daß es nicht die Regierenden, sondern das Volk ist.

In der Bevölkerung weiß man sehr wohl zu unterscheiden zwischen eigensüchtigen Einzelinteressen, die auf Kosten des Gemeinwohls gehen, und sozial und sachlich begründeten Interessen von einzelnen Gruppen. Voraussetzung dafür ist volle und wertfreie Information.

Ich möchte daher in dieses „Wir“ alle Medien mit einbeziehen. Sollte jedoch der kommerzielle Medienbereich nicht in der Lage sein, diese Aufgabe zu erfüllen, wird die Stadt selbst Informationsmethoden entwickeln müssen, um gegenzusteuern und diese Lücke zu füllen.

Ausreichende Information ist eine Voraussetzung, dem nun öfter zur Entscheidung aufgerufenen mündigen Bürger die Entscheidungsgrundlage zu geben.

Als Klubobmann der sozialistischen Fraktion ist die Frage über das „Wir“ meines Eingangsmottos noch um eine Gruppe zu erweitern. Sie alle wissen, daß ich von Beruf Gemeindebediensteter bin. Diese berufliche Herkunft möchte ich an dieser Stelle unterstreichen, und zwar im Sinn eines Solidaritätsbekenntnisses.

Bei mancher öffentlichen Polemik und in manchen sogenannten unabhängigen Medien sind oft die Alleinschuldigen an allem, was den einzelnen stört, die „Filzobürokraten“. Man tut so, als ob es in unserer Stadtverwaltung und bei den hier handelnden und arbeitenden Menschen nichts Positives gäbe.

Ich will gar nicht besondere Differentialdiagnosen aufstellen, wonach von den 50.000 Gemeindebediensteten nur 8.000 in der eigentlichen Verwaltung und 40.000 im Dienstleistungsbereich tätig sind.

Ich möchte eines unmißverständlich klarstellen: Unsere Gemeindebediensteten erfüllen ihre Aufgaben zumindest so gut wie alle anderen Arbeitnehmer in anderen Bereichen. (Beifall bei der SPÖ.) Sie alle gehören zu dem „Wir“, die Lebensraum und Lebensvoraussetzungen der Wienerinnen und Wiener gestalten, eine Zukunft, die im kleinen Rahmen beim einfachen — und das ist wörtlich gemeint — Morgen beginnt und bis zu Weichenstellungen reicht, die auf Jahre hinaus wirken.

Geben wir ihnen alle richtige, vollziehbare Ziele vor, messen wir sie dann an ihren Leistungen und unter den vorgegebenen Voraussetzungen.

Meine Erfahrung ist, wir haben es hier mit bemühten, guten Mitarbeitern zu tun, die motivierbar sind, aber auch wie jeder Mensch Anerkennung brauchen. Nicht die wenigen schwarzen Schafe, sondern die große Zahl der Mitarbeiter sind zu diesem „Wir“ zu zählen, das zur künftigen Gestaltung Wiens aufgerufen ist, ohne Ansehen ihrer Zugehörigkeit zu politischen Gruppierungen. Wir wünschen uns nicht Ergebnisse von 96 Prozent ÖAAB, wie in einem Nachbarbundesland, das möchte ich Herrn Präsident Hahn bei dieser Gelegenheit ins Stammbuch schreiben.

Zum zweiten Teil meines Mottos „Wien gestalten“ kann ich sehr kurz sein.

Wie ich schon ausführte, habe ich den Erklärungen des Herrn Bürgermeisters und dem Arbeitsprogramm nichts hinzuzufügen.

Die Schwerpunkte kann ich aus meiner Sicht nur unterstreichen. Es bleibt bei der erklärten Bereitschaft meiner Fraktion, unsere Kräfte voll und ganz zur Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen.

Aus meinen bisherigen Erfahrungen möchte ich eine weitere Stärkung der Bezirke und ihrer Kompetenzen nur unterstreichen. Ihnen sollte ein hohes Maß an Eigenverantwortung bei der Lösung der

vielen die Mitbürger unmittelbar betreffenden Einzelfragen übertragen werden, die dezentral viel schneller, ortskundiger und besser gelöst werden können als von einer für ganz Wien zuständigen Geschäftsgruppe oder Magistratsabteilung.

Meine Damen und Herren! Mit den Fragen der Verwaltungsdezentralisation, der Übertragung politischer Verantwortung auf kleinere regionale Einheiten und der vermehrten Bürgerbeteiligung sind mehr oder weniger eng verbunden die vielzitierten Schlagworte des Privilegienabbaues und der Immunität. Wir begrüßen die Initiative, die gerade jetzt im Parlament von der sozialistischen Fraktion ergriffen wurde.

Ich möchte aber auch auf folgende Umstände hinweisen: Der Bürgermeister und die von der sozialistischen Fraktion nominierten Stadträte haben ihr Gemeinderatsmandat nicht angenommen. Sie unterliegen damit nicht mehr der Abgeordnetenimmunität. Wir haben damit eine klare Trennung zwischen Abgeordneten und Landesregierung bzw. Stadtsenat herbeigeführt.

Namens der sozialistischen Gemeinderatsfraktion möchte ich in diesem Zusammenhang die Versicherung abgeben, daß wir das als eine Teillösung im Zuge der Diskussion über den Privilegienabbau sehen.

Wir werden aber darauf zu achten haben, daß sich daraus keine Mißbräuche entwickeln. Damit wollen meine Freunde und ich nicht gegen normale Formen politischer Konfrontation Stellung nehmen. Gestützt auf Erfahrungen der letzten Zeit befürchten wir jedoch auch abnormale.

Und daher möchten wir Sie bitten, eines zur Kenntnis zu nehmen: Immunität darf nicht als Privileg wirksam werden, das zum Beispiel die zehn Gebote aufhebt. „Du sollst nicht falsches Zeugnis legen wider deinen Nächsten“ gilt auch für uns.

Ich frage von dieser Stelle die Justizverwaltung: Wie lange kann man noch gegen Mitglieder dieses Hauses öffentlich Ehrabschneiderei betreiben, ohne daß der Schutz des Rechtsstaates wirksam wird?

Eines wollen wir jedenfalls versichern: Wir werden geschlossen vor unseren Freunden im Stadtsenat stehen! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir bekennen uns zu unseren sozialdemokratischen, im Programm unserer Partei dargelegten Auffassungen. Wir haben damit zugleich auch ein Bekenntnis zur Freiheit, Demokratie und Toleranz abgelegt. Wir sind der Meinung, daß unser politisches Leben am besten durch einen Wettbewerb gestaltet wird, meßbar an den herbeigeführten Leistungen und an dem gewonnenen Vertrauen der Bevölkerung. In diesem Wettbewerb wollen wir uns auch weiterhin bewähren — für unsere Stadt, für ihre Frauen, Männer und Kinder.

Namens des Gemeinderatsklubs der Sozialistischen Partei möchte ich in diesem Zusammenhang die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit mit den anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien bekunden. Wir werden allen diesbezüglichen

Wünschen offen sein und auch unsererseits Initiativen ergreifen.

Mitarbeiten heißt aber, beide Teile mitentscheiden wollen, populäre und unpopuläre Maßnahmen, wenn man sich von der Notwendigkeit und von der Richtigkeit überzeugt hat.

Herr GR. Hahn hat ausgesprochen: So nicht, wie das in der Vergangenheit war. Die Selbstempfehlung aus der Zusammenarbeit ist aus den Gründen einer Ablehnung des Hochwasserschutzes, des Bürozentruns für internationale Organisationen usw. entstanden.

Ich weiß, daß in der Zwischenzeit die ÖVP wieder einen Meinungswandel vollzogen hat, und die Frage bei ihr stellt sich, warum sind wir damals aus der Koalition ausgetreten. Aber zur Steuerung der Wahrheit müßte man das auch an dieser Stelle feststellen.

Herr Gemeinderat Hahn, auch meine Fraktion hat Kontakt mit der Bevölkerung, und daher sind wir nicht in der Lage, dem zweiten Präsidenten des Landtages unsere Zustimmung zu geben. Wir werden besonders offen sein gegenüber Initiativen und Möglichkeiten der direkten Demokratie, für die durch die neue Stadtverfassung verbesserte Voraussetzungen geschaffen werden. Wir werden diese Mittel der direkten Demokratie aber auch dann anwenden, wenn es dem einen oder dem anderen in diesem Hause, ob Einzelpersonen oder politische Gruppierung, nicht paßt. Bei unserer Arbeit für Wien darf es nur eine Maxime geben: das Bestmögliche für die Wienerinnen und Wiener zu erreichen. Dieses weiteste Wir, alle Wienerinnen und Wiener, wollen wir mit einbeziehen bei der Gestaltung unserer Stadt. (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr Gemeinderat Fürst zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Fürst: Hoher Gemeinderat! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Klubobmann der sozialistischen Fraktion, hat folgendes Motto gewählt: Wer, wenn nicht wir gestaltet die Welt?

Meine Damen und Herren! Im Inhalieren der Stadt und ihrer Bürger waren Sie schon immer groß. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß Sie nach dieser Wahl die wenigsten Stimmen in Wien in der Zweiten Republik erhalten haben und Ihr Stimmenanteil nur knapp über 40 Prozent gelegen ist. Den Alleinvertretungsanspruch haben Ihnen die Wiener damit mit aller Deutlichkeit abgesprochen. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit großer Verwunderung haben wir auch die Erklärung des Klubobmannes zur Kenntnis genommen, daß seine Fraktion geschlossen hinter der sozialistischen Fraktion des Stadtsenates steht. — Da wird sich aber der Herr Bürgermeister schwer tun, denn der will ja einen Teil dieser Fraktion in absehbarer Zeit oder in einiger Zeit auswechseln. Meine Damen und Herren, wir sind darauf gespannt, welche Entwicklung sich innerhalb der Sozialistischen Partei ergeben wird.

Auf den Hinweis Ihres Klubobmannes Ing. Hofmann, welchem Präsidenten Hahn er gratulieren soll, dem vor fünf Jahren oder dem von dieser Wahl, kann ich nur erwidern: Welchem Bürgermeister, welchem Leopold Gratz soll man gratulieren? Dem, der voriges Mal um 100.000 Stimmen mehr erhalten hat, oder dem, der jetzt um 100.000 Stimmen weniger gehabt hat? (Beifall bei der ÖVP.)

Ein Wort noch zur Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner, die darauf hingewiesen hat, daß diese Stadt so oft im Ausland besungen wird. Ich bin ein Freund des Wienerliedes und kenne die meisten Wienerlieder. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß in diesen Wienerliedern andere Dinge besungen werden, als Sie es sich gerne wünschen würden. Es ist das historische Stadtbild, es sind die historischen Bauten, es ist die Lebensform der Wiener, das traditionelle kulturelle Erbe, die besungen werden. Mir ist nicht in Erinnerung, daß der Reichsbrückeneinsturz, der Bauring oder die Grundstücksspekulationen besungen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn die Frau Vizebürgermeister erklärt hat, daß es falsch sei, diese Probleme oder diese Fehler und Versäumnisse ausgerechnet in unserer Stadt zu suchen, dann muß ich darauf hinweisen, daß ähnliche Dinge auch in anderen Städten passieren, daß auch anderswo Brücken eingestürzt sind, daß auch anderswo Gasrohre platzen, also nicht in Ordnung sind, daß auch anderswo vielleicht ein Verkehrschaos besteht und Baustellen nicht koordiniert sind, daß auch anderswo vielleicht öffentliche Verkehrsmittel Unfälle haben. Aber, meine Damen und Herren, es gibt nur eine Stadt, die ich kenne, wo das alles gleichzeitig passiert ist. Das ist es, was wir in der Vergangenheit immer wieder kritisiert haben.

Wenn die Frau Vizebürgermeister von einem unbeugsamen Optimismus gesprochen hat, so muß ich sagen, den teilen auch wir. Aber Sie, meine Damen und Herren — das ist aus allen Wortmeldungen Ihrer Partei heute hervorgegangen — ignorieren die Probleme, die Fehler und Versäumnisse, die in dieser Stadt passiert sind. Selbsterkenntnis wäre der erste Weg zur Besserung. Sie lassen aber diese Selbsterkenntnis vermissen und auf Grund Ihres Hochmutes keine Besserung erwarten. Das ist auch der Grund, warum die Wähler uns bei der letzten Gemeinderatswahl in verstärktem Maße das Vertrauen ausgesprochen haben, und zwar auch in der Hoffnung, daß die Funktionsperiode des Gemeinderates 1978 bis 1983 zu besseren Erfolgen führt, als es durch Ihre Führung und durch Ihre Mehrheit in den vergangenen fünf Jahren der Fall war.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute den ersten Tag nach dem 60jährigen Jubiläum unserer Republik. Es gibt grundsätzliche Dinge, über die wir heute auch diskutieren sollten. Der Herr Bürgermeister hat in seiner letzten Wortmeldung in der letzten Funktionsperiode des Wiener Gemeinderates zum Schluß darauf hingewiesen, daß man sich auch über den politischen Stil klar werden sollte. Er hat wörtlich gesagt: „Und drittens und

letztens ein Wunsch: Mögen wir alle nicht vergessen, daß es bei aller notwendigen Präzision der Standpunkte und Schärfe der Auseinandersetzung möglich sein muß, einander nach dem Wahltag ohne Verlegenheit und ohne Scham wieder die Hand zu reichen.“

Meine Damen und Herren! Mir ist schon klar, der Herr Bürgermeister hat nur relativ geringe Durchsetzungsmöglichkeiten. Er ist schließlich nicht in allen Parteien mit Sitz und Stimme vertreten. Er kann also in den Parteien selbst nicht darauf hinwirken, daß ein Stil der politischen Auseinandersetzung gepflogen wird, der den demokratischen Usancen entspricht und der zeigt, daß man aus der Erfahrung der zwanziger und dreißiger Jahre gelernt hat.

Aber immerhin das Wort des Bürgermeisters ist ein gewichtiges Wort, und es ist sicherlich auch angebracht, daß ein Bürgermeister vor einer Wahl solche Worte ausspricht. Hätten sich die Parteien nicht daran gehalten, hätte er mahnend die Stimme erheben und auf das in einer Demokratie übliche Maß der Umgangsformen hinweisen können, aber sicherlich nicht mehr.

In einer Partei aber hat er persönlich dafür sorgen können, und zwar in jener Partei, in der er auch Parteiobmann ist, wo man annehmen sollte, daß sein Appell als Auftrag aufgefaßt wird und daß dort alle für die Wahlkampfführung Verantwortlichen den Wunsch des Bürgermeisters als verbindliche Richtlinie für ihre Werbung betrachten.

Es sind zu diesem Zeitpunkt bereits die ersten drei Nummern der „Wiener Extraausgabe“ erschienen, also Ihres Wahlkampfblattes, und es war darin schon einiges an Diffamierung zu lesen, wie etwa, daß uns die Teilnahme ausländischer Politiker an unseren Veranstaltungen vorgeworfen wurde, wie etwa, daß die Frau des Vizebürgermeisters falsch zitiert wurde, das heißt, ein Zitat erfunden wurde, oder daß Busek als Transvestit bezeichnet und ein angesehener Rechtsanwalt zitiert wurde, wo allerdings nachher eine Entgegnung gekommen ist.

Vielleicht hat der Herr Bürgermeister diese drei Nummern der „Extraausgabe“ auch zum Anlaß dieser Erklärung genommen und den Appell an alle Parteien gerichtet, damit das richtige Maß in der politischen Auseinandersetzung gefunden wird. Jedenfalls konnte man gespannt sein, welche Folgen werden Ihre Partei aus seinem Auftrag ziehen werde.

Es hat sich herausgestellt, daß das Durchsetzungsvermögen des Bürgermeisters in seiner Partei relativ gering ist. Es hat sich herausgestellt, daß sich die Wahlkampfführung seiner eigenen Partei nicht an den von ihm im Gemeinderat ausgesprochenen Appell gehalten hat. Ich darf in diesem Zusammenhang gleich die nächste Nummer der „Extraausgabe“ zitieren, wo ein Artikel enthalten ist, der den Titel trägt: „Wie Erhard Kasperl wurde.“ Es heißt da: „Da Erhard bei weitem der größte Spaßvogel seiner Partei war und diese Partei die Politik nicht sonderlich ernst nahm, wurde er als Spitzenkandidat für die Wiener Landtagswahlen nomi-

niert.“ Und weiter heißt es: „Der Direktor des Kasperltheaters hatte seine Auftritte im Wahlkampf mit Interesse verfolgt und war begeistert. Er engagierte ihn für die Bühne.“

Meine Damen und Herren! Unter den Vorwürfen, die man einem Politiker machen kann, ist wohl der schwerstwiegende, daß er die Politik nicht ernst betreibt. Wenn Sie die Politik als Kasperltheater bezeichnen, was Sie in der „Extraausgabe“ getan haben, dann haben Sie wahrscheinlich der Meinung eines Teiles der Wähler entsprochen, die die Politiker und die Politik nicht sehr hoch einschätzen.

Aber, meine Damen und Herren, Sie können sich dann aussuchen, welche Funktion Sie in diesem Kasperltheater haben wollen. Und wenn Sie diese Funktion auswählen, dann haben Sie die Wahl zwischen Hexe, Kasperl, Krokodil oder vielleicht auch Märchenprinz, der von der Fee dreimal eine Chance erhält und der sie, wie Ihr Bürgermeister bei den ständigen Reformen der Kommunalverwaltung, nicht nützt. Hüten Sie sich davor, meine Damen und Herren, die Politik als Kasperltheater zu bezeichnen, denn dann sind Sie alle, jeder für sich, ein Kasperl in diesem Theater. (Beifall bei der ÖVP.)

Wie zum Hohn erschien dann in der nächsten Nummer der „Extraausgabe“ der Appell des Bürgermeisters hier im Gemeinderat. Es wurde sogar noch zitiert, was Bürgermeister Gratz darunter versteht, was er mit diesem Appell gemeint hat. Es heißt: „Es ist selbstverständlich, daß politische Differenzen in aller Klarheit und Offenheit ausgesprochen und diskutiert werden sollen. Das ist ja schließlich die Stärke der Demokratie. Aber zur offenen Diskussion muß auch gehören, daß man dem politischen Gegner nicht von vornherein unlautere und unehrenhafte Motive unterstellt.“ Und weiter heißt es: „Muß denn wirklich immer der Schmutzkübel mit dabei sein?“

„Ich freue mich, daß Sie da nicht mitmachen, Herr Bürgermeister!“, hieß es etwa in einem Brief einer Hausfrau aus Währing. Andere griffen zum Telefon und meinten nur: „Lassen Sie sich in Ihrer Linie nicht beirren! — was Leopold Gratz“ — heißt es weiter — „auch fest vorhat.“

„Wenn Politiker sich diffamierend verhalten, verlieren sie das Vertrauen ihrer Wähler, und weniger Vertrauen in die Volksvertreter ist eine Schwächung der Demokratie“, meinte der Herr Bürgermeister. „Ich mache da nicht mit!“

Jeder kann einmal auch in der Politik danebenhauen. Jedem entfährt einmal ein Wort, und man hätte es gerne im Busen bewahrt, sobald es draußen war; man konnte es aber nicht zurückholen. Ich gebe zu, jedem kann einmal etwas passieren, und das sollte man nicht allzu tragisch nehmen. Die Demokratie hält auch so etwas aus.

Aber, meine Damen und Herren, in weiterer Folge ist eine wahre Lawine von Ehrabschneidungen, Diffamierungen und Ehrenrührigkeiten auf uns niedergegangen, die sich am besten an Hand der Zahlen der Privatanklagen, Entgegnungen und Beschlagnahmen messen läßt.

Es wurden gegen Ihre Druckerzeugnisse, zu denen Sie sich bekannt haben — es gibt auch noch welche, zu denen Sie sich nicht bekennen — 18 Privatanklagen wegen schwerer ehrenrühriger Behauptungen eingebracht, von denen 9 bereits mit einer rechtskräftigen Verurteilung geendet haben. Weiters wurden 28 pressegesetzliche Entgegnungen begehrt und drei gerichtliche Beschlagnahmen durchgeführt.

Die Folgegeschichte dieser Entgegnungen war unterschiedlich. Einige wenige wurden gebracht, einige wurden zwar gebracht, aber die unrichtige und unwahre Behauptung wurde gleich wieder aufgestellt. Einige wurden gesetzwidrig nicht gebracht, um auf die Klage nach dem Wahltag zu warten. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in den letzten Tagen voll von solchen Entgegnungsurteilen und anderen Urteilen, die nur über den Wahltag hinausgezögert wurden, damit der Bevölkerung die Art Ihrer Wahlwerbung und der diffamierende Stil Ihrer Wahlwerbung nicht unmittelbar vor der Wahl bewußt wird.

Es wurden Urteile nicht angenommen. Einerseits wurden sie bei der Post nicht behoben, andererseits konnten sie deswegen nicht entgegengenommen werden, weil, wie etwa bei der „Arbeiter-Zeitung“, der verantwortliche Redakteur auf Urlaub geschickt wurde, damit er diese Urteile nicht in Empfang nehmen kann. Es wurde eine ganze Reihe von Entgegnungen und Urteilen im Hinblick darauf gesetzwidrig nicht gebracht, daß die Druckerzeugnisse, in denen die Unwahrheiten und die ehrenrührigen Behauptungen enthalten waren, nach der Wahl nicht mehr erscheinen würden.

Ich möchte sehen, was Sie im Gemeinderat und draußen in Ihren Zeitungen und Druckerzeugnissen aufführen, wenn eine einzige unabhängige Zeitung sich erfrecht, eine solche Vorgangsweise an den Tag zu legen und auf diese Weise auf gerichtliche Urteile und gesetzliche Entgegnungen reagiert.

Der Herr Bürgermeister hat gesagt: Ich mache da nicht mit. Es hat sich aber gezeigt, daß Gratz in seiner eigenen Partei kein Durchsetzungsvermögen hat. Sie haben sich in Ihrer Partei nicht an seinen Appell gehalten, er hat sich damit nicht durchgesetzt. Das ist noch die sympathischere Auslegung.

Die andere Auslegung wäre: Er war der Auftraggeber. Denn immerhin, im „Aktuellen Argument“, in Ihrem Wahlkampfflugblatt, heißt es gleich in der ersten Ausgabe: „Wir wollen den Standpunkt der Wiener SPÖ verbreiten.“ — Somit muß ich annehmen, daß sich der Herr Bürgermeister mit dem Standpunkt, der hier vertreten wird, mit den Behauptungen, die hier aufgestellt werden, identifiziert, denn er ist ja der Obmann Ihrer Partei.

Ich möchte nur eine Titelschau aus diesem „Aktuellen Argument“ vorlesen: „Busek quatscht“, „Fünfte Kolonne der ÖVP jetzt straff zentralisiert“. Dann wird Busek mit dunkler Gangsterbrille und Maschinenpistole als Terrorist dargestellt. Weiter heißt es: „Meinungsmanipulierer der ÖVP — Geld spielt keine Rolle“ und dann: „Der Saubermann

mit der schmutzigen Weste“, „ÖVP-Junioren als Provokateure“, „Verschwörung gegen Wien“, „Wer sind die Gekauften?“ Das betrifft wieder das ORF-Kuratorium, wo Sie nicht zur Kenntnis genommen haben, daß Kuratoriumsmitglieder Ihrer Partei auch einmal der Vernunft entsprechend entscheiden. „Busek: Andere arbeiten, er schaut zu“, „Konservative immer gegen Wien“, „Zählt Busek Vandalen?“ und so weiter.

In der letzten Ausgabe, in der sogar der Bürgermeister selbst auftritt, heißt es, Busek sei für Gemeindevillen, die er für ein paar Privilegierte als Ersatz für den Gemeindewohnbau vorschlägt, oder „Busek redet von einer sterbenden Stadt“ und: „Die ÖVP macht Wien im Ausland herunter“, eine Behauptung, die sich auch in allen anderen Ausgaben wiederfindet. (Rufe bei der SPÖ: Stimmt ja!) Dann heißt es: „Denken Sie bei der Stimmabgabe ruhig an sich selbst und wählen Sie bitte so, daß Ihnen am Montag nichts leid tut.“

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Wiener haben so gewählt, daß ihnen am Montag nichts leid getan hat, und haben uns mit einem verstärktem Vertrauen ausgestattet. (Beifall bei der ÖVP.)

Gratz erklärte, er mache da nicht mit. Aber er hat mitgemacht, er ist ja selbst in diesen Pamphleten aufgetaucht.

Das Beschämendste aber war der Wahltag selbst, der uns ein Vorkommnis gebracht hat, das es bisher in der Zweiten Republik noch nicht gegeben hat, nämlich die Fälschung einer unabhängigen Tageszeitung, von der Sie in Ihrem Pamphlet immer wieder behauptet haben, sie sei eine „sogenannte“ unabhängige Tageszeitung: die Fälschung des „Kurier“.

Sicher, es ist nicht beweisbar, daß diese Aktion in der SPÖ ihren Ursprung hat (Ruf bei der SPÖ: Dann behaupten Sie es nicht!), aber es sprechen einige Indizien dafür, daß der Ursprung sehr wohl in der Sozialistischen Partei liegt. (Ruf bei der SPÖ: Das soll ein Richter feststellen und nicht Sie!) In einem Indizienprozeß würden Sie sicherlich verurteilt werden. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.) Es werden die gleichen Argumente in diesen „Kurier“-Fälschungen wiederholt, die sich auch in der „Extraausgabe“ und in Ihrem Wahlkampfflugblatt befinden.

Um eine solche Aktion durchzuführen, ist eine große Organisation notwendig, denn ein paar politische Desperados, denen man eine solche Aktion vielleicht zutrauen würde, wären nicht in der Lage, in drei Wiener Bezirken alle Zeitungsstände einer Tageszeitung mit diesen Pamphleten zu füllen.

Wenn Sie das schon nicht selbst gemacht haben, dann haben Sie zumindest Helfer, die vor nichts in der Politik zurückschrecken. Denn diese „Kurier“-Fälschung hat eindeutig der Sozialistischen Partei genützt, hat Ihre Argumentation in allen Ihren anderen Medien unterstützt, und da ist der Zusammenhang doch sehr deutlich.

Die Akteure haben aber auch gute Helfer bei der Polizei gehabt. Das ist wieder ein Fall, wo man sagen kann, hier besteht eine Verfilzung zwischen

Stadt und Partei. Wenn nämlich die Anzeige bei der Staatspolizei um 8 Uhr erstattet wurde, der Staatsanwalt aber erst um 12.30 Uhr verständigt wurde und erst um 13.25 Uhr aufgetaucht ist, dann muß man schon sagen, daß in dieser ganz schwerwiegenden Sache die Polizei doch das Bedürfnis gehabt hat, jemandem behilflich zu sein.

Wenn die Staatspolizei von vornherein das Schwerwiegende an dieser Aktion erkannt hätte und wenn sie mit aller Entschiedenheit gegen die Urheber hätte vorgehen wollen, dann hätte sie auch rechtzeitig agieren müssen — und rechtzeitig wäre sofort gewesen. (Beifall bei der ÖVP.) Sie haben sich jedenfalls von dieser Aktion bis heute nicht distanziert. Wir distanzieren uns in aller Form von solchen Aktionen. (Beifall bei der ÖVP. — GR. Gawlik: Das ist ein Skandal! — StR. Neusser: Dafür sollten Sie sich schämen, daß Sie dahinter stehen, Herr Gawlik!)

Ich darf nochmals auf die „Extraausgabe“ zurückkommen, in der Bürgermeister Gratz zum Wahlkampfstil Stellung genommen hat. Er hat dort wörtlich erklärt: „Glücklicherweise haben die Menschen unserer Stadt ein feines Gespür dafür, was unter normalem Anstand zu verstehen ist.“ Hier gebe ich dem Bürgermeister durchaus recht. Die Wiener haben ein sehr feines G'spür dafür, was unter normalem Anstand zu verstehen ist, und sie haben Ihrer Partei am 8. Oktober auch die entsprechende Antwort gegeben: ein verstärktes Vertrauen für die ÖVP und Dr. Busek und 100.000 Stimmen für die SPÖ weniger als bei der Gemeinderatswahl 1973.

Meine Damen und Herren! Die Frage ist, welche Lehre wir alle aus dieser Wahlkampfführung ziehen sollten. Ich will mich weder zum Richter aufspielen, noch möchte ich Moralin verspritzen und mit erhobenem Zeigefinger die Mehrheit belehren. Ich möchte zitieren aus der Ansprache des Bundespräsidenten, gegen den Sie ja nichts einzuwenden haben können, in der er zu diesen Fragen Stellung genommen und vor allem rückblickend vom 26. Oktober auf den 8. Oktober festgestellt hat: „Ich glaube, es wäre unwahr, wollte ich sagen, daß wir seit unserem letzten Nationalfeiertag im Jahre 1977 näher zueinandergerückt seien, daß wir mehr Verständnis füreinander gewonnen hätten. Es hat Wochen gegeben, wo in jedem, dem eine glückliche demokratische Entwicklung unserer Republik am Herzen liegt, bange Sorge aufgekommen ist und gar manche von uns sich zu Recht die Frage stellten, ob wir denn auf dem Wege seien, die Lehren unserer eigenen Geschichte, also unsere eigene Lebenserfahrung, zu vergessen.“

Meine Damen und Herren! Nehmen Sie sich diesen Ausspruch des Bundespräsidenten zu Herzen. (Beifall bei der ÖVP. — Heftige Zwischenrufe des GR. Gawlik.)

Der Herr Bundespräsident hat auch darauf hingewiesen, was für Schlüsse wir daraus ziehen sollten. Er hat gesagt: „Ich habe das Recht und die verfassungsmäßige Pflicht, eindringlich zu bitten und zu mahnen, daß in der Auseinandersetzung das

Gemeinsame noch erkennbar bleibe. Die Demokratie ist nicht nur eine formale staatsrechtliche Qualifikation unserer Republik, sie ist auch eine besondere Lebensform, die das Leben schöner und menschenwürdiger macht. Sie legt aber auch Pflichten auf, Pflichten für jeden. Alle, die wir Staatsbürger Österreichs sind, haben eine Verantwortung für unsere Republik. Bedenken wir: Auf Österreich schauen mehr Menschen, als wir gemeiniglich annehmen. Diese in ihrer Hoffnung auf die Möglichkeit einer wirklich gelebten Demokratie zu enttäuschen, schiene mir grausam und würde auch nicht ohne Konsequenzen für uns selbst bleiben.“

Meine Damen und Herren! Wir hoffen, daß Sie in der Lage sind, Konsequenzen zu ziehen. Sie haben gleich bei der nächsten Nationalratswahl Gelegenheit dazu. Was wir brauchen, ist Leistung statt Diffamierung. Es soll der mehr gelten, der mehr arbeitet, und nicht der, der den größeren Schmutzkübel in der Hand hat. Was Wien braucht, sind fähige Politiker und nicht Politiker, die zu allem fähig sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Als nächster Redner gelangt Herr GR. Edlinger zum Wort. Ich erteile es ihm.

GR. Edlinger: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates! Wir sind eben, wie ich meine, Zeuge geworden für den neuen Stil der ÖVP. Es ist ein neuer Stil, der darauf fußt, daß man sich auf der einen Seite über Argumentationen entrüstet, auf der anderen Seite aber großspurige Unterstellungen und unfassbare Behauptungen gegen politische Funktionäre, ja selbst gegen die Polizei in den Raum stellt. Ich führe dies auf die Tatsache zurück, daß es sich um die Jungfernrede eines neuen Abgeordneten gehandelt hat und er die Tragweite seiner eigenen Argumentation offenbar nicht erfaßt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gemeinderatswahlen sind vorbei, und die Wiener haben, so möchte ich ganz deutlich feststellen, das Gemeindeparlament für die nächsten vier Jahre ihrem Willen gemäß politisch zusammengesetzt. (Zwischenrufe bei der ÖVP: Es sind fünf Jahre!) Sie haben heute erstmals in diesem Hause recht, Herr Kollege. Ich berichtige mich selbst: fünf Jahre. Die Feststellung, daß aber eine Demokratie auf Dauer nur dann funktionieren kann, wenn sie sich auf aktive Demokraten stützen kann, wenn die Mehrheit der Bevölkerung aktiv am politischen Prozeß teilnimmt, ist längst ein Gemeinplatz geworden.

Oft genug hört man warnende Worte, daß es in der österreichischen Demokratie eine gefährliche Apathie des Bürgers gebe. Tatsächlich: Nicht immer nehmen auch in unserer Stadt die Bürger so stark am kommunalen Geschehen Anteil, wie wir uns das gerne wünschen würden. Gerade bei diesen Wahlen ist das sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, mußten wir doch feststellen, daß mehr als ein Viertel der Wiener an diesem Urnengang nicht teilgenommen hat. Egal, auf welcher Seite dieses Hauses man sitzen mag: für wahre Demokraten keine

sehr erfreuliche Feststellung. Die Feststellung allein hilft uns dabei sicherlich nicht weiter. Wir werden uns alle fragen müssen, was schuld an dieser Tatsache war und wie wir das — sicherlich jeder nach seinem politischen Standort — wieder verändern können.

Daß die Kommunalpolitik, die Politik auf der Gemeindeebene, immer mehr Bedeutung erhält, ist gleichfalls unbestritten. Die auf dieser Ebene gefällten Entscheidungen betreffen die Menschen sehr unmittelbar.

Die Schwerpunkte der Politik in dieser Stadt für die nächsten Jahre sind vorgezeichnet. Daß die Fragen der Wirtschaft zweifellos am bedeutendsten sind und daß alle zu erbringende Leistungen für diese Stadt letztlich davon abhängen, daß Menschen genügend Arbeit haben und dadurch auch die Stadt eine positive Finanzentwicklung gewährleisten kann, auch das wird niemand in Frage stellen.

Wenn Oppositionsredner hier Konzepte vorlegen und sich auf ihre Programme berufen, dann sind darin sicherlich Ideen. Ideen, die aber immer daran scheitern — wenn man sie genauer diskutiert —, daß sich ihre Finanzierung die Leute sehr einfach machen. Hier ist von Fonds die Rede, von einer stärkeren Bundesbeteiligung, von Koordination. Damit kann man angeblich Milliardenbeträge bekommen.

Meine Damen und Herren! Die Anforderungen, die die Bürger an den Staat und an die Gemeinde stellen, sind nicht zufällig in den letzten Jahrzehnten stetig gewachsen. Wir Sozialisten haben entscheidend daran mitgewirkt, Aufgaben, die früher der einzelne erfüllen sollte und an denen er oft genug gescheitert ist, in den Bereich der öffentlichen Dienstleistungen zu übernehmen.

Die Fürsorge für unsere Alten, die Schaffung von Einrichtungen für die Jungen, der Ausbau eines öffentlichen Gesundheitssystems — das waren einmal Pioniertaten sozialistischer Politik. Und zu Recht, glaube ich, ist daraus eine Selbstverständlichkeit geworden, auf die jeder Staatsbürger Anspruch erhebt. Hier haben wir ein Beispiel angewandter Bewußtseinsbildung in dieser Stadt und in unserem Staat erlebt. Genauso wurden Aufgaben, die die kapitalistische Wirtschaft schlecht, ungenügend und in vielen Fällen unsozial teuer erbrachte, teilweise sogar noch im vorigen Jahrhundert von den Gemeinden übernommen.

Das alles hat eine Entwicklung eingeleitet, die uns heute dazu führt, zu sagen, die Gemeinde hat gegenüber ihren Bürgern längst nicht mehr die Funktion dessen, der nur im äußersten Notfall einspringt. Sie hat eine grundlegende Verantwortung für die Versorgung mit Dienstleistungen übernommen, und sie hat damit auch eine unaufhebbare Verpflichtung übernommen, diese Versorgung für alle ihre Gemeindebürger zu gewährleisten, und das in einer effizienten, allgemein zugänglichen und nicht zuletzt erschwinglichen Art und Weise.

Dabei handelt es sich um Bereiche, die der einzelne nicht meistern kann, sondern wo er die solidarische Mitwirkung der Allgemeinheit benötigt, wie im Bereich des Wohnbaues, wo die Bedürfnisse,

gute Wohnungen haben zu wollen, nur schrittweise erfüllt werden können. Aber nicht durch die Zerrümmerung des kommunalen Wohnbaues, meine Damen und Herren von der ÖVP, oder durch scherzhafte Stadterneuerungsvorschläge, wie pro Quadratmeter Wohnfläche ein halber Quadratmeter Grünfläche, wie das Herr Dr. Busek publiziert hat, sondern durch konstruktive Konzepte, die vorhanden sind und zu deren Verwirklichung wir Sie gerne einladen.

Dabei, nämlich bei der Einladung, bin ich leider trotz gegenteiliger Beteuerungen gar nicht optimistisch, denn bei der Voraussetzung, konstruktive Stadtentwicklungspolitik betreiben zu können, nämlich bei der Lösung der Grund- und Bodenproblematik, sind Sie eben dabei, wieder einmal zu versagen.

Bodennutzung ist wie der Gebrauch von Licht, Luft und Wasser eine Voraussetzung für die menschliche Existenz, sie ist ein soziales Grundbedürfnis. Aber gerade bei Grund und Boden, Herr GR. Hahn, bestehen sehr große Ungerechtigkeiten.

Ich habe erst in der Sondersitzung des Gemeinderates festgestellt, daß bei der Grund- und Bodenpolitik in städtischen Bereichen, weil eben Grund und Boden ein unvermehrbares Produkt ist, die kapitalistischen Prinzipien am stärksten durchschlagen. Ich habe von diesem Pult aus festgestellt, daß das ein Sumpf ist. Aber Sie wollen nicht dazu beitragen, diesen Sumpf trockenzulegen, Sie wollen nachgießen, denn sonst würden Sie sich nicht wehren, unseren Entschließungsanträgen zuzustimmen, ein Eintrittsrecht für die Gemeinden zu garantieren. Damit wäre nämlich mit einem Schlag legislativ das erreicht, was Sie, an der Oberfläche kratzend, zwar beanstanden, obwohl Sie vom Prinzip her an dieser Situation gar nichts verändern wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Herr Vizebürgermeister Dr. Busek hat hier gemeint, man hätte ihm gerade in der Grundstücksfrage demagogisch etwas unterstellt. Nein, nicht die Feststellung einer Situation ist es, die Lösungen nach sich zieht, sondern die Abhilfe durch gesetzliche Bestimmungen, und in diesem Sinne ist es demagogisch, wenn Sie sich darüber entrüsten, weil Sie nicht willens sind, den Gemeinden jenes legislative Instrumentarium in die Hand zu geben, das gewährleistet, dieser Situation Herr zu werden.

Meine Damen und Herren! Beim dritten Schwerpunkt, der angekündigt wurde, dem Verkehr, kann es nur dann zu Lösungen des Problems kommen, wenn man mutige und mitunter auch unpopuläre Maßnahmen gerade im Bereich der Verkehrsorganisation trifft. Die Analyse einer Situation ist auch hier zu wenig. Aufwendige Konzepte, wie Sie sie vorschlagen, bedürfen einer finanziellen Bedeckung, sonst sind sie Schall und Rauch. Und solche ohne echte Finanzierungsvorschläge zu erstatten, ist — gestatten Sie mir den Ausdruck — ganz einfach unseriös.

Wir werden hier sehr rasch entsprechende Vorschläge erstatten, die wir mit den Wienern und

selbstverständlich auch mit Ihnen gerne besprechen möchten. (Zwischenruf des GR. Hahn.) Herr GR. Hahn, Sie bringen immer Zwischenrufe, von denen Sie selbst wissen, daß sich eine Antwort erübrigt! Aufwendige, kostenintensive Vorschläge zu machen, die man dann ohne entsprechende Bedeckungsvorschläge in den Raum stellt, ist, wie ich eben gesagt habe, unseriös.

Meine Damen und Herren! Demokratie heißt, sich ständig vor dem Bürger zu bewähren, und ihm allein steht das Urteil zu. Unser Bekenntnis zur Demokratie — und wir sind als einzige politische Bewegung dieses Landes in diesem Bekenntnis nie irre geworden — schließt die Bereitschaft zur dauernden Partnerschaft mit dem Bürger mit ein. Eine politische Partei, die nicht Machtapparat, sondern permanente, sich nicht an einzelnen, sondern an der Gesamtheit der Probleme orientierende Bürgerinitiative ist, muß Antworten auf Kritiken und Reaktionen der Bürger zur Basis ihres politischen Handelns machen.

Ich weiß schon, daß bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Volkspartei, und bei manchen Ihrer publizistischen Nachbeter die Vorstellung vom allmächtigen sozialistischen Apparat herrscht, bei dem die Verantwortlichen nur auf irgendeinen Knopf zu drücken brauchen, damit Zehntausende Puppen zu tanzen beginnen. In unserer Partei, meine Damen und Herren, gilt aber unverändert Victor Adlers Feststellung, daß in der Sozialdemokratie für Drahtzieher kein Platz ist und daß, wenn es solche gäbe, sie die Marionetten nicht finden würden, an deren Fäden sie ziehen wollen.

Wir Sozialdemokraten werden stets aufs neue um Vertrauen werben, gestützt nicht auf angebliche Machtapparate, sondern gestützt auf Leistungen und auf die Überzeugungskraft von Ideen. Wenn wir diesesmal das Vertrauen nicht in dem Maße fanden, in dem wir es zu finden hofften, dann ist das für uns ein Grund, unsere Zukunftsvorstellungen und die Form ihres Herantragens an die Menschen zu überprüfen, sicherlich aber kein Grund, genau das zu tun, was Sie uns unterstellen, nämlich Apparate aufzubauen, die letztlich nicht für, sondern gegen die Bevölkerung wirken müßten.

Aber täuschen wir uns nicht, meine Damen und Herren: Es gibt in der Politik unseres Landes, es gibt in unserer Stadt Machtapparate, und es gibt auch jene, die glauben, nur auf einen Knopf drücken zu müssen, um sie gegen die Sozialdemokratie in Bewegung zu setzen. Wie anders soll man denn jenes Kartell bezeichnen, das von den wirtschaftlich Mächtigen, von den Erben historischer feudaler Macht über die mit wirtschaftlicher Abhängigkeit verbundene Meinungsmache in manchen Medien bis zu den politischen Repräsentanten der ÖVP reicht?

In diesem Wahlkampf war — mein Vorredner hat hier einiges zitiert — viel vom Stil die Rede, wobei manches aus dieser Zeit Gerichte beschäftigen wird; nicht nur das, was Sie, Herr GR. Fürst, zitiert haben. Ich könnte eine gleich lange Liste von Klagen und Prozessen anführen, die derzeit

gerade laufen — keine sehr erfreuliche Tatsache. (GR. Fürst: ÖVP nicht!)

Wir haben unsere Druckprodukte mit dem eigenen Impressum herausgebracht. Sie sind durch Vereine wie City-in, durch Leute wie Steinhauser und Bretterebner mit unfaßbaren Unterstellungen gegen meine Partei vorgegangen, weil Sie offenbar selbst nicht den Mut haben, offen anzugreifen. Ich war es nicht, Herr GR. Fürst, der von einem Repräsentanten dieser Stadt, nämlich vom Herrn Bürgermeister, gemeint hat, daß er politischen Bluträuschen erliegt, wie Sie das über Ihren Presseudienst getan haben. Sie werden doch wohl selbst feststellen: Hätte der Herr Bürgermeister den Weg über das Bezirksgericht beschritten, wären Sie sicherlich auch in einer solchen Situation gewesen.

Zwei Behauptungen möchte ich aber in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Erstens, daß Herr GR. Hahn hier neuerlich festgestellt hat, daß die SPÖ-Werbung teilweise über Steuermittel finanziert worden ist, wofür in keinem einzigen Fall ein Beweis erbracht werden kann.

Herr GR. Fürst, ich habe Sie selbst einmal im Rahmen einer Rede, als Sie ähnliches behauptet haben, sogar als — verzeihen Sie — Lügner und Verleumder bezeichnet. (GR. Fürst: Wofür Sie verurteilt worden sind!) Ich habe gesagt, ich bezeichne Sie so für den Fall, daß Sie etwas wissen und keine Anzeige machen. Sie haben die „AZ“ geklagt, sie mußte presserechtlich entgegnen. Aber das, wozu ich Sie aufgefordert habe, nämlich zum Staatsanwalt zu gehen und zu sagen: Die SPÖ verwendet Steuergelder für ihre Politik, das haben Sie nicht gemacht, weil Sie genau wissen, daß Sie solche Beweise nicht erbringen können. Das ist die Doppelbödigkeit Ihrer Aussagen, die ich hier kritisiere! (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn Herr GR. Fürst hier neuerlich, wie bereits am Wahlabend selbst, in den Raum stellt, daß für ihn der Schluß nahe liegt, daß jene „Kurier“-Fälschungen irgendwo im Rahmen der SPÖ entstanden sind, dann weise ich das mit gleicher Entrüstung zurück und möchte dazu betonen: Ich selbst in meiner Funktion als LandesparteiSekretär der SPÖ habe Strafanzeige erstattet, und Sie werden doch nicht glauben, daß ich einen solchen Schritt unternommen hätte, wenn das irgend jemand von uns gewesen wäre.

Meine Damen und Herren! Wollen wir uns hier gar nicht über Vergangenes unterhalten. Ich betrachte nur die Aussagen seit dem 5. Oktober. Ich meine, daß Sie offenbar willens sind, diesen Stil zu prolongieren. Sie selbst, Herr GR. Fürst, haben das hier bewiesen. Herr Dr. Busek hat sich, wie selbst die ihm sonst an sich sehr freundlich gesinnte „Kleine Zeitung“ feststellt, im ersten Übermut verplappert. In der „Kleinen Zeitung“ vom 6. November steht nämlich: „In der ÖVP wurde gestern der Wiener Vizebürgermeister Erhard Busek als großer Sieger gefeiert. Er selbst sagte im ersten Übermut: Das nächste Mal treiben wir sie unter 50 Prozent!“ (Beifall bei der ÖVP.) Meine Damen und Herren! Ich will mich gar nicht mit der Pickelhauben-

mentalität beschäftigen, die allein schon aus dem Wort „treiben“ spricht. Aber nehmen Sie zur Kenntnis: Das letztmal, als Sozialisten in dieser Stadt getrieben wurden, war es mit Maschinen-gewehren, Kanonen und Galgen! (Zustimmung bei der SPÖ.)

Ich will nur einige Worte zu der beispiellosen Arroganz sagen, die in dieser Stellungnahme erkennbar ist. Sozialisten haben gerade in dieser Stadt viele große Erfolge errungen. Sie haben auch Niederlagen erlitten. Aber so, wie uns diese Niederlagen nicht mutlos gemacht haben, haben uns die Siege nicht übermütig gemacht. Herrn Dr. Busek aber, der es geschafft hat, die Verluste der ÖVP der letzten Jahre wettzumachen, steigt jener bescheidene, auch von uns voll anerkannte Erfolg schon so in den Kopf, daß er Sozialisten treiben möchte.

Aber mehr noch. Er wagte nicht einmal im Moment des ersten Übermutes, anzukündigen, die ÖVP werde es schaffen, zur mehrheitsfähigen Alternative in Wien zu werden. Er gibt sich damit zufrieden, die SPÖ unter 50 Prozent zu treiben. Er will offenbar nicht eine ehrliche, konkurrierende Alternative bieten, er ist damit zufrieden, die Hoffnung auf eine Zerstörung der Mehrheitsbasis der Sozialdemokratie auszudrücken.

Herr Dr. Busek! Sie sind damit an die Spitze

einer Antikoalition getreten, die nach dem Muster der Volksabstimmung von den Maoisten bis zur faschistischen Nationaldemokratischen Partei reicht. (Beifall bei der SPÖ. — Die Mehrzahl der ÖVP-Gemeinderäte verläßt den Sitzungssaal.) Dabei werden uns die Kollegen von der FPÖ sicherlich gerne eine Antwort auf die Frage geben, ob Sie sich da so problemlos eingemeinden lassen werden.

Herr Dr. Busek hat damit einen Kurs definiert: den Kurs der gezielten Zerstörung der demokratischen Grundlagen unserer Stadt. Ist das der Marsch auf Wien, dessen Ziel nicht die Verwirklichung des bürgerlichen Kredos ist, sondern die bedingungslose Bekämpfung jenes sozialdemokratischen Kredos, das in dieser Stadt von der Mehrheit der Wähler geteilt wird?

Meine Damen und Herren! Diese Herausforderung, die hier ausgesprochen worden ist, nehmen wir auf. Wir setzen diesem Geist, der stets verneint, das Wagnis dessen entgegen, der, wenn auch manchmal irrend, ewig strebend sich bemüht! (Beifall bei der SPÖ.)

Vorsitzende GR. Maria Szöllösi: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Ich erkläre daher die Debatte über die Erklärung des Herrn Bürgermeisters für geschlossen und schließe die Sitzung des Gemeinderates.

(Schluß um 16.05 Uhr.)